

Tarifpolitischer Jahresbericht 2010:

Beschäftigungssicherung und gedämpfte Lohnentwicklung

von Reinhard Bispinck und WSI-Tarifarchiv

1. Einleitung	1
2. Tarifentwicklung	7
2.1 Lohn- und Gehalt	7
2.2 Arbeitszeit	11
3. Lohn- und Verteilungsentwicklung - Bilanz für 2000 - 2010	12
3.1 Tarifentwicklung	12
3.2 Effektivlohnentwicklung	13
4. Ausgewählte Tarifrunden	16
4.1 Metall- und Elektroindustrie	16
4.2 Öffentlicher Dienst - Bund und Gemeinden	19
4.3 Chemische Industrie	22
4.4 Eisen- und Stahlindustrie	25
4.5 Leiharbeit	26
5. Ausblick	27
Anhang: Grafiken, Tabellen, Übersichten	29

Düsseldorf, Januar 2011

Tarifinfos im Internet:
www.tarifvertrag.de

Abkürzungsverzeichnis

Für Tarifverträge

ETV	=	Entgelttarifvertrag
ERTV	=	Entgeltrahmentarifvertrag
GRTV	=	Gehaltsrahmentarifvertrag
GTV	=	Gehaltstarifvertrag
LRTV	=	Lohnrahmentarifvertrag
LTV	=	Lohntarifvertrag
MTV	=	Manteltarifvertrag
RTV	=	Rahmentarifvertrag
TV	=	Tarifvertrag
Verg.TV	=	Vergütungstarifvertrag

Für Gewerkschaften

IG BAU	=	IG Bauen-Agrar-Umwelt
IG BCE	=	IG Bergbau, Chemie, Energie
GEW	=	Gew. Erziehung und Wissenschaft
IGM	=	Industriegewerkschaft Metall
NGG	=	Gew. Nahrung-Genuss-Gaststätten
GdP	=	Gew. der Polizei
EVG	=	Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft
	=	Zusammenschluss der Gewerkschaften: TRANSNET Gewerkschaft GdED und Gewerkschaft Deutscher Bundesbahn- beamten und Anwärter (GDBA)
ver.di	=	Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft

Für Tarifbestimmungen

AG	=	Arbeitgeber
AN	=	Arbeitnehmer
Ang.	=	Angestellte
Arb.	=	Arbeiter
AT	=	Arbeitstage
Ausz.	=	Auszubildende
Ausl.	=	Auslösung
AV	=	Ausbildungsvergütung
AZ	=	Arbeitszeit
Bj.	=	Berufsjahre
BV	=	Betriebsvereinbarung
BZ	=	Betriebszugehörigkeit
E	=	Entgelt
G	=	Gehalt
Gr.	=	Gruppe
L	=	Lohn
LGr.	=	Lohngruppe
Lj.	=	Lebensjahr
ME	=	Monatseinkommen
Qual.	=	Qualifikation
Ratio	=	Rationalisierungsbestimmungen
S	=	Sonstige Bestimmungen
SZ	=	Sonderzahlung (13. Monatsgehalt, Jahressonderzahlung o.ä.)
Tj.	=	Tätigkeitsjahre
Url.	=	Urlaub
U-Geld	=	Urlaubsgeld
unbefr.	=	unbefristet
UT	=	Urlaubstage
VermL.	=	Vermögenswirksame Leistungen
WT	=	Werktag
W-Geld	=	Weihnachtsgeld
Z	=	Zuschläge/Zulagen

1. Einleitung

Nach dem überraschend erfolgreichen Tarifjahr 2009 zeigten sich im vergangenen Jahr deutliche(re) Krisenspuren in der Tarifpolitik. Stärker noch als im Vorjahr konzentrierten sich die Gewerkschaften 2010 vor allem in den krisenbetroffenen Industriebranchen auf **Maßnahmen der tariflichen Beschäftigungssicherung**. Beispielhaft seien die Vereinbarungen in der Metallindustrie und in der chemischen Industrie genannt, die zum einen die Möglichkeiten tariflich geregelter Kurzarbeit erweitern, zum andern die Anwendung einer Reihe von betrieblichen Personalmaßnahmen empfehlen, um betriebsbedingte Kündigungen zu vermeiden (vgl. Punkt 4.1 und 4.3). Für die Lohn- und Gehaltsabschlüsse gilt: Nachdem bereits im Jahr 2009 die Tarifabschlüsse etwas niedriger ausfielen als noch im Jahr zuvor, sind die Tarifsteigerungen der Abschlüsse des Jahres 2010 unter dem Druck der anhaltenden Krise noch einmal kräftig zurückgegangen, so dass zweifelsohne von einer **gedämpften Lohnentwicklung** gesprochen werden muss. In einer ganzen Reihe von Branchen wurden für 2010 überwiegend Pauschalzahlungen vereinbart, die nicht zu dauerhaft tabellenwirksamen Tarifierhebungen führen. Während in der chemischen Industrie auf Grund der kurzen (nur 11-monatigen) Laufzeit bereits im Frühjahr 2011 erneut über die Entgelte verhandelt wird, wurde in der Metallindustrie bei längerer Laufzeit nach einer Pauschalzahlung für 2011 eine (dauerhafte) Tarifsteigerung von 2,7 % vereinbart. Die ökonomische Lage verbesserte sich im Laufe des Jahres 2010 - für die meisten Beobachter überraschend stark - zum Positiven, so dass auch die Rahmenbedingungen für die Tarifverhandlungen besser wurden. Dies machte sich u. a. in der Stahlindustrie bemerkbar, wo die IG Metall angesichts der guten Branchenkonjunktur im September 2010 eine überdurchschnittliche Tarifsteigerung von 3,6 % plus Pauschalzahlung durchsetzen konnte.

Insgesamt konnte im Jahr 2010 mit einer jahresdurchschnittlichen Tarifsteigerung von 1,8 % der sehr moderate Anstieg der Verbraucherpreise von durchschnittlich 1,1 % mehr als ausgeglichen werden, es ergibt sich ein **reales Tarifplus** von 0,7 %. Andererseits profitieren die Arbeitgeber langfristig von dem durch die Pauschalzahlungen zumindest vorübergehend „eingefrorenen“ Tarifsockel. Wie bereits in den Vorjahren wurde die Tarifentwicklung des Jahres 2010 positiv von den länger laufenden besseren Abschlüssen des Jahres 2009 beeinflusst (vgl. Punkt 2).

Die Tarifentwicklung reagierte insofern mit der - aus früheren Konjunkturzyklen bekannten - zeitlichen Verzögerung auf die wirtschaftliche Entwicklung. Zu Jahresbeginn 2010 war die Grundtendenz der Konjunktur bereits wieder „aufwärts gerichtet“ (Gemeinschaftsdiagnose Frühjahr 2010). Das Bruttoinlandsprodukt nahm in den ersten beiden Quartalen 2010 gegenüber den Vorjahresquartalen real um 2,2 und 4,3 % zu. Trotz einer gewissen Verlangsamung des Erholungsprozesses in der zweiten Jahreshälfte ergab sich für das vergangene Jahr ein reales BIP-Wachstum von 3,6 %. Dies schlug sich auch auf dem Arbeitsmarkt nieder: Die (saisonbereinigte) Zahl der registrierten Arbeitslosen, die im Frühsommer 2009 mit 3,49 Mio. ihren Höhepunkt erreicht hatte, ging kon-

tinuierlich bis auf 3,15 Mio. im Dezember 2010 zurück¹. Insgesamt blieb jedoch das Niveau der wirtschaftlichen Entwicklung noch unter dem Vorkrisenniveau.

Tarifpolitisch von Bedeutung war neben der Beschäftigungssicherung und der unmittelbaren Lohnpolitik das Thema **Leiharbeit**. In der Stahltarifrunde gelang der IG Metall die tarifliche Vereinbarung einer Equal-Pay-Regelung, die sicherstellen soll, dass Leiharbeiter entsprechend den Tarifbestimmungen der Eisen- und Stahlindustrie entlohnt werden (vgl. Punkt 4.4). Auch andere Gewerkschaften kündigten an, in dieser Frage tarifpolitisch aktiv zu werden. In der bayerischen Milchwirtschaft war dies sogar Gegenstand eines Arbeitskampfes, der allerdings zu keiner positiven Einigung führte.

In der **Mindestlohnfrage** setzte sich die Auseinandersetzung um weitere Branchenmindestlöhne nach dem Entsendegesetz fort. In der Pflegebranche (Altenpflege und ambulante Krankenpflege) wurde erstmals ein Mindestlohn nach dem Entsendegesetz festgelegt. Die achtköpfige Kommission aus Vertretern von Branchenorganisationen (darunter den Gewerkschaften) hatte sich auf einen Mindestlohn von 8,50 € im Westen und 7,50 € im Osten ab dem 1.8.2010 geeinigt. Er steigt in zwei Stufen auf 9,00 € bzw. 8,00 € zum 1.7.2013. In weiteren vier Branchen liegen z. T. schon seit längerem Tarifverträge zu Mindestlöhnen vor, die jedoch (noch) nicht per Rechtsverordnung nach dem Entsendegesetz für allgemeinverbindlich erklärt wurden.²

Zu lebhaften Diskussionen und Aktivitäten führte der Beschluss des Bundesarbeitsgerichts vom 23.6.2010 zur Abkehr vom bisher geltenden **Grundsatz der Tarifeinheit** im Betrieb, wonach in einem Betrieb jeweils nur ein Tarifvertrag zur Anwendung kommen kann (Bundesarbeitsgericht 2010). Das Bundesarbeitsgericht stellte fest, dass für verschiedene Arbeitsverhältnisse derselben Art in einem Betrieb nicht nur einheitliche Tarifregelungen zur Anwendung kommen können. Der DGB und die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) legten daraufhin einen gemeinsamen Vorschlag zur Wiederherstellung dieses Grundsatzes durch Änderung des Tarifvertragsgesetzes vor (BDA-DGB 2010). Er sieht vor, dass bei konkurrierenden Tarifverträgen für dieselbe Beschäftigtengruppe der Tarifvertrag gelten soll, der von der Gewerkschaft geschlossen wurde, die die meisten Mitglieder in dem Betrieb hat. Während der Laufzeit dieses Vertrages soll eine Friedenspflicht für alle Gewerkschaften bestehen, die konkurrierende Tarifverträge abgeschlossen haben, also auch für Gewerkschaften, die im Betrieb eine Minderheit der Belegschaft vertreten. Der Vorschlag stieß nicht nur auf heftige Kritik der konkurrierenden Gewerkschaften stieß, sondern wurde auch in der Arbeitsrechtswissenschaft sehr kontrovers diskutiert. Die Bundesregierung zeigte sich grundsätzlich aufgeschlossen und sagte eine sorgfältige Prüfung des Vorschlags zu.

¹ Dieser Prozess ist allerdings teilweise auf statistische „Bereinigungen“ zurückzuführen (Bundesagentur für Arbeit 2010). Das Gesamtvolumen der Unterbeschäftigung belief sich Ende 2010 auf gut 4 Mio. Personen.

² Berufliche Aus- und Weiterbildung, Forstliche Dienstleister, Geld- und Wertdienste sowie Wach- und Sicherheitsgewerbe.

Tarifforderungen und -abschlüsse

Die Lohn- und Gehaltsforderungen der Gewerkschaften in der diesjährigen Tarifrunde fielen relativ zurückhaltend aus. In zahlreichen Branchen verzichteten sie auf eine quantifizierte Forderung. Stattdessen verlangten sie eine „angemessene Entgelterhöhung“ (chemische Industrie, Bankgewerbe) oder eine „angemessene reale Erhöhung mit sozialer Komponente“ (Deutsche Bahn AG). Auch in der Metallindustrie gab es erstmals keine bezifferte Forderung, stattdessen beschränkte sich die IG Metall, nach vorgezogenen Gesprächen der Tarifparteien über Möglichkeiten der Beschäftigungssicherung, in den eigentlichen Tarifverhandlungen auf die Forderung nach einer „Realeinkommenssicherung“. Dies war aus Sicht der Arbeitgeber ein „in der Geschichte der Bundesrepublik z. T. einmaliger Vorgang“ (BDA 2010, 78).

Übersicht 1: Lohn- und Gehaltsforderungen in der Tarifrunde 2010 in ausgewählten Tarifbereichen

Tariffbereich	Gewerkschaft	Forderung
Bankgewerbe	ver.di	angemessene Entgelterhöhung
Chemische Industrie	IG BCE	angemessene Entgelterhöhung
Deutsche Bahn AG	Transnet	angemessene reale Erhöhung mit sozialer Komponente
Eisen- und Stahlindustrie	IG Metall	6 %
Energiewirtschaft	IG BCE/ver.di	5,5 %
Erwerbsgartenbau Baden-Württemberg	IG BAU	6 % 8,50 € als tarifliche Lohnuntergrenze
Kfz-Gewerbe Hamburg, Niedersachsen, Baden-Württemberg Thüringen	IG Metall	tabellenwirksame Erhöhung 4,5 %
Landwirtschaft	IG BAU	5,3 %
Metallindustrie	IG Metall	Realeinkommenssicherung
Nahrung-Genuss-Gaststätten	NGG	4-5 %
Öffentlicher Dienst Bund und Gemeinden	ver.di	5 %
Papierverarbeitung	ver.di	4,5 %

Quelle: WSI-Tarifarchiv

In anderen Bereichen beharrten die Gewerkschaften auf traditionellen Tarifforderungen: Für den Bereich des öffentlichen Dienstes (Bund, Gemeinden) forderte die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) eine Tarifierhöhung von 5,0 %, womit auch eine Reihe von Strukturforderungen abgedeckt werden sollte. Die Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten hatte für ihre Branchen einen Forderungsrahmen von 4 - 5 % abgesteckt. In der Papier verarbeitenden Industrie forderte ver.di 4,5 %. In der Energiewirtschaft forderten ver.di und IG BCE 5,5 %, für den Bereich der Landwirtschaft verlangte die IG BAU ein Plus von 5,3 %. In Niedriglohnbranchen wie z. B. dem Erwerbsgartenbau reichten die Forderungen bis zu 6,0 % (Übersicht 1).

Nach dem Kündigungsterminkalender liefen die Tarifverträge im öffentlichen Dienst (Bund, Gemeinden) Ende Dezember 2009 als erste aus. Ende März, April und Mai 2010 folgten die regionalen Bereiche der chemischen Industrie. Erst Ende April liefen dann

die Tarifverträge der Metall- und Elektroindustrie und des Bankgewerbes aus. Hinzu kamen die Papier verarbeitende Industrie, die Recycling- und Entsorgungswirtschaft und große Teile des Kfz-Gewerbes.

Anders als zunächst erwartet, konzentrierte sich die Aufmerksamkeit zu Beginn der Tarifrunde nicht ausschließlich auf den öffentlichen Dienst. In der **Metallindustrie** setzte der Tarifabschluss vom 18.2. in Nordrhein-Westfalen weit vor Ablauf der Entgelttarifverträge Ende April die Orientierungsmarke für die diesjährige Tarifrunde: Für Mai 2010 bis März 2011 wurde eine Pauschalzahlung von 320 € vereinbart, zum 1.4.2011 ist eine Tarifierhebung von 2,7 % vorgesehen bei einer Laufzeit bis Ende März 2012.

Außerdem wurde ein Tarifvertrag „Zukunft in Arbeit“ abgeschlossen, der im Kern eine Ausweitung der Möglichkeiten zur tariflichen Kurzarbeit beinhaltet (vgl. Abschnitt 4.1).

Am 27.2.2010 vereinbarte ver.di mit den öffentlichen Arbeitgebern von **Bund und Gemeinden** einen über 26 Monate laufenden Abschluss, der eine dreistufige Tarifierhebung vorsieht: 1,2 % ab 1.1.2010, 0,6 % ab 1.1.2011, 0,5 % weitere Stufenerhöhung ab 1.8.2011. Zusätzlich gibt es im Januar 2011 eine Einmalzahlung von 240 € Außerdem wurden eine Erhöhung des Leistungsentgelts von 1 auf 2 % (Gemeinden), die Möglichkeit zur weiteren Inanspruchnahme von Altersteilzeit sowie weitere Strukturkomponenten vereinbart (vgl. Abschnitt 4.2).

Der Abschluss in der **chemischen Industrie** erfolgte am 21.4.2010. Er sieht Einmalzahlungen von insgesamt 550/611/715 € für Beschäftigte in Normal-/teil-/vollkontinuierlicher Schicht vor. Für Beschäftigte in Betrieben, die nicht wesentlich von der Finanz-/Wirtschaftskrise 2008/2009 betroffen waren, ist eine zusätzliche Einmalzahlung von bis zu 260 € vorgesehen. Außerdem wurden Regelungen zur Übernahme von Ausgebildeten und zur Beschäftigungssicherung getroffen (vgl. Abschnitt 4.3).

Für die Beschäftigten im **Kfz-Handwerk** in Bayern und Thüringen (28.4.) sowie in Hamburg, Niedersachsen und Baden-Württemberg (10.5.) haben IG Metall und Arbeitgeber u. a. eine mehrstufige Tabellenerhöhung zwischen 3,5 und 4,4 % vereinbart. Die Tarifverträge haben eine Laufzeit bis Ende April 2012. Die Tarifparteien in Niedersachsen haben zusätzlich beschäftigungssichernde Maßnahmen vereinbart (u. a. Möglichkeiten zur Kurzarbeit im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen, Senkung von Remanenzkosten der Kurzarbeit).

In der **Papier verarbeitenden Industrie** vereinbarten die Tarifparteien am 2.5. folgendes: Tarifierhebung nach sechs Nullmonaten (Mai bis Oktober) ab 1.11.2010 um 1,3 %, Stufenanhebung ab 1.5.2011 um 1,5 % sowie um 1,3 % ab 1.3.2012 bei einer Laufzeit bis 31.8.2012. Der Manteltarifvertrag für die gewerblichen ArbeitnehmerInnen wurde bis 31.8.2012 verlängert.

Im **Hotel- und Gaststättengewerbe** Nordrhein-Westfalen setzte die Gewerkschaft NGG am 31.5. nach zwei Nullmonaten (Juni und Juli) eine Tarifierhöhung von 2,0 % durch, gefolgt von einer Stufenanhebung um weitere 1,8 % ab 1.7.2011 mit einer Laufzeit bis 30.4.2012.

Im **Bankgewerbe** einigten sich ver.di und der Arbeitgeberverband am 10.6.2010 auf einen Abschluss, der für die Monate Mai bis Dezember eine Pauschalzahlung von 300 € und anschließend eine Tarifierhöhung von 1,6 % bei einer Laufzeit bis 29.2.2012 vorsieht.

In der nordwestdeutschen **Eisen- und Stahlindustrie** vereinbarte die IG Metall am 30.9.2010 einen Tarifabschluss, der für September eine Pauschalzahlung von 150 € vorsah und anschließend eine Tarifierhöhung um 3,6 % bei einer Laufzeit von insgesamt 14 Monaten. Des Weiteren verständigten sich die Tarifparteien darauf, ab Januar 2011 Leiharbeiter nach dem Grundsatz "Gleiche Arbeit - Gleiches Geld" zu bezahlen.

Auch in der **Leih-/Zeitarbeitsbranche** konnten die Gewerkschaften Tarifabschlüsse durchsetzen: Am 9.3.2010 einigten sich die DGB-Tarifgemeinschaft Zeitarbeit und der Bundesverband Zeitarbeit (**BZA**) auf einen Abschluss, der ab 1.7.2010 Tarifierhöhungen in vier Schritten vorsieht. Danach steigen die Mindestentgelte im Westen von 7,38 Euro bis zum 1.11.2012 auf 8,19 € pro Stunde, im Osten von 6,42 € im gleichen Zeitraum auf 7,50 €. Für die weiteren Entgeltgruppen wurden prozentuale Erhöhungen vereinbart. Gleichzeitig wurden die untersten Entgelte als jeweilige Mindestlöhne festgeschrieben. Ein vergleichbarer Abschluss erfolgte am 30.4.2010 mit dem Interessenverband Deutscher Zeitarbeitsunternehmen (**iGZ**). Die Verträge haben eine Laufzeit bis Ende Oktober 2013.

Außerhalb der DGB-Gewerkschaften ist der Abschluss des Marburger Bundes für die **ÄrztInnen an kommunalen Krankenhäusern** vom 9.6.2010 zu nennen. Nach dreiwöchigen Streikaktionen setzte der Marburger Bund eine Pauschalzahlung von 400 € für Januar bis April 2010 und eine zweiprozentige Tarifierhöhung ab Mai 2010 mit einer Laufzeit von 20 Monaten durch. Außerdem werden künftig Bereitschafts- und Notdienste besser bezahlt.

Erst im Januar 2011 konnte Tarifkonflikt bei der **Deutschen Bahn AG** vorläufig beendet werden: Dort verhandelten die zur Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (EVG) zusammengeschlossenen früheren Gewerkschaften Transnet und GDBA sowohl über einen neuen Branchentarifvertrag für den schienengebundenen Personennahverkehr (SPNV) als auch über eine Tarifierhöhung für die Beschäftigten der Deutschen Bahn AG. Nachdem im Dezember begann die Schlichtung unter Vorsitz des früheren SPD-Politikers Peter Struck. Mitte Januar legte Struck einen Schlichtungsspruch vor, der die Zustimmung der Tarifparteien fand. Mit dem neuen Branchentarifvertrag verpflichteten sich die führenden Bahnunternehmen, die in Deutschland Nahverkehr anbieten, bei künftigen Ausschreibungen mit Personalkosten zu kalkulieren, die mindestens dem jetzt

festgelegten Niveau entsprechen. Der Entgeltabschluss für die Deutsche Bahn AG umfasst Bestandteile in der Summe von rund 3 %. Parallel zur EVG verhandelt die Gewerkschaft deutscher Lokomotivführer über einen Bundes-Rahmen-Lokomotivführer-tarifvertrag (BuRa-LfTV).

Übersicht 2: Ausgewählte Lohn- und Gehaltsabschlüsse West und Ost für 2010

Abschluss	Tariffbereich	Ergebnis
18.02.2010	Metallindustrie Nordrhein-Westfalen (Pilotabschluss)	320 € Pauschale insg. für Mai 2010 - März 2011 2,7 % ab 01.04.11 Laufzeit bis 31.03.12
27.02.2010	Öffentlicher Dienst Bund, Gemeinden	1,2 % ab 01.01.10 0,6 % Stufenerhöhung ab 01.01.11 0,5 % Stufenerhöhung ab 01.08.11 240 € Einmalzahlung im Januar 2011 Laufzeit bis 29.02.12
21.04.2010	Chemische Industrie	550 € Pauschale insg. für 11 Monate, Laufzeit regional unterschiedlich bis 02/03/04/2011
10.05.2010	Kfz-Gewerbe Baden-Württemberg	nach einem Nullmonat (Mai) 0,6 % ab 01.06.10 1,0 % Stufenerhöhung ab 01.12.10 1,9 % Stufenerhöhung ab 01.07.11 0,6 % Stufenerhöhung ab 01.01.12 Laufzeit bis 30.04.12
20.05.2010	Papier verarbeitende Industrie	nach 6 Nullmonaten (Mai - Oktober) 1,3 % ab 01.11.10 1,5 % Stufenerhöhung ab 01.05.11 1,3 % Stufenerhöhung ab 01.03.12 Laufzeit bis 31.08.12
31.05.2010	Hotel- und Gaststättengewerbe Nordrhein-Westfalen	nach 2 Nullmonaten (Juni und Juli) 2,0 % ab 01.08.10 1,8 % Stufenerhöhung ab 01.07.11 Laufzeit bis 30.04.12
10.06.2010	Bankgewerbe	300 € Pauschale insg. für Mai - Dezember 1,6 % ab 01.01.11 Laufzeit bis 29.02.12
23.06.2010	Energiewirtschaft Nordrhein-Westfalen (GWE-Bereich)	2,6 % ab 01.07.10 Laufzeit bis 30.06.11
01.09.2010	Landwirtschaft	Bundesempfehlung: 180 € Pauschale für April - Oktober 2,1 % ab 01.11.10 2,3 % Stufenerhöhung ab 01.11.11 Laufzeit bis 31.10.12
30.09.2010	Eisen- und Stahlindustrie	150 € Pauschale für September 3,6 % ab 01.10.10 Laufzeit bis 31.10.11
19.11.2010	Wohnungs- und Immobilienwirtschaft	nach einem Nullmonat (Dezember) 3,0 % ab 01.01.11 1,0 % Stufenerhöhung ab 01.01.12 Laufzeit bis 31.12.12

Quelle: WSI-Tarifarchiv - Stand: Dezember 2010

In einigen Tarifabschlüssen wurden auch in dieser Tarifrunde Regelungen vereinbart, die aus wirtschaftlichen Gründen Abweichungen von vereinbarten Vergütungselementen erlauben. Dies betrifft sowohl Pauschal- und Einmalzahlungen wie auch dauerhafte Tarifierhebungen und umfasst zeitliche Verschiebungen ebenso wie Kürzungen bzw. Wegfall einzelner Bestandteile. Zum Teil werden in diesem Jahr auch entsprechende Regelungen aus Vorjahresabschlüssen wirksam (Übersicht 3).

Übersicht 3: Vereinbarungen über Abweichungen bei Pauschal- und Einmalzahlungen sowie Tarifierhebungen

Tarifbereich	Leistung	Abweichende Regelung
Chemische Industrie	550/611/715 € Einmalzahlung zahlbar bis 30.06.10	Verschiebung/Kürzung auf bis zu 300/333/390 € aus wirtschaftlichen Gründen durch eine einvernehmliche Vereinbarung möglich
Holz u. Kunststoff verarbeitende Industrie Berlin, Brandenburg	1,5 % ab 01.06.10	Kürzung, Verschiebung oder Wegfall der Erhöhung bis max. 31.12.10 durch Betriebsvereinbarung möglich, Beschäftigungszusage als Voraussetzung
Kautschukindustrie	200 € Pauschale im April 2010	bei wirtschaftlichen Schwierigkeiten und Einigung mit Betriebsrat Kürzung, Verschiebung und Wegfall möglich
Metallindustrie	2,7 % ab 01.04.11	Verschiebung der Erhöhung um max. +/- 2 Monate in Abhängigkeit von der wirtschaftlichen Lage des Betriebes durch freiwillige Betriebsvereinbarung möglich

Quelle: WSI-Tarifarchiv 2010 Stand: Dezember 2010

2. Tarifentwicklung

2.1 Lohn- und Gehalt

Die DGB-Gewerkschaften schlossen 2010 in ganz Deutschland **Lohn- und Gehaltstarifverträge** für rd. 8,8 Mio. Beschäftigte ab, davon für rund 7,5 Mio. in den alten und 1,3 Mio. in den neuen Bundesländern. Das entspricht rund 48 % der von Tarifverträgen erfassten Beschäftigten. Für weitere 7,5 Mio. Beschäftigte traten Stufenerhöhungen in Kraft, die bereits 2009 oder früher vereinbart wurden (vgl. Tabelle 1 im Anhang). Bei rund 2,1 Mio. Beschäftigten liefen 2010 oder früher die Vergütungstarifverträge aus, aber es kam bis zum Jahresende (noch) nicht zu Neuabschlüssen bzw. laufende Tarifverträge sehen für 2010 keine Tarifierhebung vor.

Abschlussrate

Die tarifliche **Abschlussrate** belief sich gesamtwirtschaftlich im Durchschnitt auf 3,2 % (2009: 3,9 %), in Westdeutschland betrug die Rate 3,0 %, in Ostdeutschland 4,4 % (vgl. Tabelle 2). Die Abschlussrate schließt *alle*, ggf. auch 2011 und später in Kraft tretenden *tabellenwirksamen* Erhöhungen ein. Nicht berücksichtigt werden Pauschalzahlungen und zusätzliche Einmalzahlungen, die sich nicht dauerhaft in den Tarif tabellen niederschlagen. Die Spannweite der durchschnittlichen Gesamtabschlussraten reicht von 0,9 % im Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe, 1,6 % im Bereich Kreditinstitute/Versicherungsgewerbe, 2,4 % im Bereich Gebietskörperschaften, Sozialversicherung, 2,9 % im Investitionsgüter- und im Verbrauchsgütergewerbe, 3,2 % im Nahrungs- und Genussmittelgewerbe, bis zu 3,8 % im Bereich Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft. Der hohe Wert von 8,0 % im Bereich private Dienstleistungen, Organisationen ohne Erwerbszweck resultiert vor allem aus dem fast fünf Jahre laufenden Tarifabschluss für den Bereich der Leiharbeit mit einer mehrstufigen Tarifierhebung.

Diese Gesamtabschlussraten sind nur von begrenzter Aussagekraft, weil sie sich immer auf die gesamte, je nach Tarifbereich sehr unterschiedlich lange Laufzeit der Tarifab-

kommen beziehen. Berücksichtigt man lediglich die **im Jahr 2010** abgeschlossenen und auch in Kraft getretenen Tarifierhöhungen, ergibt sich eine Abschlussrate von 2,3 % (West: 2,2 %, Ost: 2,9 %). Differenziert man diese Größe nach Wirtschaftsbereichen, dann ergibt sich für 2010 eine Streuung zwischen 1,3 % im Bereich Gebietskörperschaften/Sozialversicherung und 4,2 % im Bereich private Dienstleistungen/Organisationen ohne Erwerbszweck (vgl. Tabelle 2 im Anhang). Zu berücksichtigen ist stets, dass die Erhöhungen zu unterschiedlichen Zeitpunkten im Jahresverlauf wirksam wurden.

Wie bereits in den Vorjahren spielten auch im Jahr 2010 „Nullmonate“ bei den Tarifabschlüssen eine bedeutende Rolle. Für rund 6,9 Mio. (2009: 7,3 Mio.), das entspricht rund 78 % der von Neuabschlüssen begünstigten Beschäftigten, gab es Tarifabschlüsse mit verzögerter Anpassung der Lohn- und Gehaltserhöhungen. Rund 23 % von ihnen mussten zwischen 1 - 5 Monate auf die reguläre Tarifierhöhung warten, für 77 % vergingen 6 und mehr Monate bis zur ersten Tarifsteigerung, Für 75 % der davon betroffenen Beschäftigten vereinbarten die Gewerkschaften als Ausgleich Pauschalzahlungen, die durchschnittlich 38 € (West: 38 €, Ost: 42 €) im Monat betragen (vgl. Tabelle 3 im Anhang).

Laufzeiten

Der seit rund zehn Jahren zu beobachtende Trend zu längeren Laufzeiten hat sich im vergangenen Jahr fortgesetzt. Die **Laufzeit** der Vergütungstarifverträge im Jahr 2010 beträgt durchschnittlich 24,3 Monate (2009: 24,1 Monate). Für rund 0,9 Mio. Beschäftigte (10,2 %) laufen die Abkommen zwischen 11 und 12 Monaten, für gut 1 Mio. (12,0 %) 13 bis 22 Monate, für 3,5 Mio. 23 Monate (39,9 %) und für 3,3 Mio. (38 %) 24 und mehr Monate. In den neuen Bundesländern laufen die Tarifverträge im Schnitt knapp 5 Monat länger als in den alten (vgl. Tabelle 4 im Anhang).

Tabelle 1: Laufzeit der Tarifverträge (in Monaten)

	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
Gesamt	21,8	14,5	18,3	20,5	21,8	25,7	22,1	22,2	22,4	24,1	24,3
West	21,5	14,1	18,1	20,4	21,8	25,2	21,6	22,2	22,2	24,3	23,6
Ost	23,3	16,4	19,7	21,0	22,0	28,4	24,7	21,9	23,4	23,2	28,3

Quelle: WSI-Tarifarchiv Stand: 31.12.2010

Jahresbezogene Tarifsteigerung

Bei der jahresbezogenen Steigerung der tariflichen Grundlöhne und -gehälter werden im Unterschied zur tariflichen Abschlussrate die Auswirkungen aus der (oft unterschiedlichen) Lage und Laufzeit der Tarifabkommen berücksichtigt. Auch werden ggf. im Berichtsjahr wirksam werdende Abschlüsse aus den Vorjahren sowie zusätzliche Einmalzahlungen und Pauschalzahlungen als Ausgleich für Abschlussverzögerungen mit einbezogen. Die jahresbezogene Tarifsteigerung setzt die durchschnittliche tarifliche Grundvergütung des gesamten Jahres 2010 zum Vorjahr in Bezug und erfasst insgesamt 15,9 Mio. Arbeitnehmer/-innen.

Diese **kalenderjährliche Steigerung** der Tarifverdienste 2010 gegenüber 2009 betrug für ganz Deutschland **1,8 %** (2009: 2,6 %) (vgl. Tabelle 5). Am höchsten fiel die jahresbezogene Tarifsteigerung mit 2,9 % im Bereich Energie- und Wasserversorgung, Bergbau aus gefolgt vom Handel mit 2,5 %, dem Baugewerbe sowie dem Nahrungs- und Genussmittelgewerbe mit 2,4 %, dem Bereich Verkehr und Nachrichtenübermittlung mit 2,3 %. Genau im Durchschnitt lagen das Verbrauchsgütergewerbe sowie Kreditinstitute/Versicherungsgewerbe mit je 1,8 %, unterdurchschnittlich fielen die Tarifsteigerungen im Investitionsgütergewerbe mit 1,0 % und im Bereich Gebietskörperschaften, Sozialversicherung mit 0,9 % aus. In Ostdeutschland lag die kalenderjährliche Erhöhung mit 2,0 % etwas höher als in Westdeutschland mit 1,7 %.

Positiv beeinflusst wird die jahresbezogene Tarifsteigerung 2010 durch die länger laufenden Abschlüsse aus 2009. Die daraus resultierende Tarifierhebung für 2010 beläuft sich auf 2,3 %, die Neuabschlüsse des Jahres 2010 ergeben lediglich 1,3 %. Im Mittel ergeben sich dann die bereits genannten 1,8 %.

In Tarifbereichen mit 0,7 Mio. Beschäftigten liefen Vergütungsstarifverträge im Jahr 2010 aus, ohne dass bis zum Jahresende neue Abschlüsse getätigt wurden. Bezieht man diese Tarifbereiche mit ein, dann sinkt die jahresbezogene Tarifsteigerung geringfügig von 1,8 auf 1,7 %. In Tarifbereichen mit weiteren 1,8 Mio. Beschäftigten sind die Tarifverträge bereits 2009 oder in den Jahren zuvor ausgelaufen ohne nachfolgende Abschlüsse. Berücksichtigt man auch diese Bereiche, dann sinkt die jahresbezogene Tarifsteigerung für 2010 insgesamt auf 1,6 %.

Tabelle 2: Tarifsteigerung 2010 in % ¹

Wirtschaftsbereich	Ost	West	Gesamt
Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft	1,7	1,6	1,6
Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	4,5	2,5	2,9
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	3,1	2,1	2,2
Investitionsgütergewerbe	0,8	1,0	1,0
Verbrauchsgütergewerbe	1,6	1,8	1,8
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	3,4	2,3	2,4
Baugewerbe	2,7	2,3	2,4
Handel	2,4	2,5	2,5
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	2,3	2,3	2,3
Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe	1,8	1,8	1,8
Priv. Dienstleistungen, Organ. o. Erwerbszweck	2,8	2,1	2,2
Gebietskörperschaften, Sozialversicherung	1,0	0,9	0,9
Gesamte Wirtschaft	2,0	1,7	1,8

¹ Jahresbezogene Erhöhung der tariflichen Grundvergütung 2010 gegenüber 2009.

Quelle: WSI-Tarifarchiv

Stand: 31.12.2010

Die durchschnittliche jahresbezogene Tarifsteigerung 2010 von 1,8 % liegt über dem sehr geringen Anstieg der Lebenshaltungskosten von 1,1 %. **Real** stiegen die tariflichen Vergütungen im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt **um 0,7 %**.

Der Stand der tariflichen **Lohnangleichung** an das Westniveau kann an der Entwicklung der tariflichen *Grundvergütung* festgemacht werden. Für den Stichtag 31.12.2010 ergibt sich dabei folgendes Bild: Auf Basis von rund 50 Tarifbereichen/-branchen mit 1,65 Mio. erfassten Beschäftigten errechnet sich ein **durchschnittliches Tarifniveau von 96,6 %**. Damit ergibt sich *gesamtwirtschaftlich* ein Anstieg gegenüber dem Vorjahr um 0,5 Prozentpunkte.

Tabelle 3: Tarifniveau Ost/West in %

2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
91,9	92,3	92,8	93,4	94,0	94,6	95,1	95,2	96,8	96,1	96,6

Quelle: WSI-Tarifarchiv Stand: 31.12.2010

Über den Stand der Angleichung wichtiger manteltariflicher Regelungen und Leistungen in Ostdeutschland (wie z. B. Arbeitszeit, Urlaubs- und Weihnachtsgeld, vermögenswirksame Leistungen) gibt die Übersicht zu ausgewählten Tarifbereichen in Tabelle 12 im Anhang Auskunft.

Die Steigerung der **Ausbildungsvergütungen** ist im vergangenen Jahr ebenfalls deutlich niedriger ausgefallen als 2009. Nach Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung ergibt sich ein Anstieg von 1,8 % (West: 1,3 %, Ost: 2,9 %), der exakt der Steigerung der tariflichen Grundvergütungen entspricht (BIBB 2010). Je nach Tarifbereich verbergen sich hinter diesen Durchschnittszahlen große Unterschiede: Gemessen an der Ausbildungsvergütung im 3. Ausbildungsjahr variierte die Steigerung in 26 ausgewählten Tarifbereiche zwischen 1,1 % und 7,1 %. In neun Tarifbereichen sind die Ausbildungsvergütungen im vergangenen Jahr regional oder bundesweit gar nicht angehoben worden (vgl. im Einzelnen Tabelle 8 im Anhang).

Effektivverdienstentwicklung

Die Effektivverdienstentwicklung verzeichnet im vergangenen Jahr gegenüber dem Krisenjahr 2009 einen Erholungsprozess. Die Summe der **Bruttolöhne und -gehälter** ist 2010 um 2,7 % gestiegen. Je beschäftigte/n Arbeitnehmer/in ergibt sich **auf Monatsbasis** - nominal - ein **Anstieg um 2,2 %**. Daraus ergibt sich, dass die Bruttoverdienste 2010 erstmals nach sechs Jahren real (preisbereinigt) gestiegen sind, und zwar um 1,1 %. Ursächlich sind im Wesentlichen der starke Rückgang der Kurzarbeit und die (damit verbundene) Verlängerung der tatsächlich geleisteten Arbeitszeit.

Auf Stundenbasis berechnet, sieht das Bild anders aus. Während im Jahr 2009 die Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmerstunde vor allem kurzarbeitsbedingt um 3,0 % gestiegen waren, ergibt sich für 2010 ein Rückgang um nominal 0,2 %, real (preisbereinigt) um 1,3 %. Das heißt, dass die Unternehmen die stundenbezogenen Zusatzkosten in Folge der Krise im Jahr 2010 wieder abbauen konnten und z. T. auch von weiteren betrieblichen Kostensenkungsprogrammen profitieren konnten.

Nachdem im Krisenjahr 2009 die Arbeitsproduktivität je Erwerbstätigenstunde um 2,2 % zurückgegangen war, stieg sie 2010 wieder um 1,0 %. Dies schlug sich auch in einer Umkehr der Lohnstückkostenentwicklung nieder: die Lohnstückkosten pro Stunde sanken im Jahr 2010 um 1,3 %.

Ein Blick auf die funktionelle Einkommensverteilung zeigt eine Rückkehr zu alten Mustern: Der krisenbedingte kräftige Rückgang der Unternehmens- und Vermögenseinkommen schlug wieder ins Gegenteil um. Im vergangenen Jahr sind sie um kräftige 13,2 % gestiegen und haben damit den Rückgang des Krisenjahres 2009 mehr als wettgemacht.

Tabelle 4: Wirtschafts- und Verteilungsdaten 2010

- Veränderung gegenüber dem Vorjahr in % -

	2010
Tarifentgelte	+1,8
Verbraucherpreise	+1,1
Arbeitsproduktivität/Stunde	+1,0
Bruttoverdienste/Arbeitnehmer	+2,2
Bruttoverdienste/Stunde	-0,2
Lohnstückkosten/Stunde	-1,3
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	+13,2

Quelle: Stat. Bundesamt, WSI-Tarifarchiv

2.2 Arbeitszeit

Die Eckdaten der tariflichen Wochenarbeitszeit sind im Laufe des vergangenen Jahres weitgehend gleich geblieben. Die tarifliche **Wochenarbeitszeit** betrug Ende 2010 im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt in ganz Deutschland 37,7 Stunden (West: 37,5 und Ost: 38,8 Stunden) (vgl. nachstehende Übersicht sowie Tabelle 9 im Anhang). Angesichts der zahlreichen arbeitszeitbezogenen Öffnungsklauseln und Flexi-Bestimmungen (u. a. mit Kontenregelungen und langen Ausgleichszeiträumen) müssen die gesamtwirtschaftlichen und branchenbezogenen Zahlen zur tariflichen Arbeitszeitdauer eher als Referenzgrößen, denn als Beschreibung der tatsächlichen Arbeitszeitstandards angesehen werden.

Die tarifliche **Urlaubsdauer** (Endstufe) beträgt im gesamtdeutschen Durchschnitt unverändert 30,0 Tage (West: 30,1 und Ost: 29,5 Tage) (vgl. Tabelle 10 im Anhang).

Errechnet man auf Basis dieser und weiterer Einzelkomponenten die tarifliche **Jahresarbeitszeit**, so ergibt sich ein gesamtdeutscher Durchschnitt von 1.659,3 Stunden, für Westdeutschland 1.648,4 und für Ostdeutschland 1.715,4 Stunden (vgl. Tabelle 11 im Anhang).

Übersicht 4: Tarifliche Arbeitszeitregelungen 2010

Tarifregelung	Ost	West	Gesamt
Wochenarbeitszeit (Std.)	38,8	37,5	37,7
<i>Anteil der Beschäftigten (in %) mit:</i>			
<i>bis zu 35 Std.</i>	6,0	24,4	21,4
36 - 37	5,4	9,3	8,6
37,5 - 38,5	30,9	37,3	36,1
39 - 40 und mehr Std.	57,3	28,6	33,1
Urlaub (Arbeitstage) ¹	29,5	30,1	30,0
Jahresarbeitszeit (Std.)	1.715,4	1.648,4	1.659,3

¹ Endstufe.

Quelle: WSI-Tarifarchiv Stand: 31.12.2010

3. Lohn- und Verteilungsentwicklung - Bilanz für 2000 - 2010

Eine längerfristige Bilanz der Lohn- und Verteilungsentwicklung ist speziell aus tarifpolitischer Sicht immer ein heikles Unterfangen. Dies hängt vor allem mit der Schwierigkeit zusammen, einen angemessenen Beurteilungsmaßstab zu finden. Die Steigerung der Löhne und Gehälter ist zwar zweifellos ein zentrales Ziel gewerkschaftlicher Tarifpolitik, aber es gibt daneben zahlreiche qualitative Ziele, die die Gewerkschaften durch tarifvertragliche Vereinbarungen regeln wollen. Dazu gehören z. B. Fragen der Arbeitszeitpolitik, der Aus- und Weiterbildung, der Altersversorgung oder – wie insbesondere zu Zeiten der Wirtschaftskrise – die Sicherung von Beschäftigung. Welche Bedeutung die Umsetzung der verschiedenen Teilziele aus Sicht der Gewerkschaften hat, ist im Einzelnen schwer einzuschätzen. Hinzu kommt, dass die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und/oder das Durchsetzungsvermögen der Gewerkschaften in der Regel nicht so ausfallen, dass alle angestrebten Ziele gleichermaßen realisiert werden können. Wenn im Folgenden eine im Wesentlichen auf die Entwicklung der Tarif- und Effektivlohnentwicklung gerichtete Bilanz gezogen wird, dann ist dieser größere Zusammenhang immer in Rechnung zu stellen.

3.1 Tarifentwicklung

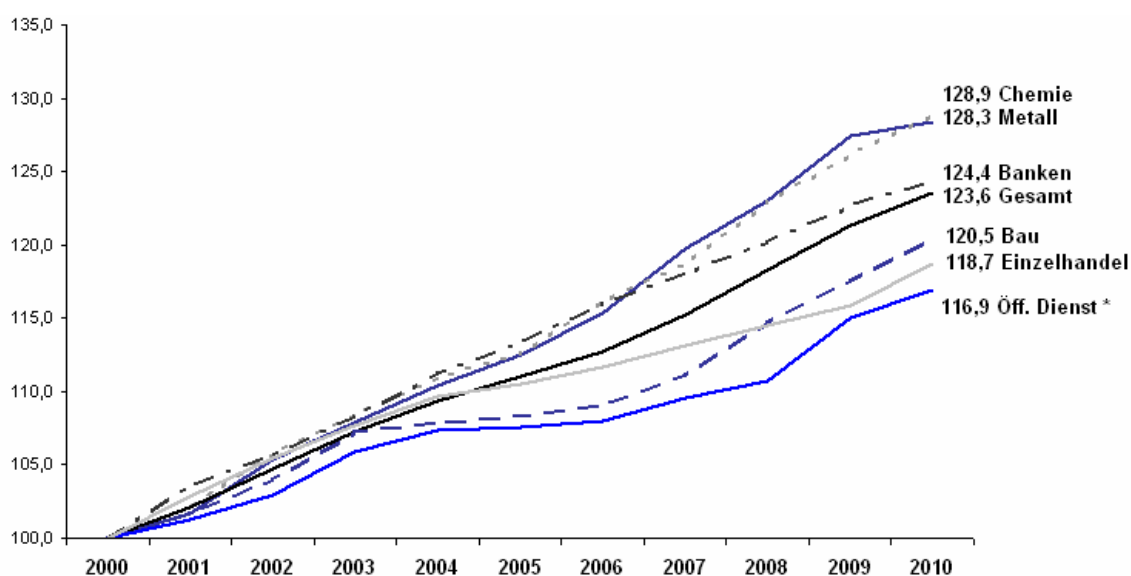
Die „Nulljahre“ sind im Rückblick ein Jahrzehnt moderater Tarifentwicklung. Jahresdurchschnittlich sind die tariflichen Grundvergütungen von 2000 - 2010 um 2,2 % gestiegen mit einer Spannweite von 1,5 % (2005) und 2,9 % (2008). Dies ergibt einen Anstieg der Tariflöhne und -gehälter um 24,2 %. Setzt man dies ins Verhältnis zur Steigerung der Lebenshaltungskosten (+17,5 %), dann errechnet sich eine reale (preisbereinigte) Steigerung der Tariflöhne und -gehälter um 6,7 %, jahresdurchschnittlich entspricht dies einem Zuwachs um knapp 0,7 %.

Grundsätzlich streben die Gewerkschaften eine Lohnsteigerung an, die mindestens den Anstieg der Lebenshaltungskosten ausgleicht und eine Beteiligung der Beschäftigten an der gestiegenen Arbeitsproduktivität sicherstellt. Der Verteilungsspielraum aus diesen beiden Größen ist im vergangenen Jahrzehnt um 28,1 % gestiegen, der Anstieg der Tarifentgelte ist mit 24,2 % um knapp 4 Prozentpunkte darunter geblieben. Blickt man auf die einzelnen Branchen, zeigen sich deutliche Unterschiede: Während beispielsweise in

der Metall- und Elektroindustrie und in der chemischen Industrie dieser kostenneutrale Verteilungsspielraum ausgeschöpft wurde, bleibt die Mehrzahl der übrigen Branchen mehr oder minder stark hinter dieser Marke zurück (Abbildung 1).

In der ökonomischen Fachdebatte wird vielfach eine Orientierung der Lohnentwicklung an der Zielinflationsrate der Europäischen Zentralbank (EZB) in Höhe von (bis zu) 2 % zuzüglich der Trendproduktivitätsrate empfohlen. Der darauf basierende Verteilungsspielraum³ hat sich im vergangenen Jahrzehnt deutlich stärker, nämlich um 41 % ausgeweitet. Die Zielverfehlung der Tarifentwicklung fällt bei diesem Maßstab also noch deutlich stärker aus.

Abbildung 1: Tarifentwicklung 2000 - 2010 in ausgewählten Branchen
alte Bundesländer (2000=100)



* ab 2005: Länder

Quelle: WSI-Tarifarchiv Stand: 31.12.2010

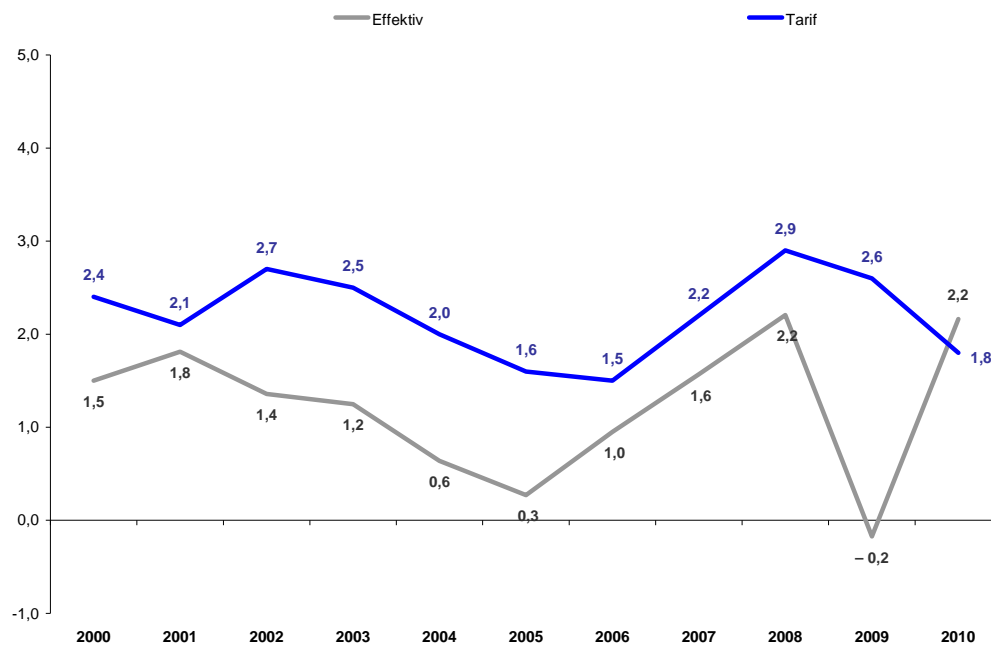
3.2 Effektivlohnentwicklung

Eine vereinbarte Tarifierhöhung bedeutet nicht automatisch Effektivlohnerhöhung im gleichen Umfang. Dafür gibt es mehrere Gründe: Zunächst begrenzt die bestehende Tarifbindung von derzeit rund 61 % der Beschäftigten die verpflichtende Anwendung der Tariflohnerhöhungen. Die Tarifbindung ist auch im Laufe der vergangenen zehn Jahre erkennbar zurückgegangen. Die nicht tarifgebundenen Betriebe können sich zwar an der Tarifentwicklung orientieren, sind aber grundsätzlich in der Lohngestaltung frei. Die tarifgebundenen Firmen haben insbesondere in wirtschaftlichen Krisenzeiten oftmals von den zahlreichen tariflichen Öffnungsklauseln Gebrauch gemacht, die ein befristetes Abweichen von den vereinbarten Tarifstandards erlauben. Tarifsteigerungen wurden zudem vielfach auf noch vorhandene übertarifliche Lohnbestandteile angerechnet. Im Ergebnis beobachten wir für fast den gesamten Zeitraum 2000 - 2010 eine nega-

³ Als Produktivitätsrate wurde hier ein gleitender 5-Jahresdurchschnitt der Stundenproduktivität eingesetzt.

tive Lohndrift, das heißt, dass die effektiv gezahlten Bruttolöhne und -gehälter langsamer steigen als die tariflich vereinbarten Entgelte.

Abbildung 2: Nominale Effektiv- und Tarifverdienste je Arbeitnehmer 2000 - 2010
Veränderungen zum Vorjahr in %



Quelle: Destatis, WSI-Tarifarchiv

Im Zeitraum von 2000 - 2010 sind die Bruttomonatsverdienste je Arbeitnehmer um 12,7 % gestiegen, jahresdurchschnittlich um 1,2 %. Real (preisbereinigt) sind die nominalen Bruttoeinkommen in sieben Jahren gesunken, in einem Jahr stagniert, in zwei Jahren um 0,1 % und im vergangenen Jahr um 1,1 % gestiegen. Im Jahr 2010 belief sich der Reallohnindex auf 96 % des Niveaus des Jahres 2000. Mit anderen Worten, die Realeinkommen lagen im vergangenen Jahr 4 % unter dem Niveau von 2000. Misst man die nominale Effektivlohnentwicklung am Verteilungsspielraum aus Preis- und Produktivitätsentwicklung, ergibt sich ein Rückstand von fast 16 Prozentpunkten. Noch deutlich größer fällt der Rückstand auf den modifizierten Verteilungsspielraum (Zielinflationsrate der EZB plus Trendproduktivität) aus. Alles in allem kann man vor dem Hintergrund dieser Entwicklung mit Blick auf die Lohnentwicklung für die Jahre 2000 - 2010 von einem „verlorenen Jahrzehnt“ sprechen.

Tabelle 5: Verteilungsdaten 2000 - 2010 in Deutschland ¹

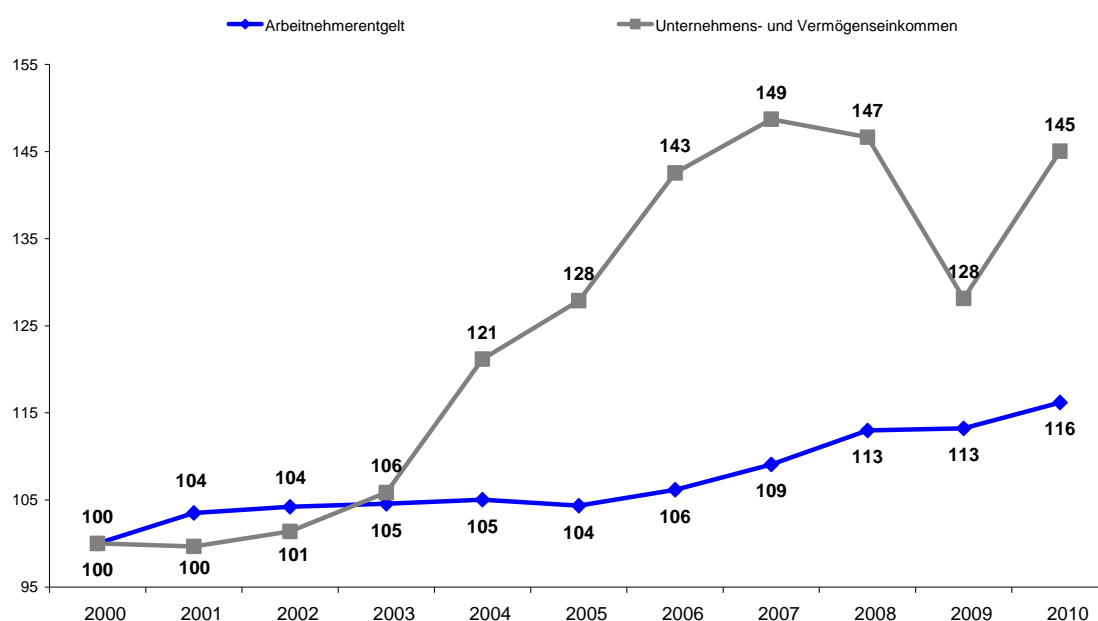
Jahr	Lebenshaltungskosten ²	Produktivität je Stunde ³	Tarifentgelte ⁴	Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmerstunde ²	Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer ²	Bereinigte Bruttolohnquote ⁵	Reale Tarifentgelte je Arbeitnehmer	Reale Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer	Tariflohnindex nominal	Tariflohnindex real	Bruttolohnindex nominal	Bruttolohnindex real	Index Verteilungsspielraum Preise + Produktivität
	%	%	%	%	%	%	%	%	2000=100	2000=100	2000=100	2000=100	2000=100
2000	1,4	2,6	2,4	2,8	1,5	72,9	1,0	0,1	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
2001	2,0	1,8	2,1	2,7	1,8	72,6	0,1	-0,2	102,1	100,1	101,8	99,8	103,8
2002	1,4	1,5	2,7	2,0	1,4	72,5	1,3	0,0	104,9	100,2	103,2	99,8	106,8
2003	1,1	1,2	2,5	1,7	1,2	71,9	1,4	0,1	107,5	101,6	104,5	99,9	109,2
2004	1,6	0,6	2,0	0,4	0,6	69,3	0,4	-1,0	109,6	103,0	105,2	99,0	111,7
2005	2,0	1,4	1,6	1,0	0,3	68,2	-0,4	-1,7	111,4	102,6	105,4	97,3	115,4
2006	1,7	3,1	1,5	1,1	1,0	66,2	-0,2	-0,7	113,1	102,2	106,4	96,5	120,9
2007	2,2	1,0	2,2	1,4	1,6	65,7	0,0	-0,6	115,5	102,2	108,1	95,9	124,8
2008	2,6	-0,2	2,9	2,4	2,2	66,8	0,3	-0,4	118,9	102,2	110,5	95,5	127,8
2009	0,4	-2,2	2,6	3,0	-0,2	69,8	2,2	-0,6	122,0	104,5	110,3	95,0	125,5
2010 ⁶	1,1	1,0	1,8	-0,2	2,2	67,6	0,7	1,1	124,2	106,7	112,7	96,0	128,1

1 Alle Angaben außer Lohnquote und Indices: Veränderungen in % zum Vorjahr.
 2 Statistisches Bundesamt, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Fachserie 18, Reihe 1.1, Wiesbaden 2011.
 3 Statistisches Bundesamt Fachserie 17, Reihe 7, "Preisindizes für die Lebenshaltung".
 4 WSI-Tarifarchiv.
 5 Statistisches Bundesamt, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen (s. Fußnote 2), Berechnungen des WSI.
 6 Vorläufig.

Quelle: Destatis, WSI-Tarifarchiv - Stand: Januar 2011

In der Konsequenz hat sich auch die funktionelle Einkommensverteilung zulasten der Arbeitseinkommen verändert. Nimmt man als Verteilungsmaßstab die bereinigte Lohnquote (Verhältnis der Arbeitsentgelte zum Volkseinkommen), zeigt sich eine deutliche Umverteilung zugunsten der Unternehmens- und Vermögenseinkommen. Die Lohnquote ist im vergangenen Jahrzehnt von 72,9 auf 67,6 % gefallen, lediglich 2008 und 2009 gab es durch den krisenbedingten Gewinneinbruch vorübergehend einen begrenzten Anstieg der Lohnquote.

Abbildung 3: Arbeitnehmerentgelt und Unternehmens- und Gewinneinkommen 2000 - 2010 (2000 = 100)



Quelle: VGR, Berechnungen des WSI-Tarifarchivs

4. Ausgewählte Tarifrunden

Forderungen, Ablauf und Ergebnisse der einzelnen Tarifrunden weisen deutliche Unterschiede auf. Von Bedeutung sind insbesondere die spezifischen Branchenstrukturen und die jeweiligen tarifpolitischen Rahmenbedingungen, die das konkrete Tarifgeschehen prägen. Im Folgenden werden in knapper Form die Tarifrunden in fünf Branchen bzw. Tarifbereichen dargestellt.

4.1 Metall- und Elektroindustrie

Die Tarifrunde 2010 in der Metall- und Elektroindustrie zeichnete sich durch mehrere Besonderheiten aus: Die übliche Forderungsdiskussion in den Betrieben und Tarifkommissionen fand diesmal nicht statt. Erstmals verzichtete die IG Metall auch auf eine konkrete, bezifferte Lohnforderung. Stattdessen konzentrierte sich die Gewerkschaft auf ihr Hauptziel, die Beschäftigungssicherung. In intensiven Sondierungsgesprächen lotete sie Möglichkeiten der Beschäftigungssicherung aus. Bereits weit vor dem Kündigungstermin und nach nur zwei Verhandlungsrunden einigten sich die Tarifparteien auf ein neues Tarifabkommen.

Der vorausgegangene Tarifabschluss in der Metall- und Elektroindustrie vom November 2008 lief nach 18 Monaten Ende April 2010 aus. Doch bereits im Herbst 2009 setzte bei den Tarifvertragsparteien eine Diskussion ein, mit welchen (auch tarifpolitischen) Mitteln der tief greifenden wirtschaftlichen Krise und den daraus resultierenden Beschäftigungsrisiken begegnet werden könnte. Ein Vorstoß von BDA-Präsident Dieter Hundt, in dem er Lohnkürzungen aus betriebswirtschaftlichen Gründen für gerechtfertigt erklärte, stieß auf scharfen Widerspruch nicht nur bei Gewerkschaften und einigen Ökonomen. Auch Gesamtmetall-Präsident Kannegießer erklärte, Lohnkürzungen, womöglich flächendeckend in der gesamten Metall- und Elektroindustrie, seien „absolut kein Thema“. Es gehe auch nicht darum, flächendeckend für die gesamte Branche Standards zu ändern. Die Tarifverträge sähen Öffnungsklauseln vor, die einzelnen Unternehmen Abweichungen von Tarifstandards erlaubten (Frankfurter Rundschau vom 10.08.2009).

Die IG Metall lehnte Lohnkürzungen ebenfalls ab, machte aber deutlich, dass sie für die Tarifrunde 2010 die Themen Arbeitsplatzsicherung und die Übernahme von Auszubildenden als vorrangig ansah. IG Metall-Vorsitzender Huber äußerte bereits im Oktober 2009 in einem Interview die Auffassung, „eine Krise ist für die Gewerkschaften nie der Fanfarenstoß für Erfolge an der Entgeltfront“ und weiter „alles in allem ist die Luft wirklich dünn“. Mit der traditionellen Lohnformel der Gewerkschaften, die auf Preis- und Produktivitätssteigerung abstelle, „werden wir nicht weiterkommen“ (Stuttgarter Zeitung vom 26.10.2009). Zu diesem Zeitpunkt hatte eine Debatte über mögliche Schwerpunkte der Lohnrunde 2010 noch gar nicht begonnen. In der Öffentlichkeit wurden diese Äußerungen als Hinweis verstanden, dass die IG Metall eine moderate Lohnrunde anpeile. Von „handzahmen Metallern“ schrieb die Süddeutsche Zeitung und „IG

Metall sagt Bescheidenheit bei Löhnen zu“ titelte die Financial Times Deutschland und die Welt formulierte „IG Metall will kuscheln statt kämpfen“.

Sondierungsgespräche und vorzeitige Tarifverhandlungen

Im November 2009 ergriffen die Metall-Tarifparteien eine gemeinsame Initiative zur Verlängerung der gesetzlichen Sonderregelungen zur Kurzarbeit. So sollte die Möglichkeit von bis zu 24-monatiger Kurzarbeit über 2009 hinaus verlängert werden. Zugleich wurde vereinbart, in den regionalen Tarifbezirken weitere Möglichkeiten tariflicher Arbeitsplatzsicherung zu erörtern. Ab Ende November 2009 wurden Sondierungsgespräche geführt mit dem Ziel, Beschäftigung und die Übernahme Ausgebildeter über die Krise hinweg zu sichern. Nach einer Bewertung der regionalen Sondierungsstände beschloss der IG Metall-Vorstand am 9.2.2010, die Tarifverhandlungen 2010 vorzuziehen. Hierzu wurden in den Tarifbezirken Nordrhein-Westfalen (10.2.) und Baden-Württemberg (11.2.) erste Verhandlungen über ein Jobpaket und Entgelterhöhungen aufgenommen. Die IG Metall ging erstmals ohne konkrete Bezifferung der Entgeltforderung in die Verhandlungen. Sie machte jedoch deutlich, dass es keine Nullrunde geben könne, sondern die Entgelterhöhungen mindestens die Realeinkommen sichern müssten. Beide Termine endeten ohne ein Ergebnis.

In Nordrhein-Westfalen wurden die Verhandlungen am 17.2. fortgesetzt, in Baden-Württemberg einen Tag später. In der 2. Verhandlungsrunde am 17. und 18.2. haben sich die Tarifvertragsparteien der Metall- und Elektroindustrie in Nordrhein-Westfalen auf ein Paket zur Beschäftigungssicherung und Entgelterhöhung verständigt. Das **Ergebnis** der Verhandlungen beinhaltet folgende Elemente:

Entgelt

- Für den Zeitraum von Mai 2010 bis März 2011 wird eine Pauschale von insgesamt 320 €(Auszubildende 120 €) gezahlt.
- Die Tarifvergütungen werden ab April 2011 um 2,7 % erhöht.
- Die Laufzeit des Tarifvertrags beträgt 23 Monate und reicht bis zum 31.3.2012.

Der Entgeltabschluss enthält – ähnlich wie der Abschluss von 2008 – eine Flexi-Komponente: In Abhängigkeit von der wirtschaftlichen Situation des Betriebes kann die Tarifierhöhung um 2 Monate vorgezogen bzw. um 2 Monate nach hinten verschoben werden.

Der noch offene Teilbetrag der Arbeitnehmer zur Finanzierung der Altersteilzeit in Höhe von 0,4 % aus dem Tarifabschluss 2008 gilt für die Laufzeit des Tarifvertrages als erbracht.

Tarifvertrag „Zukunft in Arbeit“ (ZiA)

Der neue Tarifvertrag „Zukunft in Arbeit“ soll in Betrieben zur Anwendung kommen, die seit mindestens zwölf Monaten kurzarbeiten. Er ermöglicht eine Art zusätzlicher

tariflicher Kurzarbeit sowie eine anschließende Arbeitszeitabsenkung und endet ohne Nachwirkung am 30.6.2012.

- In einer ersten Phase von mindestens sechs Monaten wird das Urlaubs- und das Weihnachtsgeld gezwölfelt und der monatlichen Vergütung hinzugerechnet. Auf diese Weise erhöht sich zum einen das Kurzarbeitergeld. Zum andern vermindern sich für den Arbeitgeber die Kosten, denn er muss Urlaubs- und Weihnachtsgeld nur noch anteilig für die geleistete Arbeitszeit zahlen. Die so genannten Remanenzkosten der Kurzarbeit werden also gesenkt.
- Im Anschluss an diese erste Phase kann für weitere zwölf Monate die Arbeitszeit von 35 auf bis zu 28 Std./Woche (mit Zustimmung der Tarifparteien bis 26 Std./Woche) abgesenkt werden.
- Dabei erhalten die Beschäftigten bei einer Verkürzung auf 31/30/29/28/27/26 Stunden/Woche einen Zuschlag in Höhe von 50/75/100/150/175/200 % eines Stundenentgeltes pro Woche.
- Unter bestimmten Voraussetzungen kann die Arbeitszeit auch ohne vorherige tarifliche Kurzarbeit abgesenkt werden.
- Voraussetzung für den Tarifvertrag ZiA war, dass die gesetzlichen Regelungen zur Erstattung der Sozialversicherungsbeiträge für die Ausfallstunden bei Kurzarbeit mindestens bis 2011 verlängert wurden. Andernfalls sollten Verhandlungen zur Anpassung der Bestimmungen aufgenommen werden. Auch Teilentgeltzahlungen bei abgesenkter Arbeitszeit sollten nach den Vorstellungen der Tarifparteien von der Beitragspflicht in der Sozialversicherung freigestellt werden.

Übernahme Ausgebildeter

- Die tariflichen Bestimmungen zur Übernahme Ausgebildeter (u. a. Übernahme im Grundsatz für mind. 12 Monate) wurden verlängert.
- Werden Ausgebildete nicht übernommen, soll geprüft werden, ob
 - ein Arbeitsverhältnis in Teilzeit (mind. 28 Std./Woche) angeboten werden kann,
 - die Übernahme in einen anderen Betrieb möglich ist,
 - eine Übernahme für mindestens 6 Monate im Rahmen von Kurzarbeit oder Arbeitszeitabsenkung möglich ist.

Zusatzvereinbarung „Ausbildung und Beschäftigung NRW“

Die Tarifparteien in Nordrhein-Westfalen vereinbarten konkrete Aufträge, die von einer gemeinsamen Arbeitsgruppe bis spätestens zum 30.6.2010 zu erfüllen waren, zu folgenden Themen:

- Qualifizierungswoche für Auszubildende
- Förderung der Ausbildungsfähigkeit
- Erarbeitung eines Tarifvertrages „Zukunft in Bildung“ u. a. mit einem Bildungsteilzeit-Modell für Auszubildende⁴
- Ausbau des Projekts „Beschäftigungsstart NRW“ sowie stärkere Nutzung von Transfergesellschaften durch KMU.

⁴ Hierzu wurde am 30.6.2010 ein entsprechender Tarifvertrag abgeschlossen.

Der Pilotabschluss wurde im Zeitraum bis 4.3. mit regionalen Abweichungen in allen anderen Tarifgebieten übernommen. Gesamtmetall-Präsident Kannegiesser bewertete den Abschluss als „eindrucksvolles Zeichen gemeinsamen Krisenmanagements“ (vgl. auch Gesamtmetall 2010), IG Metall-Vorsitzender Huber sprach von einer „fairen Lastenteilung“. Das Abkommen fand nicht nur bei den Metall-Tarifparteien positive Resonanz. BDA-Präsident Dieter Hundt attestierte den Tarifparteien „Realitätssinn und Verantwortung“, der Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbau (VDMA) sprach von einer „moderaten Entgelterhöhung“, die Bundesarbeitsministerin von der Leyen nannte den Abschluss „ausgesprochen angemessen“ und signalisierte ihre Bereitschaft, die Kurzarbeitsregelungen zu verlängern. In der Presse wurde der Rückgriff auf staatliche Leistungen im Zusammenhang mit der Kurzarbeit auch kritisch kommentiert.

Bei den anderen Gewerkschaften gab es zurückhaltende Töne. So bestritt die IG BCE den Vorbildcharakter des Metallabschlusses: „Bei der Geldfrage müssen die Arbeitgeber zur Kenntnis nehmen, dass wir eine andere Branchensituation haben“, so Tarifvorstand Peter Hausmann. Bei der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) sprach man von einem Sonderfall, der nicht übertragbar sei.

4.2 Öffentlicher Dienst - Bund und Gemeinden

Ausgangssituation und Forderung

Im öffentlichen Dienst finden die Tarifrunden für die Länder einerseits bzw. Bund und Gemeinden andererseits seit einigen Jahren immer im Wechsel statt – als Folge der getrennten Abschlüsse des TVöD für Bund und Gemeinden im Jahr 2005 und des TV-L für die Länder im Jahr 2006 und ihrer jeweiligen Laufzeiten. Im vergangenen Jahr hatte es einen Abschluss für die Länder mit einer Laufzeit bis Ende 2010 gegeben. Ende 2009 lief der Abschluss für Bund und Gemeinden aus, den die Tarifparteien im März 2008 vereinbart hatten. Dieser Wechsel führte gelegentlich dazu, dass der jeweils letzte Abschluss eine gewisse Rolle in der Vordiskussion der anstehenden Tarifrunde spielte. Der Länder-Abschluss sah u. a. eine Tarifierhöhung von 1,2 % im März 2010 vor – eine bescheidene Größenordnung, die den öffentlichen Arbeitgebern durchaus zupass kam.

Die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes⁵ hatten jedoch ganz andere Vorstellungen hinsichtlich des Umfangs und der Struktur ihrer Tarifforderungen. Anfang Oktober 2009 führte die Bundestarifkommission von ver.di eine erste Forderungsdiskussion. Dabei wurde deutlich, dass neben einer reinen Entgeltforderung auch strukturelle Verbesserungen Gegenstand der Tarifrunde 2010 sein sollten. In den ver.di-Bezirken wurden unterschiedliche Akzente gesetzt. Es wurden Tarifierhöhungen zwischen 3 und 7 % sowie Mindest-, Sockel- oder Festbeträge zwischen 100 und 200 € gefordert. Hinzu kamen qualitative Forderungen: In Baden-Württemberg wurde zusätzlich eine Arbeitszeitverkürzung in Form von zusätzlichen 5 freien Tagen gefordert. Am 15.12.2009 be-

⁵ Neben ver.di sind aus dem Kreis der DGB-Gewerkschaften die GEW, die GdP und die IG BAU vertreten. Hinzu kommt die dbb Tariffunion aus dem Deutschen Beamtenbund, die seit einigen Jahren gemeinsam mit den DGB-Gewerkschaften verhandelt.

schloss die Bundestarifkommission von ver.di ein **Forderungspaket mit einem Gesamtvolumen von 5 %**, bestehend aus einer spürbaren Entgelterhöhung (mit einer sozialen Komponente) und verschiedenen qualitativen Tarifverbesserungen:

- Wiedereinführung von Bewährungsaufstiegen und Vergütungsgruppenzulagen bis zum Abschluss der immer noch ausstehenden Entgeltordnung zum TVöD
- Verlängerung des Altersteilzeittarifvertrages
- verbindliche Übernahmeregelungen für Ausgebildete für mindestens 24 Monate
- keine Ausweitung der Leistungsvergütung
- Zusatzforderungen für die Bereiche Krankenhäuser, Pflegeeinrichtungen, Versorgungsbetriebe, Nahverkehrsbetriebe
- Laufzeit von 12 Monaten
- zeit- und inhaltsgleiche Übertragung der Ergebnisse auf die Beamtinnen und Beamten.

Außerdem hielt die Bundestarifkommission tarifliche Differenzierungsklauseln zugunsten gewerkschaftlich organisierter Beschäftigter „für geeignet“.

Ein wichtiges Argument von ver.di zur Begründung der (Entgelt-)Forderung war der Rückstand der Einkommensentwicklung des öffentlichen Dienstes im Vergleich zur durchschnittlichen Entwicklung aller anderen Branchen. Spürbare Entgelterhöhungen seien gerade angesichts der schwachen Binnennachfrage nötig, um die beginnende wirtschaftliche Erholung zu stabilisieren. „Sozial ist, was Kaufkraft schafft“, formulierte ver.di-Vorsitzender Frank Bsirske.

Die öffentlichen Arbeitgeber lehnten die Forderung ab. Der Präsident der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA), Thomas Böhle, verwies auf die extreme Belastung der kommunalen Haushalte durch die Wirtschafts- und Finanzkrise. Die Tarifforderungen ließen jedes „Augenmaß“ vermissen. Die kommunalen Arbeitgeber sahen einen Ausbau der leistungsorientierten Bezahlung als vorrangiges Ziel der Tarifrunde an (VKA-Presseinformation vom 15.12.2009).

Verhandlungen und Arbeitgeber-Positionierung

Am 13.1.2010 fand die 1. Verhandlungsrunde statt, sie brachte erwartungsgemäß keine Annäherung. Die Arbeitgeber machten deutlich, dass aus ihrer Sicht für lineare Zuwächse kein Geld verfügbar und ein Abschluss ohne Erhöhung des „Leistungsstopfes“ nicht denkbar sei. Auch in der 2. Verhandlungsrunde am 31.1. und 1.2.2010 legten die Arbeitgeber kein Angebot vor. Die Gewerkschaften riefen angesichts dieser „Verweigerungshaltung“ zu Warnstreiks ab dem 3.2.2010 auf, an denen nach Gewerkschaftsangaben rund 115.000 Beschäftigte in allen Bundesländern teilnahmen.

Die 3. Verhandlungsrunde am 10. und 11.2. brachte dann eine erste „**Positionierung**“ der Arbeitgeber, wonach ein Abschluss folgende Bestandteile haben sollte:

- Laufzeit: 2 Jahre
- Gesamtvolumen 1,5 %, darin enthalten:
 - Aufstockung des Leistungsentgelts um einen Prozentpunkt

- Einmalzahlungen
- strukturelle Verbesserungen.

Aus Sicht der Gewerkschaften war diese Position „in Größenordnung und Struktur völlig unzureichend“. Für ver.di wäre ein Gesamtvolumen von 3,5 % für zwölf Monate mit einer Entgelterhöhung von 2,5 bis 2,8 % und rund 1 % für strukturelle Fragen eine Basis für eine Einigung gewesen. Die Gewerkschaften erklärten daher das Scheitern der Verhandlungen. Beide Seiten riefen dann die Schlichtung an.

Schlichtung und Ergebnis

Das Schlichtungsverfahren verlief nach der Schlichtungsvereinbarung aus dem Jahr 2002. Vorsitzende waren der von den Arbeitgebern bestellte ehemalige sächsische Ministerpräsident Georg Milbradt (CDU) und der von Gewerkschaftsseite benannte (und in dieser Schlichtung stimmberechtigte) ehemalige Oberbürgermeister von Hannover Herbert Schmalstieg (SPD). Von Seiten der Tarifparteien waren jeweils 12 Mitglieder benannt. Die Schlichtung fand vom 21. bis 25.2.2010 statt. Die beiden Schlichter legten am Ende einen gemeinsamen Schlichtungsspruch vor, der folgende Punkte beinhaltet:

Entgelt:

- Tarifierhebung um 1,2 % ab 1.1.10, 0,6 % Stufenerhöhung ab 1.1.11, 0,5 % Stufenerhöhung ab 01.08.11,
- 240 € (Auszubildende 50 €) zusätzliche Einmalzahlung im Januar 2011,
- Laufzeit bis 29.02.12,
- Erhöhung des Leistungsentgelts für die Gemeinden in vier Schritten um jeweils 0,25 % von 2010 bis 2013 auf dann insgesamt 2,0 %,
- Ausgleich für Bewährungsaufstiege als Pauschale von 250 € für 2010 für ab dem 1.10.05 eingestellte Beschäftigte in Entgeltgruppen 2-8 oder übergeleitete ArbeitnehmerInnen (nicht für Beschäftigte im Sozial- und Erziehungsdienst),
- Erhöhung der Garantiebeträge von 30/60 auf 50/80 € in Entgeltgruppen 1-8/9-15 bei Höhergruppierung.

Altersteilzeit:

- Für 2,5 % der Beschäftigten Rechtsanspruch auf Altersteilzeit ab vollendetem 60. Lebensjahr, Aufstockungsbetrag von 20 %, Laufzeit bis 31.12.2016,
- Möglichkeit für ältere Beschäftigte zum gleitenden Übergang in den Ruhestand bei gleichzeitig längerer Teilhabe am Berufsleben,

Auszubildende:

- Bei dienstlichem/betrieblichem Bedarf befristete Übernahme für 12 Monate von Ausgebildeten, die ihre Abschlussprüfung mindestens mit der Note „befriedigend“ bestanden haben,
- Bei anderen Ausgebildeten Daraufhinwirken der TV-Parteien zur befristeten Übernahme für 12 Monate.

Entgeltordnung und Tarifpflege:

- Abschluss einer Prozessvereinbarung zur Erarbeitung einer neuen Entgeltordnung,
- Verabredung der Tarifparteien zu regelmäßigen Termingesprächen (mindestens einmal jährlich).

Die Schlichtungskommission stimmte dem Spruch mit Stimmen der Gewerkschaften und Arbeitgeber zu. In der Bundestarifkommission von ver.di gab es **kritische Stimmen** u. a. zur Ausweitung der Leistungsvergütung, zu den (konditionierten) Übernahmeregelungen für Ausgebildete, zur materiellen Ausgestaltung der Altersteilzeit sowie zur Prozessvereinbarung. Am 27.2. fanden die Tarifverhandlungen zu diesem Schlichtungsspruch statt, die zu kleineren Änderungen führten und noch am selben Tag erfolgreich abgeschlossen wurden. Dieses Ergebnis wurde von der Bundestarifkommission mit großer Mehrheit bei 24 Gegenstimmen zur Annahme empfohlen. Wie bereits in den vergangenen Jahren führten die Gewerkschaften eine Mitgliederbefragung durch. Bei ver.di sprachen sich bundesweit 75,4 % der teilnehmenden Mitglieder für eine Annahme der Tarifeinigung aus. Bei der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft stimmten sogar 82,8 % der befragten Mitglieder für den Abschluss.

Nach Darstellung von ver.di beliefen sich die mit dem Tarifabschluss erzielten Verbesserungen auf ein Volumen von 3,5 %. In der grundsätzlich positiven Bewertung des Abschlusses räumten die Gewerkschaften aber auch ein, dass sie „einige Kröten schlucken“ mussten (Tarifbewegung extra 04/10). Was den Entgeltbereich betrifft, hob ver.di hervor, dass für 2010 und 2011 die erwartete Preissteigerung ausgeglichen werde, allerdings habe ver.di sich mit der sozialen Komponente nicht durchsetzen können. Die Steigerung beim Leistungsentgelt sei ein saurer Apfel, hier sei lediglich das Schlimmste verhindert worden. Die Regelung zur Übernahme der Ausgebildeten sei ein erster Schritt, der nicht zufriedenstellend sei.

Aus Sicht von Bundesinnenminister de Maizière handelte es sich um einen „verantwortbaren Gesamtkompromiss“, er kündigte eine zeitgleiche Übertragung des Ergebnisses auf die Beamtinnen und Beamten des Bundes an. Nach Auffassung der kommunalen Arbeitgeber war der Abschluss „gerade noch tragbar“ (VKA Presseinformation vom 27.9.2010). Als positiv hoben sie neben der Vereinbarung zur Leistungsvergütung die lange Laufzeit von 26 Monaten hervor, die den Kommunen Planungssicherheit gebe.

4.3 Chemische Industrie

Die Tarifrunde in der chemischen Industrie folgte in weiten Teilen dem Muster der vergangenen Jahre und wurde zugleich von der vorlaufenden Metalltarifrunde beeinflusst: Die IG BCE verzichtete auf laute Töne im Vorfeld ebenso wie auf konkrete Festlegungen, was die Entgeltforderung betraf, was jedoch anders als in der Metallindustrie keine Besonderheit darstellt. Auch ihr ging es maßgeblich um Beschäftigungssicherung, allerdings betonte sie bereits sehr früh, dass die Entgeltfrage aus ihrer Sicht ebenfalls eine wichtige Rolle spielte.

In der chemischen Industrie begann die eigentliche Tarifrunde erst, als die Abschlüsse für die Metallindustrie und den öffentlichen Dienst bereits vorlagen. Trotzdem setzte auch in dieser Branche die innergewerkschaftliche Diskussion relativ früh ein. Am 23.11.2009 veröffentlichte der Hauptvorstand der IG BCE seine **Forderungsempfehlung**, die er unter das Motto „Chancen für Beschäftigung nutzen“ stellte. Damit setzte auch die IG BCE den Akzent auf Beschäftigungssicherung. Betriebsbedingte Kündigungen habe man weitgehend ausschließen können, dieser Weg sollte auch in der Tarifrunde 2010 fortgesetzt werden. Durch die Weiterentwicklung des Tarifvertrages „Zukunft durch Ausbildung“ sollten zudem die Berufsperspektiven für junge Menschen verbessert werden. Und schließlich empfahl der Vorstand die Forderung nach einer „angemessenen Einkommenserhöhung“. Die Beschäftigten hätten durch Kurzarbeit und Nutzung von Öffnungsklauseln⁶ einen hohen Beitrag zur Bewältigung der Krise geleistet. Angesichts der wieder anziehenden Inflation sei eine Nullrunde nicht akzeptabel. Eine Steigerung der Kaufkraft der Arbeitnehmer sei auch volkswirtschaftlich sinnvoll. Für 2010 zeichne sich eine bessere, wenn auch nicht dynamische, weltweite Chemiekonjunktur ab, von der die deutschen Chemieunternehmen profitieren dürften. Die Chemie-Arbeitgeber wiesen die Entgeltforderungen zurück. In der nach wie vor schwierigen konjunkturellen Lage schade jede zusätzliche Kostenbelastung der notwendigen Erholung. Angesichts der stark gestiegenen Lohnstückkosten gebe es keinerlei Spielraum für Entgeltsteigerungen (BAVC-Pressemeldung vom 23.11.2009). Die endgültige Tarifforderung der IG BCE orientierte sich an der Forderungsempfehlung, die Laufzeit des neuen Vertrages sollte maximal 12 Monate betragen. Die Verträge liefen regional unterschiedlich Ende März, April und Mai aus.

Im Vorfeld der **Verhandlungen** betonte IG BCE-Vorstandsmitglied Hausmann, dass man nicht den Weg der Metallindustrie gehen wolle, das Bild in der chemischen Industrie sei „bunter“ als in der Metallindustrie, wo die Lage „eher grau in schwarz“ sei. Für Betriebe, denen es sehr gut gehe, wolle man einen Extra-Zuschlag durchsetzen. Wie bereits in den vergangenen Jahren fand die erste Verhandlungsrunde auf regionaler Ebene statt. Sie begann am 16.3.2010 für Rheinland-Pfalz und das Saarland, gefolgt von Terminen am 17.3. (Hessen), 18.3. (Nordrhein), 19.3. (Baden-Württemberg), 22.3. (Bayern), 23.3. (Schleswig-Holstein, Hamburg, Niedersachsen, Bremen), 25.3. (Westfalen) und 26.3. (Berlin und Bundesgebiet Ost). Bereits in der anschließenden ersten zentral geführten Verhandlungsrunde **am 20./21.3.** einigten sich die Tarifparteien auf einen **Abschluss**. Er umfasst folgende Elemente:

Entgelt:

- Einmalzahlungen von insgesamt 550/611/715 € für Beschäftigte in Normal-/teil-/vollkontinuierlicher Schicht, zahlbar bis 30.6.10,
- aus wirtschaftlichen Gründen ist ein Kürzen oder Verschieben der Zahlung möglich,
- die Entgelt-Tarifverträge werden, regional unterschiedlich ab 1.4, 1.5. und 1.6.10 für jeweils 11 Monate wieder in Kraft gesetzt,

⁶ Im Jahr 2009 ist die Zahl der Firmen mit Abweichungen vom Tarifstandard nach Angaben der IG BCE um 200 auf einen Rekordwert von 347 gestiegen (Handelsblatt vom 16.3.2010).

- zusätzliche Einmalzahlung von bis zu 260 € für Beschäftigte in Betrieben, die nicht wesentlich von der Finanz-/Wirtschaftskrise 2008/2009 betroffen waren oder sind.

Ausbildung:

Der Tarifvertrag „Zukunft durch Ausbildung“ wurde fortgeschrieben. Er enthält u. a. die Verpflichtung der Arbeitgeber, jeweils 9.000 Ausbildungsplätze im Durchschnitt der Ausbildungsjahre 2011, 2012 und 2013 anzubieten. Die Laufzeit des Vertrages endet am 31. 2.2013.

Zur Förderung der Übernahme nach der Ausbildung vereinbarten die Tarifparteien einen ab Mai 2010 gültigen Vertrag „Brücke in Beschäftigung“. Betriebe, die trotz wirtschaftlich schwieriger Lage Ausgebildete übernehmen, können mit monatlichen Zuschüssen zum Entgelt von bis zu 1.000 € je Übernahme für max. ein Jahr unterstützt werden. Dazu leisten alle Betriebe der chemischen Industrie Zahlungen von insgesamt ca. 25 Mio. € in einen im Unterstützungsverein der chemischen Industrie (UCI) angesiedelten Fonds. Gefördert werden sollen nach Angaben der IG BCE nur Ausgelernte, die Mitglieder der Gewerkschaft sind.⁷

Beschäftigungssicherung:

Arbeitgeber und Gewerkschaften einigten sich außerdem auf einen Maßnahmenkatalog zur Beschäftigungssicherung, mit dem betriebsbedingte Kündigungen soweit wie möglich vermieden werden sollen. Dazu gehören alle arbeitsmarktpolitischen und tarifvertraglichen Möglichkeiten wie u. a. Kurzarbeit, die Nutzung des Arbeitszeit- und Entgeltkorridors, Weiterbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen. Außerdem kann der vorübergehende Einsatz in anderen Chemie-Betrieben (Personaltausch) genutzt werden. Dazu werden die Tarifparteien eine Rahmenregelung zur Verfügung stellen, die regional vereinbart werden kann. Als weitere Möglichkeit wurde die Einrichtung regionaler Netzwerke vereinbart u. a. zur Erfassung der Beschäftigungssituation und zur Entwicklung von Qualifizierungs- und Vermittlungsangeboten. Dabei soll auf die Institution und Erfahrung der regionalen runden Tische für Ausbildungs- und Arbeitsmarktfragen zurückgegriffen werden.

Die IG BCE wertete den Abschluss als „Brückenschlag von der Krise in den Aufschwung“, der den unterschiedlichen Bedingungen der Branche gerecht werde. Die kurze Laufzeit ermögliche eine schnelle Reaktion, wenn die Konjunktur weiter und in Breite anzieht. Die Chemie-Sozialpartner seien ihrer Verantwortung gerecht geworden. Der BAVC sprach von einem „Krisen-Bündnis-Chemie“, das gut für die Unternehmen und die Beschäftigten sei. Die „beträchtliche Höhe“ der Einmalzahlungen müsse im Zusammenhang des Gesamtabschlusses gesehen werden, „der die Unternehmen dauerhaft entlastet“ (BAVC-Presseinformation vom 21.4.2010).

⁷ In einer Stellungnahme wies der BAVC darauf hin, dass dies im Tarifvertrag so nicht vereinbart sei.

4.4 Eisen- und Stahlindustrie

Die IG Metall befand sich vor Beginn der Stahl-Tarifrunde in einer vergleichsweise komfortablen Lage: Die guten Nachrichten über die wieder anspringende Konjunktur in Deutschland hatten sich im ersten Halbjahr 2010 deutlich verstärkt. Außerdem gehörte die Eisen- und Stahlindustrie zu den Branchen, die am frühesten und stärksten von der wieder anziehenden Weltkonjunktur profitierten und insofern wirtschaftlich besonders gut dastanden. In den ersten sieben Monaten des Jahres 2010 stieg die Stahlproduktion im Vergleich zum Vorjahr um fast 68 %, die Produktivität um über 52 %, in der Folge gingen die Lohnstückkosten um mehr als ein Drittel zurück. Damit konnten die Krisenfolgen zu einem erheblichen Teil wieder wettgemacht werden.

Mit Blick auf den unter erschwerten Krisenbedingungen zustande gekommenen Abschluss vom April 2009 (350 €Pauschale für April bis Dezember 2009, 2,0 % Tarifsteigerung ab Januar 2010) waren die Erwartungen von Beschäftigten und Gewerkschaft gleichermaßen hoch. Die Einkommenstarifverträge für die nordwestdeutsche Eisen- und Stahlindustrie (Niedersachsen, Bremen, Nordrhein-Westfalen) sowie das Bundesgebiet Ost wurden fristgerecht zum 31.8. gekündigt. Gefordert wurde von der IG Metall eine Lohn- und Gehaltserhöhung von 6,0 % bei einer Laufzeit von 12 Monaten. Oliver Burkhard, IG Metall-Bezirksleiter in Nordrhein-Westfalen, formulierte: "Vom Profit des Aufschwungs müssen alle Beschäftigten profitieren."

Für die in der Branche beschäftigten LeiharbeiterInnen wurden flächentarifvertragliche Regelungen nach dem Grundsatz „Gleiche Arbeit - Gleiches Geld“ angestrebt. Die tarifvertraglichen Möglichkeiten zur Gestaltung des demografischen Wandels sollten (bei nicht gekündigtem Tarifvertrag) weiterentwickelt werden, z. B. durch Erleichterungen für ältere ArbeitnehmerInnen mit dem Einstieg in verkürzte Arbeitszeiten.

Die 1. Verhandlungsrunde für die Bereiche Niedersachsen, Bremen und Nordrhein-Westfalen fand am 6.9. in Gelsenkirchen statt. Die IG Metall kritisierte, dass die Arbeitgeber versuchten den unbestreitbaren Aufschwung klein zu reden. Ein Angebot legten sie nicht vor, die Tarifverhandlungen werden am 17.9. fortgesetzt. Für die neuen Bundesländer starteten die Tarifverhandlungen am 22.9. In der 3. Verhandlungsrunde konnte am 30.9.2010 ein Tarifabschluss erreicht werden. In den Tagen vor der Tarifverhandlung kam es zu zahlreichen Warnstreiks, an denen sich insgesamt ca. 15.000 ArbeitnehmerInnen beteiligten. Der Abschluss beinhaltet folgende Elemente:

- Lohn und Gehalt: 150 € Pauschale für September, Tarifsteigerung um 3,6 % ab 01.10.10 bei einer Laufzeit bis 31.10.11
- Tarifvertrag zur Bezahlung von Leiharbeiter nach dem Grundsatz "Gleiche Arbeit – Gleiches Geld" ab 1.1.11, Laufzeit bis 31.12.12
- unveränderte Verlängerung des Tarifvertrags "Demografischer Wandel".

Der „Tarifvertrag zur Bezahlung von Leiharbeitnehmern“ beinhaltet folgende Kernregelung: Die Stahlunternehmen sind verpflichtet darauf hinzuwirken, dass Leiharbeitneh-

mer im Sinne des AÜG während ihres Einsatzes im Betrieb Anspruch auf Entgelt mindestens in der Höhe haben, die sich bei Anwendung der in der Stahlindustrie gültigen Lohn- und Gehaltstabellen im Sinne des Vergleichsentgelts errechnen würde. Macht der Leiharbeitnehmer geltend, dass er kein Entgelt in Höhe dieses Vergleichsentgeltes erhalten hat, ist das Entleihunternehmen zum Schadenersatz in Höhe der Differenz verpflichtet. Diese Regelung tritt zum Jahresbeginn 2011 in Kraft.

Der am 7.10. für das Bundesgebiet Ost erreichte Tarifabschluss entspricht bei der Einkommenserhöhung und der Bezahlung von Leiharbeitnehmern dem West-Abschluss. Auch hier beteiligten sich vor der Tarifverhandlung zahlreiche Beschäftigte an Warnstreiks.

Nach dem in der 2. Verhandlungsrunde am 8./9. Dezember erreichten Tarifabschluss in der saarländischen Eisen- und Stahlindustrie erhalten auch die dort Beschäftigten eine Lohn- und Gehaltserhöhung von 3,6 % (ab Januar 2011), für Dezember 2010 wird eine Pauschale von 150 € gezahlt. Die Einkommenstarifverträge laufen bis zum 31.1.2012. Darüber hinaus wurden der Abschluss eines Tarifvertrages über den Einsatz von Leiharbeit sowie die Aufnahme von Gesprächen zum flexibleren Personaleinsatz vereinbart. Die tariflichen Regelungen zur Leiharbeit sehen detaillierte Bestimmungen zur Vermeidung und Begrenzung von Leiharbeit sowie zur Begrenzung der Einsatzdauer (grundsätzlich max. 3 Monate) vor. Der Tarifvertrag schreibt ferner vor, dass durch Betriebsvereinbarung sichergestellt wird, dass die Leiharbeitnehmer das gleiche arbeitsplatzabhängige Entgelt wie ein neu eingestellter Mitarbeiter auf dem jeweiligen Stammpplatz erhalten. Gleiches gilt auch für Dauer und Lage der Arbeitszeit. Die zum Einsatz kommenden Verleihunternehmen müssen der Tarifbindung unter einem von der IG Metall bzw. mit Vollmacht der IG Metall abgeschlossenen Tarifvertrag für Leiharbeit unterliegen. Bei Nichteinigung der Betriebsparteien kann eine tarifliche Schlichtungsstelle angerufen werden.

4.5 Leiharbeit

Die tarifpolitische Entwicklung des Jahres 2010 im Bereich der Leih-/Zeitarbeit stellte sich folgendermaßen dar: Im Frühjahr 2010 vereinbarte die DGB-Tarifgemeinschaft Zeitarbeit mit dem Bundesverband Zeitarbeit (BZA) und dem Interessenverband Deutscher Zeitarbeitsunternehmen (iGZ) Tarifverträge mit einer Laufzeit bis Ende Oktober 2013, die eine schrittweise Anhebung der untersten Entgeltgruppen auf 8,19 € in Westdeutschland und 7,50 € in Ostdeutschland vorsehen. Für die übrigen Entgeltgruppen wurden unterschiedliche prozentuale Erhöhungen vereinbart. Die untersten Entgeltgruppen wurden als Mindestlohn festgeschrieben, der auf Basis des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes für die gesamte Branche allgemeinverbindlich erklärt werden soll. Die politische Auseinandersetzung darum war allerdings Ende 2010 noch nicht beendet, weil trotz massiven Drucks seitens der Gewerkschaften wie auch der Arbeitgeberverbände innerhalb der Bundesregierung noch keine Einigung über Form und Höhe eines Mindestlohnes in der Leiharbeitsbranche erzielt werden konnte. Die Zeit drängt, da der

Termin für die vollständige Herstellung der Dienstleistungsfreiheit am 1.5.2011 näher rückt.

Mit der Festschreibung allgemeinverbindlicher tariflicher Mindestlöhne für die Leiharbeit sind jedoch keineswegs alle Probleme gelöst: Die Gewerkschaften streben die flächendeckende Durchsetzung des Equal-Pay-Prinzips an und wollen dies (auch) durch die Tarifpolitik vorantreiben. In der Eisen- und Stahlindustrie gelang der IG Metall im September vergangenen Jahres eine erste branchenweite tarifliche Regelung, die sicherstellen soll, dass Leiharbeitsbeschäftigte nach dem Branchentarifvertrag bezahlt werden. Auch in anderen Branchen (Chemie, Metall u. a.) soll in den kommenden Tarifrunden darüber verhandelt werden. Bislang haben sich die Gewerkschaften, namentlich die IG Metall, auf den Abschluss so genannter betrieblicher „Besser-Vereinbarungen“ konzentriert, die die Leiharbeit begrenzen und den Einkommensabstand zum betrieblichen Lohnniveau verringern bzw. beseitigen sollen. Auch die Tarifverträge für die Leiharbeitsbranche mit BZA und iGZ bieten diesbezüglich eine Möglichkeit: Auf Basis einer Öffnungsklausel kann eine tarifliche Regelung zwischen den Tarifparteien und dem Arbeitgeber des Kundenbetriebes günstigere Vergütungen der Einsatzzeiten vorschreiben.

In einem Beschluss vom 14.12.2010 stellte das Bundesarbeitsgericht fest, dass die Tarifgemeinschaft Christlicher Gewerkschaften für Zeitarbeit und Personalserviceagenturen (CGZP) keine Spitzenorganisation ist, die in eigenem Namen Tarifverträge abschließen kann. Sie erfüllt die hierfür erforderlichen tarifrechtlichen Voraussetzungen nicht. Das ist eine positive Nachricht, weil damit einer Organisation das Handwerk gelegt wurde, die in den vergangenen Jahren vor allem durch Dumping-Tarifverträge die Einkommen in der Leiharbeitsbranche niedrig gehalten hat. Es waren maßgeblich CGZP-Tarifverträge, die nach der Deregulierung der Leiharbeit im Jahr 2003 dazu beigetragen haben, dass die von der DGB-Tarifgemeinschaft Zeitarbeit abgeschlossenen Tarifverträge nach unten korrigiert wurden und in den Folgejahren Tarifsteigerungen nur in sehr kleinen Schritten vereinbart werden konnten. Das Problem der Unterbietungskonkurrenz im Bereich der Leiharbeit ist damit jedoch nicht vom Tisch, weil hier nach wie vor verschiedene christliche Gewerkschaften, wie z. B. die Christliche Gewerkschaft Metall (CGM) und der DHV - Die Berufsgewerkschaft tarifpolitisch aktiv sind.

5. Ausblick

Die Tarifrunde 2011 hat als vorrangiges Thema spürbare und dauerhafte Entgelterhöhungen. Nach dem Stahlabschluss vom September 2010 mit seiner Tarifsteigerung von 3,6 % verstärkten sich die Hoffnungen auf eine positive Entwicklung bei den Lohnabschlüssen. Angesichts der kräftigen wirtschaftlichen Erholung im Jahr 2010 und eines prognostizierten weiteren Wachstums im laufenden Jahr verlangen die Gewerkschaften in den meisten Branchen Tarifierhöhungen im Volumen zwischen 5 und 7 %. Überraschend deutlich fiel die politische Unterstützung für steigende Löhne und Gehälter aus. Vertreter aller Parteien, darunter prominente Mitglieder des Bundeskabinetts, betonten

seit dem Herbst vergangenen Jahres wiederholt, dass die Beschäftigten nach den Krisenopfern materiell am wirtschaftlichen Erholungsprozess teilhaben müssten.

In einer Reihe von Tarifbereichen wurden bereits Tariferhöhungen für das Jahr 2011 vereinbart, wie die nachstehende Übersicht zeigt. Die Abschlussraten bewegen sich zwischen 1,1 und 3,0 % (Übersicht 5).

Übersicht 5: Bereits vereinbarte Tariferhöhungen für das Jahr 2011

Branche	ab Monat	%	Laufzeit bis
Bankgewerbe (ohne Genossenschaftsbanken)	01	1,6	02/2012
Energie- und Versorgungswirtschaft Ost (AVEU)	01	3,0	12/2011
Gebäudereinigerhandwerk West inkl. Berlin/Ost	01	1,8/2,5	12/2011
Hotels und Gaststätten Nordrhein-Westfalen	07	1,8	04/2012
Hotels und Gaststätten Sachsen-Anhalt	04	2,5	03/2012
Kfz-Gewerbe Bayern	07	2,5	04/2012
Kfz-Gewerbe Thüringen	01 06	0,6 1,5	04/2012
Metall- und Elektroindustrie	04	2,7	03/2012
Öffentlicher Dienst , Bund und Gemeinden	01 08	0,6 0,5	02/2012
Papier, Pappe und Kunststoff verarbeitende Industrie	05	1,5	08/2012
Süßwarenindustrie Ost	01	1,9	12/2011
Wohnungs- und Immobilienwirtschaft	01	3,0	12/2012

Quelle: WSI-Tarifarchiv 2010

Literatur:

BDA (2010): Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, Geschäftsbericht 2010.

BDA, DGB (2010): Funktionsfähigkeit der Tarifautonomie sichern - Tarifeinheit gesetzlich regeln, Gemeinsame Erklärung vom 4.6.2010.

Bispinck, Reinhard/WSI-Tarifarchiv (2010): Tarifpolitischer Jahresbericht 2009: Tarifpolitik in der Finanzmarktkrise, in: WSI-Informationen zur Tarifpolitik, Düsseldorf, Januar 2010

Bundesagentur für Arbeit (2010): Der Arbeitsmarkt in Deutschland - Jahresrückblick 2009, Nürnberg.

Bundesarbeitsgericht (2010): Grundsatz der Tarifeinheit, Pressemitteilung 46/10

Gemeinschaftsdiagnose (2010): Erholung setzt sich fort - Risiken bleiben groß - Gemeinschaftsdiagnose Frühjahr 2010. Reihe: IMK Report, Nr. 47, April 2010.

Gesamtmetall (2010): Geschäftsbericht 2009/2010, Berlin.

Anhang zum WSI-Tarifbericht 2010

	Seite
I. Grafiken West und Ost	
1: Erhöhung der Tarifverdienste 2010 nach Wirtschaftsbereichen.....	30
2: Beschäftigte nach tariflicher Wochenarbeitszeit	31
II. Tabellen West und Ost	
1: Anzahl der von Tarifverträgen erfassten und 2010 begünstigten Arbeitnehmer	32
2: Durchschnittliche Abschlussraten der Lohn-, Gehalts- und Entgelttarifverträge aus 2010	33
3: Verzögerungen und Pauschalzahlungen in der Tarifrunde 2010	34
4: Vereinbarte Laufdauer der Lohn-, Gehalts- und Entgelttarifverträge aus 2010	35
5: Durchschnittliche Erhöhung der Tarifverdienste in 2010	36
6: Tarifliche Grundvergütung und Tarifniveau Ost/West (mittlere Gruppe)	37
7 a: Tarifliche Lohn-, Gehalts- und Entgeltstrukturen West	38 - 39
7 b: Tarifliche Lohn-, Gehalts- und Entgeltstrukturen Ost.....	40
8: Ausbildungsvergütungen.....	41 - 42
9: Tariflich vereinbarte Wochenarbeitszeit 2010.....	43
10: Tariflicher Urlaubsanspruch	44
11: Tarifliche Wochenarbeitszeit, Urlaub und Jahresarbeitszeit.....	45
12: Tarifliche Regelungen und Leistungen in ausgewählten Tarifbereichen.....	46 - 47
13 a: Tarifliche Niedriglöhne West	48
13 b: Tarifliche Niedriglöhne Ost.....	49
14: Tarifliche Mindestlöhne nach dem Entsendegesetz	50
III. Ausgewählte Tarifabschlüsse West und Ost	52 - 56

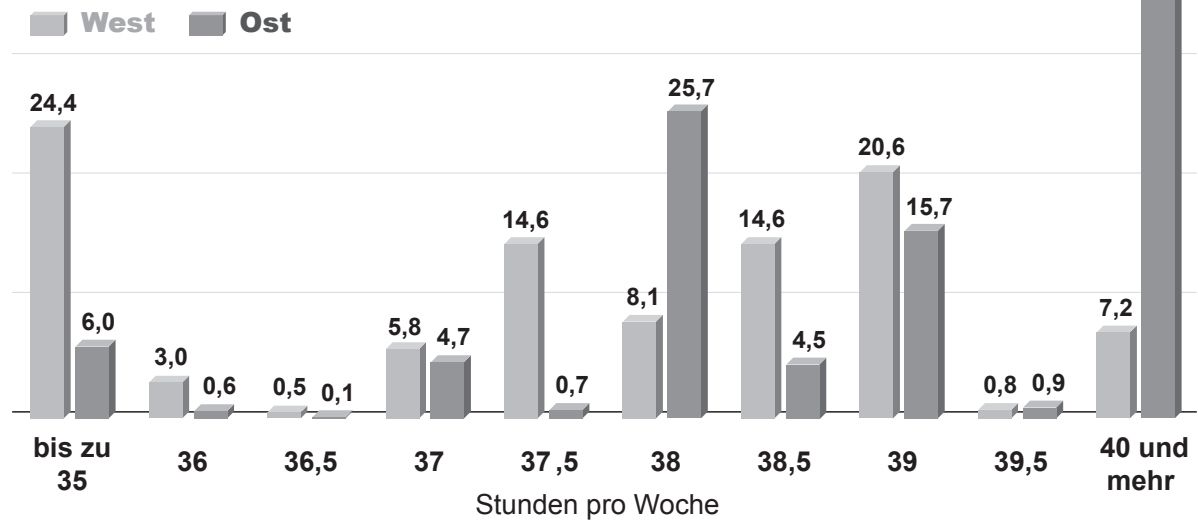
Kalenderjährliche Erhöhung der Tarifverdienste 2010 gegenüber dem Vorjahr

Gesamte Wirtschaft	1,8	<i>in Prozent</i>
Energie- und Wasser- versorgung, Bergbau	2,9	
Handel	2,5	
Baugewerbe	2,4	
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	2,4	
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	2,3	
Private Dienstleistungen, Org. ohne Erwerbszweck	2,2	
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	2,2	
Kreditinstitute, Versicherungen	1,8	
Verbrauchsgütergewerbe	1,8	
Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft	1,6	
Investitionsgütergewerbe	1,0	
Gebietskörperschaften, Sozialversicherung	0,9	

Quelle: WSI-Tarifarchiv Stand: 31.12.2010

WSI Hans Böckler
Stiftung

Beschäftigte nach tariflich vereinbarter Wochenarbeitszeit 2010 in Prozent*



*inklusive künftig in Kraft tretender Stufen

Quelle: WSI-Tarifarchiv, Stand 31.12.2010

Anzahl der von Tarifverträgen der DGB-Gewerkschaften erfassten sowie von Lohn-, Gehalts- und Entgelterhöhungen im Jahre 2010 begünstigten Arbeitnehmer (in 1000)¹

- AN in Tarifbereichen ab 1.000 (West) bzw. 500 (Ost) Beschäftigten (in 1.000)

Wirtschaftsbereich ²		Von Tarifverträgen erfasste AN ³				Von Neuabschlüssen in 2010 begünstigte AN				AN ohne Neuabschlüsse	
		insgesamt	Lohn-tarif-verträge	Gehalts-tarif-verträge	Entgelt-tarif-verträge	insgesamt	Lohn-tarif-verträge	Gehalts-tarif-verträge	Entgelt-tarif-verträge	insgesamt	mit Erhö-hungen aus dem Vorjahr ⁴
Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft	G	294,7	235,8	36,8	22,1	253,4	218,1	35,3	-	41,3	17,6
	W	183,9	148,6	17,7	17,6	156,1	138,5	17,6	-	27,8	17,6
	O	110,8	87,2	19,1	4,5	97,3	79,6	17,7	-	13,5	-
Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	G	204,6	44,1	15,0	145,5	70,3	7,2	1,8	61,3	134,3	83,4
	W	154,2	35,3	11,3	107,6	45,6	5,0	1,1	39,5	108,6	79,6
	O	50,4	8,8	3,7	37,9	24,7	2,2	0,7	21,8	25,7	3,8
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	G	993,8	250,2	100,3	643,3	752,3	127,8	51,3	573,2	241,5	150,3
	W	873,9	201,7	83,4	588,8	683,5	108,0	43,9	531,6	190,4	136,9
	O	119,9	48,5	16,9	54,5	68,8	19,8	7,4	41,6	51,1	13,4
Investitionsgütergewerbe	G	4.346,4	463,8	194,9	3.687,7	3.692,8	138,7	82,7	3.471,4	653,6	396,2
	W	3.921,4	446,1	182,7	3.292,6	3.291,3	125,4	72,1	3.093,8	630,1	393,9
	O	425,0	17,7	12,2	395,1	401,5	13,3	10,6	377,6	23,5	2,3
Verbrauchsgütergewerbe	G	1.108,2	672,2	290,5	145,5	396,4	207,0	85,9	103,5	711,8	486,9
	W	966,0	592,9	265,0	108,1	337,0	171,8	77,1	88,1	629,0	435,7
	O	142,2	79,3	25,5	37,4	59,4	35,2	8,8	15,4	82,8	51,2
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	G	573,4	190,4	144,1	238,9	210,1	62,5	51,0	96,6	363,3	214,4
	W	473,5	151,1	120,8	201,6	173,4	53,6	45,7	74,1	300,1	209,6
	O	99,9	39,3	23,3	37,3	36,7	8,9	5,3	22,5	63,2	4,8
Baugewerbe	G	874,9	632,1	242,8	-	98,9	77,1	21,8	-	776,0	681,4
	W	663,7	478,6	185,1	-	79,3	62,1	17,2	-	584,4	517,0
	O	211,2	153,5	57,7	-	19,6	15,0	4,6	-	191,6	164,4
Handel	G	3.336,8	739,5	2.534,4	62,9	2,3	1,7	0,6	-	3.334,5	3.238,4
	W	2.890,2	633,4	2.216,7	40,1	2,3	1,7	0,6	-	2.887,9	2.823,9
	O	446,6	106,1	317,7	22,8	-	-	-	-	446,6	414,5
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	G	1.150,7	454,4	186,1	510,2	434,8	176,1	79,9	178,8	715,9	524,5
	W	1.010,2	444,3	183,9	382,0	397,4	176,1	79,9	141,4	612,8	455,1
	O	140,5	10,1	2,2	128,2	37,4	-	-	37,4	103,1	69,4
Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe	G	575,2	-	-	575,2	249,4	-	-	249,4	325,8	161,8
	W	533,0	-	-	533,0	231,2	-	-	231,2	301,8	149,8
	O	42,2	-	-	42,2	18,2	-	-	18,2	24,0	12,0
Private Dienstleistungen, Organisationen ohne Erwerbszweck	G	2.670,8	564,1	364,0	1.742,7	1.190,8	38,8	96,2	1.055,8	1.480,0	901,2
	W	2.097,5	449,5	307,7	1.340,3	920,5	31,0	75,8	813,7	1.177,0	733,8
	O	573,3	114,6	56,3	402,4	270,3	7,8	20,4	242,1	303,0	167,4
Gebietskörperschaften, Sozialversicherung	G	2.250,5	14,7	85,9	2.149,9	1.428,5	14,7	45,2	1.368,6	822,0	665,3
	W	1.787,7	14,6	76,6	1.696,5	1.173,6	14,6	43,0	1.116,0	614,1	475,8
	O	462,8	0,1	9,3	453,4	254,9	0,1	2,2	252,6	207,9	189,5
Gesamte Wirtschaft	G	18.380,0	4.261,3	4.194,8	9.923,9	8.780,0	1.069,7	551,7	7.158,6	9.600,0	7.521,4
	W	15.555,2	3.596,1	3.650,9	8.308,2	7.491,2	887,8	474,0	6.129,4	8.064,0	6.428,7
	O	2.824,8	665,2	543,9	1.615,7	1.288,8	181,9	77,7	1.029,2	1.536,0	1.092,7

G = Gesamtdeutschland, W = Westdeutschland, O = Ostdeutschland

- 1) Da keine amtliche Beschäftigtenstatistik nach den Abgrenzungen der Tarifbereiche vorliegt, müssen die von den Geltungsbereichen der Tarifverträge erfassten Arbeitnehmer aus zahlreichen Quellen schätzungsweise ermittelt werden; die Angaben umfassen i.d.R. auch die Auszubildenden und beziehen sich, soweit keine anderen Quellen vorhanden sind, auf sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer.
- 2) Die Abgrenzung der Tarifbereiche entspricht nicht immer der Abgrenzung der Wirtschaftsbereiche in den vorliegenden amtlichen Statistiken; die Zuordnung erfolgt nach dem Schwergewicht der einzelnen Tarifbereiche.
- 3) Alle Arbeitnehmer, die seit 2003 von mindestens einem Neuabschluss einer DGB-Gewerkschaft begünstigt wurden.
- 4) Im Vorjahr oder früher vereinbarte (Stufen)-Erhöhung, die 2010 wirksam wurde.

Durchschnittliche Abschlussraten¹ der Lohn-, Gehalts- und Entgelttarifverträge aus der Tarifrunde 2010²

- AN in Tarifbereichen ab 1.000 (West) bzw. 500 (Ost) Beschäftigten (in 1000)³ -

Wirtschaftsbereich ⁴		Lohntarifverträge		Gehaltstarifverträge		Entgelttarifverträge		alle Lohn-, Gehalts- und Entgelttarifverträge			
		begünstigte Arbeiter	Erhöhungsraten ⁵ in %	begünstigte Angestellte	Erhöhungsraten ⁵ in %	begünstigte Arbeitnehmer	Erhöhungsraten ⁵ in %	begünstigte Arbeitnehmer	Erhöhungsraten ⁵ in %	davon: 2010 in Kraft getr. Tarifierhöhg. ⁵	davon begünstigte Arbeitnehmer
Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft	G	218,1	3,8	35,3	4,0	-	-	253,4	3,8	2,1	253,4
	W	138,5	3,3	17,6	3,1	-	-	156,1	3,3	2,0	156,1
	O	79,6	4,6	17,7	4,8	-	-	97,3	4,6	2,3	97,3
Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	G	7,2	3,6	1,8	3,6	61,3	2,9	70,3	3,0	2,9	49,3
	W	5,0	3,6	1,1	3,6	39,5	2,9	45,6	3,0	2,9	45,6
	O	2,2	3,6	0,7	3,6	21,8	2,9	24,7	3,0	3,1	3,7
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	G	127,8	3,2	51,3	3,2	573,2	0,2	752,3	0,9	3,3	131,1
	W	108,0	3,2	43,9	3,2	531,6	0,2	683,5	0,8	3,3	103,9
	O	19,8	3,2	7,4	3,1	41,6	0,3	68,8	1,5	3,2	27,2
Investitionsgütergewerbe	G	138,7	4,0	82,7	3,8	3.471,4	2,8	3.692,8	2,9	2,0	422,3
	W	125,4	4,0	72,1	3,9	3.093,8	2,8	3.291,3	2,9	2,1	351,8
	O	13,3	4,0	10,6	2,8	377,6	2,9	401,5	2,9	1,5	70,5
Verbrauchsgütergewerbe	G	207,0	3,0	85,9	3,1	103,5	2,3	396,4	2,9	1,9	324,0
	W	171,8	3,1	77,1	3,2	88,1	2,3	337,0	2,9	1,8	264,6
	O	35,2	2,8	8,8	2,8	15,4	2,4	59,4	2,7	2,1	59,4
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	G	62,5	3,1	51,0	3,3	96,6	3,2	210,1	3,2	2,4	210,1
	W	53,6	2,9	45,7	2,8	74,1	2,8	173,4	2,8	2,1	173,4
	O	8,9	4,2	5,3	7,4	22,5	4,6	36,7	4,9	3,7	36,7
Baugewerbe	G	77,1	2,4	21,8	2,2	-	-	98,9	2,3	2,2	88,1
	W	62,1	2,4	17,2	2,3	-	-	79,3	2,4	2,2	69,2
	O	15,0	2,1	4,6	2,1	-	-	19,6	2,1	2,1	18,9
Handel	G	1,7	1,9	0,6	1,9	-	-	2,3	1,9	-	-
	W	1,7	1,9	0,6	1,9	-	-	2,3	1,9	-	-
	O	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	G	175,1	2,4	79,9	2,5	139,1	0,2	394,1	1,7	2,1	203,3
	W	175,1	2,4	79,9	2,5	102,4	0,2	357,4	1,8	2,1	201,8
	O	-	-	-	-	36,7	0,3	36,7	0,3	2,2	1,5
Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe	G	-	-	-	-	249,4	1,6	249,4	1,6	-	-
	W	-	-	-	-	231,2	1,6	231,2	1,6	-	-
	O	-	-	-	-	18,2	1,6	18,2	1,6	-	-
Private Dienstleistungen, Organisationen ohne Erwerbszweck	G	38,8	3,9	96,2	3,0	995,8	8,7	1.130,8	8,0	4,2	885,0
	W	31,0	3,9	75,8	2,8	772,3	7,8	879,1	7,2	3,8	671,6
	O	7,8	4,1	20,4	3,6	223,5	11,9	251,7	10,9	5,5	213,4
Gebietskörperschaften, Sozialversicherung	G	14,7	1,8	45,2	3,3	1.368,6	2,4	1.428,5	2,4	1,3	1.427,4
	W	14,6	1,8	43,0	3,2	1.116,0	2,4	1.173,6	2,4	1,3	1.172,5
	O	0,1	2,3	2,2	4,8	252,6	2,4	254,9	2,4	1,3	254,9
Gesamte Wirtschaft	G	1.068,7	3,2	551,7	3,2	7.058,9	3,2	8.679,3	3,2	2,3	3.994,0
	W	886,8	3,1	474,0	3,1	6.049,0	3,0	7.409,8	3,0	2,2	3.210,5
	O	181,9	3,8	77,7	3,8	1.009,9	4,5	1.269,5	4,4	2,9	783,5

G = Gesamtdeutschland, W = Westdeutschland, O = Ostdeutschland

- 1) Einschließlich Ost-West-Niveaueinstellungen sowie Stufenerhöhungen, d.h. Lohn-, Gehalts- bzw. Entgelterhöhungen, die nicht beim Inkrafttreten des Tarifvertrages, sondern als weitere Erhöhung während der Laufzeit der neu abgeschlossenen Tarifverträge wirksam werden (ohne Pauschalzahlungen, ohne zusätzliche Einmalzahlungen und leistungsorientierte Vergütungsbestandteile, soweit nichts anderes angegeben).
- 2) Rundungsdifferenzen bei den Durchschnittswerten möglich.
- 3) Da keine amtliche Beschäftigtenstatistik nach den Abgrenzungen der Tarifbereiche vorliegt, müssen die von den Geltungsbereichen der Tarifverträge erfassten ArbeitnehmerInnen aus zahlreichen Quellen schätzungsweise ermittelt werden; die Angaben umfassen i.d.R. auch die Auszubildenden und beziehen sich, soweit keine anderen Quellen vorhanden sind, auf sozialversicherungspflichtig beschäftigte ArbeitnehmerInnen.
- 4) Die Abgrenzung der Tarifbereiche entspricht nicht immer der Abgrenzung der Wirtschaftsbereiche in den vorliegenden amtlichen Statistiken; die Zuordnung erfolgt nach dem Schwergewicht der einzelnen Tarifbereiche.
- 5) Ohne rechnerischen Lohnausgleich für Wochenarbeitszeitverkürzungen bzw. -verlängerungen.

Verzögerungen der Tarifabschlüsse sowie Pauschalzahlungen¹ in der Tarifrunde 2010

- AN in Tarifbereichen ab 1.000 (West) bzw. 500 (Ost) Beschäftigten (in 1.000)² -

Wirtschaftsbereich ³		Arbeitnehmer mit Neuabschlüssen									nachrichtlich durchschnittl. Pauschalzahlung pro Monat €
		insgesamt	dar.: AN mitMonaten ohne Tarifierhöhung								
			1	2	3	4	5	6 und mehr	AN insg.	AN mit Pauschalzahlungen	
Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft	G	253,4	-	-	-	9,8	6,9	168,0	184,7	158,0	26
	W	156,1	-	-	-	8,6	6,9	83,5	99,0	74,3	26
	O	97,3	-	-	-	1,2	-	84,5	85,7	83,7	26
Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	G	70,3	25,0	13,3	-	-	-	21,0	59,3	58,5	271
	W	45,6	25,0	9,6	-	-	-	-	34,6	34,6	295
	O	24,7	-	3,7	-	-	-	21,0	24,7	23,9	238
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	G	752,3	119,6	-	-	43,5	5,0	574,0	742,1	684,6	65
	W	683,5	97,4	-	-	43,5	-	532,4	673,3	621,8	65
	O	68,8	22,2	-	-	-	5,0	41,6	68,8	62,8	74
Investitionsgütergewerbe	G	3.692,8	135,4	126,5	11,5	30,1	58,2	3.277,9	3.639,6	3.434,0	29
	W	3.291,3	125,7	126,5	11,5	18,8	8,7	2.946,9	3.238,1	3.041,1	29
	O	401,5	9,7	-	-	11,3	49,5	331,0	401,5	392,9	31
Verbrauchsgütergewerbe	G	396,4	59,5	67,9	127,7	13,7	18,4	101,7	388,9	219,3	40
	W	337,0	28,5	61,9	126,5	8,8	18,4	85,8	329,9	203,9	41
	O	59,4	31,0	6,0	1,2	4,9	-	15,9	59,0	15,4	31
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	G	210,1	29,9	68,2	6,8	4,5	-	17,0	126,4	15,8	60
	W	173,4	22,1	58,4	5,5	-	-	8,6	94,6	14,7	61
	O	36,7	7,8	9,8	1,3	4,5	-	8,4	31,8	1,1	50
Baugewerbe	G	98,9	66,4	-	11,4	6,2	4,6	1,8	90,4	-	-
	W	79,3	47,5	-	11,4	6,2	3,9	1,8	70,8	-	-
	O	19,6	18,9	-	-	-	0,7	-	19,6	-	-
Handel	G	2,3	2,3	-	-	-	-	-	2,3	-	-
	W	2,3	2,3	-	-	-	-	-	2,3	-	-
	O	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	G	434,8	11,7	14,5	-	1,5	73,7	282,7	384,1	229,7	33
	W	397,4	11,7	14,5	-	-	73,7	247,5	347,4	193,0	36
	O	37,4	-	-	-	1,5	-	35,2	36,7	36,7	20
Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe	G	249,4	-	-	-	-	-	249,4	249,4	249,4	38
	W	231,2	-	-	-	-	-	231,2	231,2	231,2	38
	O	18,2	-	-	-	-	-	18,2	18,2	18,2	38
Private Dienstleistungen, Organisationen ohne Erwerbszweck	G	1.190,8	91,2	114,1	141,4	38,1	-	581,3	966,1	43,2	40
	W	920,5	67,9	114,1	141,4	23,5	-	374,3	721,2	28,2	40
	O	270,3	23,3	-	-	14,6	-	207,0	244,9	15,0	41
Gebietskörperschaften, Sozialversicherung	G	1.428,5	-	7,2	1,2	1,0	-	8,5	17,9	15,7	84
	W	1.173,6	-	7,2	1,2	1,0	-	7,4	16,8	14,6	86
	O	254,9	-	-	-	-	-	1,1	1,1	1,1	67
Gesamte Wirtschaft	G	8.780,0	541,0	411,7	300,0	148,4	166,8	5.283,3	6.851,2	5.108,2	38
	W	7.491,2	428,1	392,2	297,5	110,4	111,6	4.519,4	5.859,2	4.457,4	38
	O	1.288,8	112,9	19,5	2,5	38,0	55,2	763,9	992,0	650,8	42
Anteile in %	G	100,0	6,2	4,7	3,4	1,7	1,9	60,2	78,0	58,2	
	W	100,0	5,7	5,2	4,0	1,5	1,5	60,3	78,2	59,5	
	O	100,0	8,8	1,5	0,2	2,9	4,3	59,3	77,0	50,5	

G = Gesamtdeutschland, W = Westdeutschland, O = Ostdeutschland

- 1) Ausgleich der eingetretenen Verzögerungen der Tarifabschlüsse durch tariflich vereinbarte Pauschalbeträge.
- 2) Da keine amtliche Beschäftigtenstatistik nach den Abgrenzungen der Tarifbereiche vorliegt, müssen die von den Geltungsbereichen der Tarifverträge erfassten Arbeitnehmer aus zahlreichen Quellen schätzungsweise ermittelt werden; die Angaben umfassen i.d.R. auch die Auszubildenden und beziehen sich, soweit keine anderen Quellen vorhanden sind, auf sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer.
- 3) Die Abgrenzung der Tarifbereiche entspricht nicht immer der Abgrenzung der Wirtschaftsbereiche in den vorliegenden amtlichen Statistiken; die Zuordnung erfolgt nach dem Schwergewicht der einzelnen Tarifbereiche.

Vereinbarte Laufdauer¹ der Lohn-, Gehalts- und Entgelttarifverträge aus der Tarifrunde 2010

- AN in Tarifbereichen ab 1.000 (West) bzw. 500 (Ost) Beschäftigten (in 1.000)² -

Wirtschaftsbereich ³	AN mit Neuab- schlüs- sen insge- samt	darunter entfallen auf Tarifverträge mit einer Laufdauer von.....Monaten														durch- schnittl. Lauf- dauer		
		bis ein- schl. 11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24 und mehr			
Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft	G	253,4	-	68,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	185,4	25,3
	W	156,1	-	57,1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	99,0	22,9
	O	97,3	-	10,9	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	86,4	29,2
Energie- und Wasser- versorgung, Bergbau	G	70,3	-	9,0	25,0	0,8	3,5	9,0	-	21,0	-	-	-	-	-	-	2,0	15,2
	W	45,6	-	9,0	25,0	-	3,5	6,1	-	-	-	-	-	-	-	-	2,0	13,8
	O	24,7	-	-	-	0,8	-	2,9	-	21,0	-	-	-	-	-	-	-	17,6
Grundstoff- und Produktionsgüter- gewerbe	G	752,3	525,1	14,6	6,6	113,6	43,5	-	-	-	-	-	-	40,9	-	-	8,0	12,5
	W	683,5	490,2	3,6	6,6	97,4	43,5	-	-	-	-	-	-	34,2	-	-	8,0	12,4
	O	68,8	34,9	11,0	-	16,2	-	-	-	-	-	-	-	6,7	-	-	-	12,9
Investitionsgüter- gewerbe	G	3.692,8	-	5,4	-	-	6,1	-	-	-	-	-	44,2	-	3.234,3	402,8	23,2	
	W	3.291,3	-	5,4	-	-	6,1	-	-	-	-	-	44,2	-	2.911,9	323,7	23,1	
	O	401,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	322,4	79,1	23,8	
Verbrauchsgüter- gewerbe	G	396,4	-	7,5	-	176,9	31,0	4,3	18,4	6,7	-	2,6	-	-	7,1	141,9	19,0	
	W	337,0	-	7,1	-	170,9	-	4,3	18,4	1,8	-	2,6	-	-	7,1	124,8	19,1	
	O	59,4	-	0,4	-	6,0	31,0	-	-	4,9	-	-	-	-	-	17,1	18,2	
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	G	210,1	-	105,0	2,7	6,1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	96,3	21,3
	W	173,4	-	96,5	2,7	6,1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	68,1	17,9
	O	36,7	-	8,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	28,2	37,1
Baugewerbe	G	98,9	66,4	8,5	11,4	-	-	-	4,6	-	-	-	-	-	-	-	8,0	13,1
	W	79,3	47,5	8,5	11,4	-	-	-	3,9	-	-	-	-	-	-	-	8,0	13,6
	O	19,6	18,9	-	-	-	-	-	0,7	-	-	-	-	-	-	-	-	11,2
Handel	G	2,3	-	-	2,3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	13,0
	W	2,3	-	-	2,3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	13,0
	O	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Verkehr und Nachrichten- übermittlung	G	434,8	-	14,5	-	-	-	-	-	128,0	-	-	-	1,5	88,3	158,5	21,9	
	W	397,4	-	14,5	-	-	-	-	-	96,0	-	-	-	-	85,1	158,5	22,2	
	O	37,4	-	-	-	-	-	-	-	32,0	-	-	-	1,5	3,2	-	18,6	
Kreditinstitute, Versicherungs- gewerbe	G	249,4	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	249,4	-	-	22,0	
	W	231,2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	231,2	-	-	22,0	
	O	18,2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	18,2	-	-	22,0	
Private Dienstleistun- gen, Organisationen ohne Erwerbszweck	G	1.190,8	8,1	29,2	35,1	-	-	-	-	-	-	-	-	28,5	123,0	906,9	39,5	
	W	920,5	8,1	27,3	30,2	-	-	-	-	-	-	-	-	5,4	123,0	685,1	37,3	
	O	270,3	-	1,9	4,9	-	-	-	-	-	-	-	-	23,1	-	221,8	47,1	
Gebietskörper- schaften, Sozialversicherung	G	1.428,5	-	23,0	-	-	-	-	-	-	-	-	11,4	-	6,0	1.388,1	25,6	
	W	1.173,6	-	23,0	-	-	-	-	-	-	-	-	10,4	-	6,0	1.134,2	25,6	
	O	254,9	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1,0	-	-	253,9	25,9	
Gesamte Wirtschaft	G	8.780,0	599,6	284,7	83,1	297,4	84,1	13,3	23,0	155,7	-	2,6	55,6	320,3	3.458,7	3.297,9	24,3	
	W	7.491,2	545,8	252,0	78,2	274,4	53,1	10,4	22,3	97,8	-	2,6	54,6	270,8	3.133,1	2.611,4	23,6	
	O	1.288,8	53,8	32,7	4,9	23,0	31,0	2,9	0,7	57,9	-	-	1,0	49,5	325,6	686,5	28,3	
Anteile in %	G		6,9	3,3	1,0	3,4	1,0	0,2	0,3	1,8	-	0,0	0,6	3,7	39,9	38,0		
	W		7,4	3,4	1,1	3,7	0,7	0,1	0,3	1,3	-	0,0	0,7	3,7	42,3	35,3		
	O		4,2	2,6	0,4	1,8	2,4	0,2	0,1	4,6	-	-	0,1	3,9	25,6	54,1		

G = Gesamtdeutschland, W = Westdeutschland, O = Ostdeutschland

- 1) Einschl. sog. „Nullmonate“ und durch Pauschalzahlungen abgegoltener „Verzögerungsmonate“ der Tarifierhöhung.
- 2) Da keine amtliche Beschäftigtenstatistik nach den Abgrenzungen der Tarifbereiche vorliegt, müssen die von den Geltungsbereichen der Tarifverträge erfassten Arbeitnehmer aus zahlreichen Quellen schätzungsweise ermittelt werden; die Angaben umfassen i.d.R. auch die Auszubildenden und beziehen sich, soweit keine anderen Quellen vorhanden sind, auf sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer.
- 3) Die Abgrenzung der Tarifbereiche entspricht nicht immer der Abgrenzung der Wirtschaftsbereiche in den vorliegenden amtlichen Statistiken; die Zuordnung erfolgt nach dem Schwergewicht der einzelnen Tarifbereiche.

Durchschnittliche Erhöhung der Tarifverdienste 2010¹ (Kalenderjährliche Erhöhung gegenüber dem Vorjahr)²

- AN in Tarifbereichen ab 1.000 (West) bzw. 500 (Ost) Beschäftigten (in 1.000)³ -

Wirtschaftsbereich ⁴		Lohntarifverträge		Gehaltstarifverträge		Entgelttarifverträge		alle Lohn-, Gehalts- und Entgelttarifverträge	
		AN	%	AN	%	AN	%	AN	%
Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft	G	218,1	1,6	35,3	1,5	17,6	2,4	271,0	1,6
	W	138,5	1,5	17,6	1,4	17,6	2,4	173,7	1,6
	O	79,6	1,7	17,7	1,6	-	-	97,3	1,7
Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	G	30,7	2,2	11,5	1,9	111,5	3,2	153,7	2,9
	W	27,3	1,9	10,3	1,7	87,6	2,8	125,2	2,5
	O	3,4	4,1	1,2	3,0	23,9	4,7	28,5	4,5
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	G	180,5	2,1	78,8	2,2	643,3	2,2	902,6	2,2
	W	160,4	2,1	71,2	2,2	588,8	2,1	820,4	2,1
	O	20,1	2,3	7,6	2,5	54,5	3,4	82,2	3,1
Investitionsgütergewerbe	G	369,9	2,2	157,5	2,1	3.561,6	0,8	4.089,0	1,0
	W	354,9	2,2	146,3	2,1	3.184,0	0,8	3.685,2	1,0
	O	15,0	2,3	11,2	2,0	377,6	0,7	403,8	0,8
Verbrauchsgütergewerbe	G	515,4	1,7	237,5	1,7	130,4	2,3	883,3	1,8
	W	459,1	1,8	220,6	1,7	93,0	2,5	772,7	1,8
	O	56,3	1,4	16,9	1,5	37,4	1,8	110,6	1,6
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	G	109,7	2,4	90,6	2,5	224,2	2,4	424,5	2,4
	W	100,8	2,2	85,3	2,2	196,9	2,3	383,0	2,3
	O	8,9	4,1	5,3	7,4	27,3	2,4	41,5	3,4
Baugewerbe	G	576,9	2,4	203,4	2,5	-	-	780,3	2,4
	W	440,2	2,3	156,1	2,4	-	-	596,3	2,3
	O	136,7	2,6	47,3	2,7	-	-	184,0	2,7
Handel	G	727,6	2,5	2.510,1	2,4	3,0	2,5	3.240,7	2,5
	W	624,2	2,5	2.199,6	2,4	2,4	2,5	2.826,2	2,5
	O	103,4	2,5	310,5	2,4	0,6	2,5	414,5	2,4
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	G	232,7	2,2	101,6	2,1	330,8	2,3	665,1	2,3
	W	229,5	2,2	99,5	2,1	239,5	2,3	568,5	2,3
	O	3,2	2,2	2,1	2,0	91,3	2,3	96,6	2,3
Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe	G	-	-	-	-	411,2	1,8	411,2	1,8
	W	-	-	-	-	381,0	1,8	381,0	1,8
	O	-	-	-	-	30,2	1,8	30,2	1,8
Private Dienstleistungen, Organisationen ohne Erwerbszweck	G	486,3	3,0	142,8	1,3	1.392,8	2,1	2.021,9	2,2
	W	397,9	2,8	118,5	1,2	1.084,6	1,9	1.601,0	2,1
	O	88,4	4,3	24,3	1,5	308,2	2,5	420,9	2,8
Gebietskörperschaften, Sozialversicherung	G	14,7	1,5	85,9	2,3	1.993,2	0,9	2.093,8	0,9
	W	14,6	1,5	76,6	2,2	1.558,2	0,8	1.649,4	0,9
	O	0,1	0,4	9,3	2,6	435,0	1,0	444,4	1,0
Gesamte Wirtschaft	G	3.462,5	2,3	3.655,0	2,3	8.819,6	1,3	15.937,1	1,8
	W	2.947,4	2,2	3.201,6	2,3	7.433,6	1,3	13.582,6	1,7
	O	515,1	2,6	453,4	2,4	1.386,0	1,6	2.354,5	2,0

G = Gesamtdeutschland, W = Westdeutschland, O = Ostdeutschland

- 1) Durchschnittliches tarifliches Monatsentgelt (Grundvergütung) 2010 gegenüber durchschnittlichem tariflichem Monatsentgelt (Grundvergütung) 2009 unter Berücksichtigung zusätzlicher Pauschal- und Einmalzahlungen.
- 2) Rundungsdifferenzen bei den Durchschnittswerten möglich.
- 3) Da keine amtliche Beschäftigtenstatistik nach den Abgrenzungen der Tarifbereiche vorliegt, müssen die von den Geltungsbereichen der Tarifverträge erfassten ArbeitnehmerInnen aus zahlreichen Quellen schätzungsweise ermittelt werden; die Angaben umfassen i.d.R. auch die Auszubildenden und beziehen sich, soweit keine anderen Quellen vorhanden sind, auf sozialversicherungspflichtig beschäftigte ArbeitnehmerInnen.
- 4) Die Abgrenzung der Tarifbereiche entspricht nicht immer der Abgrenzung der Wirtschaftsbereiche in den vorliegenden amtlichen Statistiken; die Zuordnung erfolgt nach dem Schwergewicht der einzelnen Tarifbereiche.

Tabelle 6:

Tarifliche Grundvergütung¹ und Tarifniveau in Ost und West - ausgewählte Tarifbereiche -

Tarifbereich Ost/ Vergleichsbereich West	Vergü- tungsart	Tarifliche Grundvergütung/Monat ²		
		Ost	West	Ost/West in %
Landwirtschaft Mecklenburg-Vorpommern/Bayern	L	1.375 ³	1.951	70,5
Energie- und Versorgungswirtschaft Ost (AVEU)/ Energiewirtschaft NRW (GWE-Bereich)	E	2.682	2.815	95,3
Eisen- und Stahlindustrie Ost/NRW	L	1.949	1.949	100,0
	G	2.178	2.178	100,0
Chemische Industrie Ost/Berlin-West	E	2.639	2.804	94,1
Mineralölverarbeitung SHELL Deutschland Oil GmbH	E	3.503	3.503	100,0
Metall- und Elektroindustrie Sachsen/Bayern	E	2.246	2.450	91,7
Kfz-Gewerbe Thüringen/Hessen	E	1.886	2.125	88,8
Holz und Kunststoff verarbeitende Industrie Sachsen/Bayern	E	1.941	L: 2.181 G: 2.617	89,0 74,2
Papier verarbeitende Industrie Sachsen-Anhalt, Thüringen, Sachsen/Hessen	L	2.139	2.148	99,6
	G	2.482	2.482	100,0
Druckindustrie Arb.: Ost/West Ang.: Sachsen, Thüringen, Sachsen-Anhalt/Hamburg, Schleswig-Holstein	L	2.458	2.458	100,0
	G	2.597	2.597	100,0
Textilindustrie Ost/Westfalen und Osnabrück	E	1.915	L: 1.946 G: 2.652	98,4 72,2
Süßwarenindustrie Ost/Baden-Württemberg	E	2.323	2.421	95,6 ⁴
Bauhauptgewerbe Ost (ohne Berlin-Ost)/ West (ohne Berlin-West)	L	2.305	2.570	89,7
	G	1.869	2.082	89,8
Großhandel Sachsen-Anhalt/NRW	L	2.194	2.287	95,9
	G	2.050	2.235	91,7
Einzelhandel Brandenburg/Berlin-West	L	2.104	2.102	100,1
	G	2.108	2.108	100,0
Deutsche Bahn AG Konzern Ost/West ⁵	E	2.018	2.018	100,0
Deutsche Post AG	E	2.338	2.338	100,0
Deutsche Telekom AG	E	2.724	2.724	100,0
Privates Transport- und Verkehrsgewerbe Thüringen (Spedition u. Güterverkehr)/Bayern	E	1.152	L: 1.844 G: 2.261	62,5 51,0
Bankgewerbe (ohne Genossenschaftsbanken) Ost/West	E	2.695	2.695	100,0
Versicherungsgewerbe Ost/West	E	2.563	2.563	100,0
Hotel- und Gaststättengewerbe Sachsen/Bayern	E ⁶	1.383	1.815	76,2
Gebäudereinigerhandwerk Arb.: Ost/West inkl. Berlin Ang.: Berlin-Ost/Berlin-West	L	1.621	2.083	77,9
	G	2.141	2.141	100,0
Öffentlicher Dienst Ost/West Bund, Gemeinden Länder	E	2.397	2.397	100,0
	E	2.387	2.387	100,0

L = Lohn; G = Gehalt; E = Entgelt

- 1) Auf der Basis der tariflichen Tabellenvergütungen ohne Zulagen, Zuschläge und sonstige Zahlungen, soweit nichts anderes angegeben; Beträge ggfs. auf volle € gerundet.
- 2) Mittlere Gruppe (Endstufe) = unterste Gruppe für AN mit abgeschlossener, i.d.R. dreijähriger Ausbildung.
- 3) Ohne Berücksichtigung der Bundesempfehlung Landwirtschaft (2,1 % ab 01.11.10).
- 4) Nominell 100 % der Durchschnittsentgelte aller regionalen Bereiche West.
- 5) Hier die Unternehmen: DB Station & Service AG, DB Fernverkehr AG, DB Regio AG, DB Schenker Rail Deutschland AG, DB Netz AG; ohne Lokomotivführer.
- 6) Eingangsstufe.

Tarifliche Lohn-, Gehalts- und Entgeltstruktur¹ in ausgewählten Tarifbereichen West

Tarifbereich	Vergütungsart ²	unterste Gruppe		mittlere ³ Gruppe		oberste Gruppe		Spalte 8 zu Spalte 3 in %
		Einstiegs- tarif n.v. 18. Lj.	Endstufe	Einstiegs- tarif n.v. 18. Lj.	Endstufe	Einstiegs- tarif	Endstufe	
(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)	(9)
Landwirtschaft Bayern	L G ⁴	1.366	1.366	1.951	1.951	2.245	2.245	164,3
Energiewirtschaft NRW (GWE-Bereich)	E	1.433	1.745	2.312	2.815	4.416	5.376	375,2
Steinkohlenbergbau Ruhr	L G	1.442 1.215	1.442 1.565	1.810 1.603	1.810 2.228	2.649 2.872	2.649 3.470	183,7 285,6
Eisen- und Stahlindustrie NRW	L G	1.590 1.419	1.590 1.735	1.949 1.776	1.949 2.178	2.396 3.640	2.396 4.186	160,7 295,0
Chemische Industrie Nordrhein	E	2.101	2.101	2.460	2.854	4.922	4.922	234,3
Shell Deutschland Oil GmbH	E ⁵	2.371	2.371	3.503	3.503	5.210	5.210	219,7
Metall- und Elektroindustrie Nordwürttemberg/Nordbaden	E	1.874	1.874	2.532	2.532	4.722	4.722	252,0
Kfz-Gewerbe NRW ⁶	E	1.724	1.724	1.955	1.955	3.594	3.594	208,5
Holz u. Kunststoff verarb. Industrie Westfalen-Lippe	L G	1.930 1.899	1.930 1.899	2.244 2.654	2.244 2.654	2.244 4.279	2.244 4.279	116,3 225,3
Papier verarbeitende Industrie Westfalen	L G	1.611 1.627	1.611 2.038	1.976 1.952	2.148 2.670	2.578 3.877	2.578 3.877	160,0 238,3
Druckindustrie Arb.: Bundesgebiet West Ang.: NRW	L G	1.819 ⁷ 1.568	1.967 2.155	2.336 1.795	2.458 2.458	2.950 4.605	2.950 4.605	162,2 293,7
Textilindustrie Westfalen u. Osnabrück	L G	1.755 1.654	1.775 2.114	1.912 2.159	1.946 2.652	2.023 4.196	2.057 4.196	117,2 253,7
Bekleidungsindustrie Bayern	L G	1.376 ⁸ 1.578	1.619 2.221	1.938 1.673	1.938 2.582	2.336 2.628	2.336 3.789	169,8 240,1
Süßwarenindustrie Baden-Württemberg	E	1.630	1.630	2.230	2.421	4.161	4.161	255,3
Bauhauptgewerbe (ohne Berlin-West)	L ⁹ G ⁹	1.888 ¹⁰ 1.805	1.888 ¹⁰ 1.805	2.570 2.082	2.570 2.082	3.223 5.094	3.223 5.094	170,7 282,2
Großhandel NRW	L G	1.575 1.488	1.575 1.871	2.287 1.808	2.287 2.235	2.491 3.491	2.491 4.012	158,2 269,6
Einzelhandel NRW	L G	1.708 1.280	2.078 1.634	1.907 1.680	2.465 2.140	2.288 2.623	2.958 4.079	173,2 318,7
Deutsche Bahn AG Konzern ¹¹	E ¹² E ¹³	1.579 2.056	1.662 2.538	1.851 -	2.018 -	4.234 2.783	5.018 3.263	317,8 158,7
Deutsche Post AG	E	1.580	1.864	1.864	2.338	3.551	4.426	280,1
Deutsche Telekom AG	E	1.956	2.417	2.290	2.724	4.837	5.974	305,4
Privates Transport- und Verkehrsgewerbe NRW	L G	1.646 1.418	1.646 1.714	1.758 ¹⁴ 1.612	1.758 ¹⁴ 2.125	1.820 ¹⁴ 2.511	1.820 ¹⁴ 3.253	110,6 229,4
Bankgewerbe (ohne Genossenschaftsbanken)	E	1.899	2.241	2.155	2.695	3.728	4.194	220,9
Versicherungsgewerbe	E	1.441	1.493	2.242	2.563	3.491	4.209	292,1
Hotel- und Gaststättengewerbe ¹⁵ Bayern	E	1.346	1.462	1.815	1.815	2.766	2.766	205,5
Gebäudereinigerhandwerk Arb.: Bundesgebiet West / Ang.: Berlin	L G	1.419 ¹⁰ 1.338	1.419 ¹⁰ 1.604	2.083 1.876	2.083 2.141	2.398 2.308	2.398 2.810	169,0 210,0
Öffentlicher Dienst Bund Länder Gemeinden	E E E	1.433 1.423 1.433	1.598 1.590 1.598	1.864 1.855 1.864	2.397 2.387 2.397	3.683 3.674 3.683	5.181 5.170 5.449	361,5 363,3 380,3

Fußnoten siehe nächste Seite

Fußnoten Tabelle 7a:

- 1) Auf der Basis der tariflichen Tabellenvergütungen ohne Zulagen, Zuschläge und sonstige Zahlungen, soweit nichts anderes angegeben; Beträge auf volle € gerundet.
- 2) Soweit im TV kein Monatslohn angegeben ist, wurde der Monatssatz errechnet aus Stundenlohn x Stundenteiler; bei unterschiedlichen Gehältern von kaufm. und techn. Angestellten sind die Gehälter der kaufm. Angestellten angegeben; bei Druckindustrie Wochenlohn x 4,33.
- 3) Mittlere Gruppe = unterste Gruppe für AN mit abgeschlossener, in der Regel dreijähriger Berufsausbildung.
- 4) Neue Gehaltsordnung ab Meister und höherwertige Tätigkeiten.
- 5) Ohne Berücksichtigung der Wartezeiten für neu eingestellte AN.
- 6) Gültig ab 01.01.12. Aktuelle Angaben aufgrund der zzt. gültigen, betrieblich unterschiedlichen Vergütungstabellen nicht möglich. Harmonisierung der Tabellen bis 01.01.12.
- 7) Eingangsstufe (Einarbeitungslohn 6 Monate).
- 8) Berücksichtigt wurde der Abschlag für Anzulernende (85 % für die ersten 6 Wochen).
- 9) Lohn: ohne Hamburg; Gehalt Bayern: zzgl. evtl. Ausgleichsbeträge als Besitzstand.
- 10) Mindestlohn LGr. 1.
- 11) Hier die Unternehmen: DB Station & Service AG, DB Fernverkehr AG, DB Regio AG, DB Schenker Rail Deutschland AG, DB Netz AG.
- 12) Ohne Lokomotivführer.
- 13) Lokomotivführer.
- 14) Kraftfahrer auf Basis einer 39-Stunden-Woche.
- 15) Festbesoldetes Personal.

Tarifliche Lohn-, Gehalts- und Entgeltstruktur¹ in ausgewählten Tarifbereichen Ost

Tarifbereich	Vergütungsart ²	unterste Gruppe		mittlere ³ Gruppe		oberste Gruppe		Spalte 8 zu Spalte 3 in %
		Einstiegstarif n.v. 18. Lj.	Endstufe	Einstiegstarif n.v. 18. Lj.	Endstufe	Einstiegstarif	Endstufe	
(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)	(9)
Landwirtschaft Mecklenburg-Vorpommern	L G	1.206 ⁴	1.206 ⁴	1.375 1.271	1.375 1.271	1.792 3.162	1.792 3.162	148,6 -
Energie- und Versorgungswirtschaft (AVEU)	E	1.788	2.146	2.235	2.682	4.202	5.042	282,0
Eisen- und Stahlindustrie	L G	1.590 1.419	1.590 1.735	1.949 1.776	1.949 2.178	2.396 3.640	2.396 4.186	150,7 295,0
Chemische Industrie	E	2.063	2.063	2.393	2.639	4.539	4.539	222,0
Shell Deutschland Oil GmbH	E ⁵	2.371	2.371	3.503	3.503	5.210	5.210	219,7
Metall- und Elektroindustrie Sachsen	E	1.887	1.887	2.246	2.246	4.155	4.155	220,2
Kfz-Gewerbe Thüringen	E	1.588	1.588	1.886	1.886	2.978	2.978	187,5
Holz u. Kunststoff verarb. Industrie Sachsen	E	1.649	1.649	1.941	1.941	3.493	3.493	211,8
Papier verarbeitende Industrie Sachsen-Anhalt, Thüringen, Sachsen	L G	1.605 1.365	1.605 1.908	1.968 1.841	2.139 2.482	2.566 3.782	2.566 3.782	159,9 277,1
Druckindustrie Ang.: ohne Berlin u. Brandenburg	L G	1.819 1.545	1.967 2.104	2.336 1.818	2.458 2.597	2.950 4.605	2.950 4.605	162,2 298,1
Textilindustrie	E ⁵	1.359	1.446	1.800	1.915	3.034	3.228	237,5
Süßwarenindustrie	E	1.604	1.604	2.113	2.323	4.269	4.269	266,1
Bauhauptgewerbe (ohne Berlin Ost)	L G	1.645 ⁶ 1.618	1.645 ⁶ 1.618	2.305 1.869	2.305 1.869	2.891 4.568	2.891 4.568	175,7 282,3
Großhandel Sachsen-Anhalt	L G	1.609 1.309	1.609 1.544	2.194 1.609	2.194 2.050	2.351 2.938	2.351 3.336	146,1 254,9
Einzelhandel Brandenburg	L G	1.289 1.447	1.673 1.809	1.620 1.767	2.104 2.108	2.534 2.545	2.534 3.933	196,6 271,8
Deutsche Bahn AG Konzern ⁷	E ⁸ E ⁹	1.579 2.056	1.662 2.538	1.851 -	2.018 -	4.234 2.783	5.018 3.263	317,8 158,7
Deutsche Post AG	E	1.580	1.864	1.864	2.338	3.551	4.426	280,1
Deutsche Telekom AG	E	1.956	2.417	2.290	2.724	4.837	5.974	305,4
Privates Verkehrsgewerbe (Spedition u. Güterverkehr) Thüringen	E ¹⁰	886	886	1.062	1.152	1.062	1.152	130,0
Bankgewerbe (ohne Genossenschaftsbanken)	E	1.899	2.241	2.155	2.695	3.728	4.194	220,9
Versicherungsgewerbe	E	1.441	1.493	2.242	2.563	3.941	4.209	292,1
Hotel- und Gaststättengewerbe Sachsen	E	1.166	1.166	1.383	1.441	1.834	1.834	157,3
Gebäudereinigerhandwerk Arb.: Ost (o. Berlin-Ost) Ang.: Berlin	L G	1.154 ⁶ 1.338	1.154 ⁶ 1.604	1.621 1.876	1.621 2.141	1.863 2.308	1.863 2.810	161,4 210,0
Öffentlicher Dienst Bund, Länder Gemeinden	E E E	1.433 1.423 1.433	1.598 1.590 1.598	1.864 1.855 1.864	2.397 2.387 2.397	3.683 3.674 3.683	5.181 5.170 5.449	361,5 363,3 380,3

- 1) Auf der Basis der tariflichen Tabellenvergütungen ohne Zulagen, Zuschläge und sonstige Zahlungen, soweit nichts anderes angegeben; Beträge auf volle € gerundet.
- 2) Soweit im TV kein Monatslohn angegeben ist, wurde der Monatssatz errechnet aus Stundenlohn x Stundenteiler; bei unterschiedlichen Gehältern von kaufm. und techn. Angestellten sind die Gehälter der kaufm. Angestellten angegeben; bei Druckindustrie Wochenlohn x 4,33.
- 3) Mittlere Gruppe = unterste Gruppe für AN mit abgeschlossener, in der Regel dreijähriger Berufsausbildung.
- 4) Nach individueller Vereinbarung.
- 5) Ohne Berücksichtigung der Wartezeiten für neu eingestellte AN.
- 6) Mindestlohn LGr. 1.
- 7) Hier die Unternehmen: DB Station & Service AG, DB Fernverkehr AG, DB Regio AG, DB Schenker Rail Deutschland AG, DB Netz AG.
- 8) Ohne Lokomotivführer.
- 9) Lokomotivführer.
- 10) Fahrendes Personal.

Tabelle 8:

Ausbildungsvergütungen der gewerblichen und kaufmännischen Auszubildenden¹ in ausgewählten Tarifbereichen West/Ost

Tarifbereich	1. Ausbildungs- jahr	2. Ausbildungs- jahr	3. Ausbildungs- jahr	4. Ausbildungs- jahr	Erhöhung ge- genüber Dezem- ber 2009 im 3. Ausbildungsjahr %
	€	€	€	€	
Landwirtschaft ² Bayern	500/550	560/610	620/670	-	6,9/3,1
Landwirtschaft Mecklenburg-Vorpommern	450	485	550	-	0,0
Energiewirtschaft NRW (GWE-Bereich)	653	754	854	955	2,5
Energie- und Versorgungswirtschaft (AVEU) Ost	580	670	764	860	0,0
Steinkohlenbergbau Ruhr ³	537	598	659	720	0,0
Eisen- und Stahlindustrie NRW ⁴ , Ost	743	764	802	848	7,1
Chemische Industrie Nordrhein	739	818	899	968	0,0
Chemische Industrie Ost	731	775	820	867	0,0
Shell Deutschland Oil GmbH	843	917	1.006	1.095	1,8
Metall- und Elektroindustrie Nordwürttemberg/Nordbaden ⁵	810	861	937	988	0,0
Metall- und Elektroindustrie Sachsen ⁶	786	831	876	921	0,0
Kfz-Gewerbe NRW ²	478/526	504/554	554/609	609/670	1,8
Kfz-Gewerbe Thüringen	440	495	560	610	1,8
Holz u. Kunststoff verarb. Industrie Westf.-Lippe	666	711	770	-	1,7
Holz u. Kunststoff verarb. Industrie Sachsen	528	571	614	-	1,8
Papier verarbeitende Industrie	731	797	863	928	1,3
Druckindustrie	835	886	937	988	2,0
Textilindustrie Westfalen u. Osnabrück	681	747	824	889	4,0
Textilindustrie Ost	542	584	648	706	4,7
Bekleidungsindustrie Bayern	607	660 (672)	745 (769)	-	4,3 (4,2)
Süßwarenindustrie Baden-Württemberg	660	741	840	913	1,9
Süßwarenindustrie Ost	582	675	766	836	3,0
Bauhauptgewerbe ⁷ (West ohne Berlin-West)	614 (609)	943 (839)	1.191 (1.095)	1.339 (-)	2,3 (2,3)
Bauhauptgewerbe (Ost ohne Berlin-Ost)	530 (524)	727 (648)	919 (847)	1.034 (-)	2,3 (2,3)
Großhandel NRW	690	762	828	-	1,2
Großhandel Sachsen-Anhalt	614	679	721	-	1,5
Einzelhandel NRW	645	717	820	874	1,6
Einzelhandel Brandenburg	572	645	739	-	1,5
Deutsche Bahn AG Konzern ⁸	685	740	796	851	2,0
Deutsche Post AG	667	742	817	-	0,0
Deutsche Telekom AG ⁹	746	798	846	913	3,0
¹⁰	700/660	750/710	800/760	850/810	3,2/4,1
Privates Transport- und Verkehrsgewerbe NRW	550	640	720	-	2,9
Privates Verkehrsgewerbe (Spedition u. Güterverkehr) Thüringen ¹¹	332	387	442	-	0,0
Bankgewerbe (ohne Genossenschaftsbanken)	769	830	891	-	0,0
Versicherungsgewerbe	778	853	927	-	2,5
Hotel- und Gaststättengewerbe Bayern ²	508/582	666	751	-	0,0
Hotel- und Gaststättengewerbe Sachsen	435	525	595	-	2,6
Gebäudereinigerhandwerk gewerbl.: West kaufm.: Berlin-West	545 (502)	655 (601)	770 (704)	-	3,4 (0,0)
Gebäudereinigerhandwerk gewerbl.: Ost (o. Berlin- Ost) kaufm.: Berlin-Ost	400 (502)	480 (601)	565 (704)	-	4,6 (0,0)
Öffentlicher Dienst Bund, Gemeinden	696	745	790	853	1,2
Öffentlicher Dienst Länder	704	754	801	866	1,1

Fußnoten siehe nächste Seite

Fußnoten zu Tabelle 8

- 1) Beträge auf volle € gerundet; bei unterschiedlichen Ausbildungsvergütungen Angaben für kaufm. Auszubildende in Klammern.
- 2) Ausbildungsvergütung unter 18./ab 18. Lebensjahr.
- 3) Für die Dauer der Untertageausbildung + 100 € mtl., für Auszubildende zum Bergmechaniker oder Berg- und Maschinenmann + 36 € mtl.
- 4) Auszubildende in den Berufen als Schmied, Former, Hüttenfacharbeiter und Metallhüttenarbeiter erhalten einen Zuschlag von 20,45 € mtl.
- 5) Auszubildende in den Berufen als Formschmied, Gesenkschmied, Kesselschmied und Former erhalten einen Zuschlag von 23,01 € mtl.
- 6) Auszubildende in Gießereien in den Berufen als Former erhalten einen Zuschlag von 30,68 € mtl.
- 7) Für Hamburg Sonderregelung.
- 8) Hier die Unternehmen: DB Station & Service AG, DB Fernverkehr AG, DB Regio AG, DB Schenker Rail Deutschland AG, DB Netz AG.
- 9) Für bis zum 28.02.07 eingestellte Ausz.
- 10) Für ab dem 01.03.07 eingestellte Ausz. im Cluster 1 (u.a. Fachinformatiker, IT-Systemkaufleute, Industriekaufleute) / Cluster 2 (u.a. Kaufleute im Einzelhandel, Werbekaufleute, Rechtsanwalt-Fachangestellte).
- 11) Eigene Berechnung.

Tarifvertraglich vereinbarte wöchentliche Arbeitszeit^{1, 2}- AN in Tarifbereichen ab 1.000 (West) bzw. 500 (Ost) Beschäftigten³ - Anteile in % -

Wirtschaftsbereich ⁴	erfasste AN insgesamt	Beschäftigte nach der vereinbarten tarifl. Wochenarbeitszeit in % ⁵											Durchschnittl. vereinb. tarifl. WAZ
		bis zu 35	36	36,5	37	37,5	38	38,5	39	39,5	40 u. mehr		
Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft	G	292,7	-	-	-	-	-	-	2,5	38,8	1,5	57,2	39,6
	W	182,8	-	-	-	-	-	-	3,9	55,8	2,4	37,9	39,4
	O	109,9	-	-	-	-	-	-	-	10,6	-	89,4	39,9
Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	G	206,0	-	-	-	19,9	0,5	52,1	-	-	-	27,5	38,3
	W	156,9	-	-	-	26,1	0,6	50,1	-	-	-	23,1	38,2
	O	49,1	-	-	-	-	-	58,7	-	-	-	41,3	38,8
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	G	992,7	14,9	-	-	0,8	55,3	16,7	-	3,0	-	9,3	37,5
	W	876,7	15,0	-	-	-	62,7	17,9	-	2,6	-	1,8	37,3
	O	116,0	14,0	-	-	7,2	-	7,2	-	5,8	-	65,9	38,9
Investitionsgütergewerbe	G	4.684,6	64,5	9,4	1,5	11,4	0,7	9,2	1,9	0,4	-	1,0	35,7
	W	4.160,8	72,6	10,1	1,7	11,0	0,3	1,9	2,1	-	-	0,1	35,4
	O	523,8	-	3,0	-	14,3	3,8	67,2	-	3,7	-	8,0	38,0
Verbrauchsgütergewerbe	G	1.108,2	35,1	0,5	-	21,4	5,0	22,2	5,9	2,7	0,1	7,3	36,9
	W	966,0	40,2	0,6	-	23,8	5,7	20,0	6,1	2,5	0,1	0,9	36,6
	O	142,2	-	-	-	4,6	-	36,8	4,2	3,7	-	50,7	39,4
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	G	572,6	-	4,0	-	8,0	5,5	40,9	7,0	14,2	-	20,4	38,4
	W	471,0	-	4,9	-	9,5	6,5	48,2	8,0	14,3	-	8,6	38,1
	O	101,6	-	-	-	1,0	0,9	6,8	2,8	13,5	-	75,1	39,6
Baugewerbe	G	871,6	-	-	-	-	-	0,5	0,8	20,3	0,5	77,9	39,8
	W	661,2	-	-	-	-	-	0,6	1,1	19,9	0,5	77,9	39,8
	O	210,4	-	-	-	-	-	-	-	21,5	0,5	78,0	39,8
Handel	G	3.370,3	-	-	-	1,7	49,8	8,6	33,6	5,9	-	0,3	38,0
	W	2.910,3	-	-	-	1,9	57,7	0,4	38,7	1,3	-	0,0	37,9
	O	460,0	-	-	-	-	-	60,4	2,0	35,4	-	2,2	38,4
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	G	1.239,5	0,8	-	-	-	1,6	17,4	31,2	31,7	-	15,1	38,8
	W	1.028,0	0,6	-	-	-	1,9	19,4	33,0	34,9	-	7,5	38,7
	O	211,5	1,5	-	-	-	0,3	7,5	22,2	16,1	-	51,9	39,3
Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe	G	575,2	-	-	-	-	-	28,1	-	71,9	-	-	38,7
	W	533,0	-	-	-	-	-	28,1	-	71,9	-	-	38,7
	O	42,2	-	-	-	-	-	28,4	-	71,6	-	-	38,7
Private Dienstleistungen, Organisationen ohne Erwerbszweck	G	3.164,6	17,8	0,6	0,2	5,2	0,3	7,6	20,7	33,3	1,8	10,5	38,1
	W	2.489,6	15,9	0,7	0,2	4,3	0,4	7,9	23,5	38,5	1,4	5,1	38,1
	O	675,0	24,9	0,1	0,3	8,4	-	6,5	10,2	13,8	3,4	30,5	38,1
Gebietskörperschaften, Sozialversicherung	G	2.256,2	-	0,5	-	-	-	0,3	4,9	58,0	4,1	29,6	39,3
	W	1.728,2	-	0,6	-	-	-	0,4	6,0	71,8	5,1	16,0	39,1
	O	470,8	-	0,2	-	-	-	0,2	1,5	14,3	0,6	83,2	39,8
Gesamte Wirtschaft	G	19.334,2	21,4	2,6	0,4	5,6	12,3	10,9	12,9	19,7	0,8	12,6	37,7
	W	16.164,5	24,4	3,0	0,5	5,8	14,6	8,1	14,6	20,6	0,8	7,2	37,5
	O	3.112,5	6,0	0,6	0,1	4,7	0,7	25,7	4,5	15,7	0,9	40,7	38,8

G = Gesamtdeutschland, W = Westdeutschland, O = Ostdeutschland

- Die Angaben beziehen sich auf die zum Stichtag 31.12.2010 vereinbarte regelmäßige tarifliche Wochenarbeitszeit (bei stufenweiser Verkürzung der Arbeitszeit in der letzten Stufe unabhängig vom Datum des Inkrafttretens der bis zum Stichtag vereinbarten Arbeitszeitverkürzung; ohne Wochenarbeitszeitverkürzung für einzelne Beschäftigtengruppen).
- Abweichungen der Durchschnittswerte gegenüber den Ost- und West-Tabellen durch Rundungen möglich.
- Da keine amtliche Beschäftigtenstatistik nach den Abgrenzungen der Tarifbereiche vorliegt, müssen die von den Geltungsbereichen der Tarifverträge erfassten Arbeitnehmer aus zahlreichen Quellen schätzungsweise ermittelt werden; die Angaben umfassen i.d.R. auch die Auszubildenden und beziehen sich, soweit keine anderen Quellen vorhanden sind, auf sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer. Die Differenz zwischen Beschäftigtenzahlen von Arbeitszeitstatistiken einerseits und den Einkommensstatistiken erklärt sich zum einen daraus, dass die Anzahl der Arbeitnehmer in Tarifbereichen mit tariflosem Zustand bei Lohn, Gehalt, Entgelt in den Vergütungstabellen nicht enthalten ist, mit ihren Arbeitszeitregelungen aber in den Arbeitszeitstatistiken berücksichtigt wird; zum anderen daraus, dass den Arbeitszeit- und Vergütungstabellen teilweise unterschiedliche Geltungsbereiche zugrunde liegen.
- Die Abgrenzung der Tarifbereiche entspricht nicht immer der Abgrenzung der Wirtschaftsbereiche in den vorliegenden amtlichen Statistiken; die Zuordnung erfolgt nach dem Schwergewicht der einzelnen Tarifbereiche.
- Falls sich die Einzelspalten nicht zur AN-Gesamtangabe addieren, existiert in den betreffenden Wirtschaftszweigen eine Anzahl von Arbeitnehmern ohne tarifliche Wochenarbeitszeitregelung oder mit Sonderregelung.

Tariflicher Urlaubsanspruch¹- AN in Tarifbereichen ab 1.000 (West) bzw. 500 (Ost) Beschäftigten (in 1.000)² -

Wirtschaftsbereich ³		erfasste AN insgesamt	AN mit Endurlaub > 30 AT		durchschnittl. Grundurlaub	durchschnittl. Endurlaub	durchschnittl. mittlerer Urlaubsanspruch
			Anzahl in 1.000	%	in AT	in AT	in AT
Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft	G	292,7	-	-	24,3	27,7	26,0
	W	182,8	-	-	25,3	28,0	26,7
	O	109,9	-	-	22,5	27,3	24,9
Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	G	206,0	-	-	30,0	30,0	30,0
	W	156,9	-	-	30,0	30,0	30,0
	O	49,1	-	-	29,8	29,8	29,8
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	G	992,7	-	-	29,8	29,9	29,8
	W	876,7	-	-	29,9	30,0	30,0
	O	116,0	-	-	28,4	29,4	28,9
Investitionsgütergewerbe	G	4.684,6	1.037,8	22,2	29,9	30,2	30,1
	W	4.160,8	1.037,8	24,9	30,0	30,2	30,1
	O	523,8	-	-	29,7	29,8	29,7
Verbrauchsgütergewerbe	G	1.108,2	119,3	10,8	29,4	30,0	29,7
	W	966,0	119,3	12,3	29,6	30,2	29,9
	O	142,2	-	-	28,4	29,1	28,7
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	G	572,6	75,1	13,1	26,8	29,6	28,2
	W	471,0	73,8	15,7	27,3	30,3	28,8
	O	101,6	1,3	1,3	24,1	26,7	25,4
Baugewerbe	G	871,6	-	-	28,9	30,0	29,5
	W	661,2	-	-	28,9	30,0	29,4
	O	210,4	-	-	29,0	30,0	29,5
Handel	G	3.370,3	278,8	8,3	27,4	30,1	28,7
	W	2.910,3	278,8	9,6	27,6	30,1	28,8
	O	460,0	-	-	26,3	30,0	28,1
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	G	1.239,5	85,9	6,9	26,5	29,7	28,1
	W	1.028,0	85,8	8,3	26,7	29,8	28,2
	O	211,5	0,1	0,0	25,5	28,9	27,2
Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe	G	575,2	-	-	30,0	30,0	30,0
	W	533,0	-	-	30,0	30,0	30,0
	O	42,2	-	-	30,0	30,0	30,0
Private Dienstleistungen, Organisationen ohne Erwerbszweck	G	3.164,6	176,7	5,6	25,4	29,9	27,6
	W	2.489,6	160,1	6,4	25,7	30,0	27,8
	O	675,0	16,6	2,5	24,5	29,5	27,0
Gebietskörperschaften, Sozialversicherung	G	2.256,2	52,1	2,3	26,1	30,0	28,1
	W	1.728,2	44,0	2,5	26,2	30,0	28,1
	O	470,8	8,1	1,7	26,1	30,0	28,0
Gesamte Wirtschaft	G	19.334,2	1.825,7	9,4	27,8	30,0	28,9
	W	16.164,5	1.799,6	11,1	28,1	30,1	29,1
	O	3.112,5	26,1	0,8	26,6	29,5	28,1

G = Gesamtdeutschland, W = Westdeutschland, O = Ostdeutschland

- 1) Abweichungen der Durchschnittswerte für Gesamtdeutschland gegenüber Ost- und Westdeutschland durch Rundungen möglich.
- 2) Da keine amtliche Beschäftigtenstatistik nach den Abgrenzungen der Tarifbereiche vorliegt, müssen die von den Geltungsbereichen der Tarifverträge erfassten Arbeitnehmer aus zahlreichen Quellen schätzungsweise ermittelt werden; die Angaben umfassen i.d.R. auch die Auszubildenden und beziehen sich, soweit keine anderen Quellen vorhanden sind, auf sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer. Tarifliche Sonderregelungen zum Urlaub, wie z. B. die Freie-Tage-Regelung in der Seeschifffahrt, bleiben bei der Berechnung des Grund- und Endurlaubs unberücksichtigt.
- 3) Die Abgrenzung der Tarifbereiche entspricht nicht immer der Abgrenzung der Wirtschaftsbereiche in den vorliegenden amtlichen Statistiken; die Zuordnung erfolgt nach dem Schwergewicht der einzelnen Tarifbereiche.

Tarifliche Wochenarbeitszeit, Urlaub und Jahresarbeitszeit¹- AN in Tarifbereichen ab 1.000 (West) bzw. 500 (Ost) Beschäftigten (in 1.000)² -

Wirtschaftsbereich ³		erfasste AN insgesamt	Tarifliche WAZ in Stunden in Kraft zum 31.12.10	durchschnittl. mittlerer Urlaubsanspruch in AT	Arbeitstage pro Jahr ⁴	Tarifliche Jahres-AZ in Stunden ⁵
Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft	G	292,7	39,6	26,0	222,8	1.763,9
	W	182,8	39,4	26,7	222,2	1.749,9
	O	109,9	39,9	24,9	223,8	1.787,3
Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	G	206,0	38,3	30,0	214,6	1.644,3
	W	156,9	38,2	30,0	213,5	1.628,5
	O	49,1	38,8	29,8	218,3	1.694,9
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	G	992,7	37,5	29,8	219,3	1.644,1
	W	876,7	37,3	30,0	219,1	1.634,8
	O	116,0	38,9	28,9	220,5	1.714,6
Investitionsgütergewerbe	G	4.684,6	35,7	30,1	219,1	1.562,3
	W	4.160,8	35,4	30,1	219,0	1.549,2
	O	523,8	38,0	29,7	219,4	1.666,7
Verbrauchsgütergewerbe	G	1.108,2	36,9	29,7	219,3	1.621,1
	W	966,0	36,6	29,9	219,2	1.604,0
	O	142,2	39,4	28,7	220,4	1.737,3
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	G	572,6	38,4	28,2	221,0	1.697,4
	W	471,0	38,1	28,8	220,3	1.680,2
	O	101,6	39,6	25,4	224,1	1.776,9
Baugewerbe	G	871,6	39,8	29,5	219,9	1.749,2
	W	661,2	39,8	29,4	219,9	1.749,0
	O	210,4	39,8	29,5	219,9	1.749,8
Handel	G	3.370,3	38,0	28,7	221,2	1.679,6
	W	2.910,3	37,9	28,8	221,1	1.675,8
	O	460,0	38,4	28,1	221,8	1.703,5
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	G	1.239,5	38,8	28,1	221,0	1.712,7
	W	1.028,0	38,7	28,2	220,8	1.706,4
	O	211,5	39,3	27,2	221,9	1.742,1
Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe	G	575,2	38,7	30,0	218,0	1.688,1
	W	533,0	38,7	30,0	218,0	1.688,1
	O	42,2	38,7	30,0	218,0	1.688,0
Private Dienstleistungen, Organisationen ohne Erwerbszweck	G	3.164,6	38,1	27,6	221,5	1.687,3
	W	2.489,6	38,1	27,8	221,3	1.685,3
	O	675,0	38,2	27,0	222,1	1.694,6
Gebietskörperschaften, Sozialversicherung	G	2.256,2	39,3	28,1	219,9	1.726,8
	W	1.728,2	39,1	28,1	219,8	1.720,1
	O	470,8	39,8	28,0	219,9	1.751,5
Gesamte Wirtschaft	G	19.334,2	37,7	28,9	220,1	1.659,3
	W	16.164,5	37,5	29,1	220,0	1.648,4
	O	3.112,5	38,8	28,1	221,0	1.715,4

- 1) Abweichungen der Durchschnittswerte für Gesamtdeutschland gegenüber Ost- und Westdeutschland durch Rundungen möglich.
- 2) Da keine amtliche Beschäftigtenstatistik nach den Abgrenzungen der Tarifbereiche vorliegt, müssen die von den Geltungsbereichen der Tarifverträge erfassten Arbeitnehmer aus zahlreichen Quellen schätzungsweise ermittelt werden; die Angaben umfassen i.d.R. auch die Auszubildenden und beziehen sich, soweit keine anderen Quellen vorhanden sind, auf sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer.
- 3) Die Abgrenzung der Tarifbereiche entspricht nicht immer der Abgrenzung der Wirtschaftsbereiche in den vorliegenden Statistiken; die Zuordnung erfolgt nach dem Schwergewicht der einzelnen Tarifbereiche.
- 4) Berechnungsbasis sind einheitlich 250 potentielle Arbeitstage pro Jahr minus durchschnittlichem Urlaubsanspruch und sonstigen arbeitsfreien Tagen pro Jahr.
- 5) Tarifliche Jahresarbeitszeit ist

$$= \frac{\text{Anzahl tariflicher AT pro Jahr}}{5} \times \text{tarifliche Wochenarbeitszeit}$$

5

Tarifliche Regelungen und Leistungen¹ in ausgewählten Tarifbereichen in Ost- und Westdeutschland

Tarifbereich Ost/ Vergleichsbereich West	Wochen- arbeitszeit in Std.		Urlaub in Arbeitstagen		Urlaubsgeld		Jahressonderzahlung in % eines Monatsentgelts		Vermögens- wirksame Leistung in €/Mon.	
	O	W	O	W	O	W	O	W	O	W
Landwirtschaft Mecklenburg-Vorpommern/ Bayern	40	40	20-30	Arb.: 23-26 Ang: 25-30	5,15 €/UT	7,50 €/UT	256 €	Arb.: 250 € sowie 7,70 € pro Besch.-jahr	-	-
Energie- und Versorgungs- wirtschaft Ost (AVEU)/ Energiewirtschaft NRW (GWE-Bereich)	38	38	30	30	-	-	100	50-100 ²	-	-
Eisen- und Stahlindustrie Ost/NRW	35	35	30	30	-	-	110	110	26,59	26,59
Chemische Industrie	40	37,5	30	30	20,45 €/UT	20,45 €/UT	65	95	13,29	39,88
Shell Deutschland Oil GmbH	37,5	37,5	30	30	1.050 €	1.050 €	122,5	122,5	³	³
Metall- und Elektroindustrie Sachsen/Bayern	38	35	30	30	50 % UE	50 % UE	20-50	25-55	-	-
Kfz-Gewerbe Thüringen/Hessen	37,5	36	28	30	50 % UE	50 % UE	20-50	20-50	-	26,59
Holz u. Kunststoff verarb. Ind. Sachsen/Bayern	38	35	28	30	50 % UE	51 % UE	60	42-62	19,94	26,59
Papier verarbeitende Industrie Sachsen-Anhalt, Thüringen, Sachsen/Hessen	37	35	30	30	Arb.: 50 % UE Ang.: 2,3 % ME/UT	Arb.: 50 % UE Ang.: 2,3 % ME/UT	95	95	26,59	26,59
Druckindustrie	38	35	30	30	50 % des Tagesv./UT	50 % des Tagesv./UT	95	95	26,59	26,59
Textilindustrie Ost/Westfalen u. Osnabrück	40	37	30	30	280 €	648 €	60	100	-	20
Süßwarenindustrie	39	38	26-29	30	9,20 €/UT	13,80 €/UT	100	100	-	26,59 (B.-Württ.)
Bauhauptgewerbe	40	40	30	30	Arb.: 25 % UE Ang.: 24 €/UT	Arb.: 25 % UE Ang.: 24 €/UT	-	Arb.: 93 GTL Ang.: 55	-	Arb.: 0,13 €/ Std. ⁴ Ang.: 23,52 € ⁵
Großhandel Sachsen-Anhalt/NRW	39	38,5	30	30	332,34/ 409,03 €	643,55 €	255,65 €	433,92 €	13,29	26,59
Einzelhandel Ost/ Berlin-West	38 ⁶	37	25-30	25-30	45 % ⁷ ME ⁸	50 % ME ⁸	50 ⁹	62,5	13,29	13,29
Deutsche Bahn AG Konzern¹⁰	39	39	25-29	25-29	409,03 €	409,03 €	100	100	13,29	13,29
Deutsche Post AG	38,5	38,5	26-30	26-30	332,34 €	332,34 €	100 ¹¹	100 ¹¹	6,65	6,65
Deutsche Telekom AG	34	34	30	30	-	-	variabel ¹²	variabel ¹²	6,65	6,65
Privates Verkehrsgewerbe Thüringen (Spedition u. Güterverkehr)/Bayern	40	38,5	24-30 ¹³	27-30 ¹⁴	-	17 €/UT	400 €	180 - 716 € (W-Geld)	13,29	13,29- 39,88
Bankgewerbe	39	39	30	30	-	-	100	100	40	40
Versicherungsgewerbe	38	38	30	30	50 %	50 %	80	80	40	40
Hotel- und Gaststättengewerbe Sachsen/Bayern	40	39	23-30	25-30	4,98 - 6,32 €/UT	200/ 240 €	498,51 €	50	-	19,94

Fortsetzung Tabelle 12:

**Tarifliche Regelungen und Leistungen¹ in ausgewählten Tarifbereichen
in Ost- und Westdeutschland**

Tarifbereich Ost/ Vergleichsbereich West	Wochen- arbeitszeit in Std.		Urlaub in Arbeitstagen		Urlaubsgeld		Jahressonderzahlung in % eines Monatsentgelts		Vermögens- wirksame Leistung in in €/Mon.	
	O	W	O	W	O	W	O	W	O	W
Gebäudereinigerhandwerk Arb.: Ost/West Ang.: Berlin-Ost/Berlin-West	39	39	Arb.: 28-30 ¹⁵	Arb.: 28-30 ¹⁵	Arb.: 1,85 TStdL/UT ¹⁶	Arb.: 1,85 TStdL/UT ¹⁶	Arb.: -	Arb.: -	-	-
			Ang.: 30	Ang.: 30	Ang.: 32 % UE	Ang.: 32 % UE	Ang.: 45 - 60 TStdE	Ang.: 45 - 60 TStdE		
Öffentlicher Dienst Gemeinden	40	39	26-30	26-30	-	-	45-67,5	60-90	6,65	6,65
							jeweils zzgl. 25,56 €/Kind (Besitzstand)			

- 1) Regelungen gelten nicht automatisch auch für Auszubildende.
- 2) Zahlung einer 14. Verg. mit Garantiebetrug von 1.000/500 € für AN, die am 30.06.06 in einem Arbeitsverhältnis standen/für ab dem 01.07.06 neu eingestellte AN. Weitere Ausgestaltung obliegt den Betriebsparteien (dabei Veränderung des Gesamtbetrages für neu eingestellte AN möglich).
- 3) Betriebliche Vermögensbildung durch unentgeltliche Royal-Dutch-Aktien.
- 4) Bei AN-Eigenleistung von 0,02 €/Std.
- 5) Bei AN-Eigenleistung von 3,07 €/Mon.
- 6) Mecklenburg-Vorpommern: 39.
- 7) Mecklenburg-Vorpommern: 50 %.
- 8) Berechnungsgrundlage: Endgehalt VerkäuferIn zum Stichtag 1. Januar.
- 9) Berlin-Ost: 52,5 %.
- 10) Hier die Unternehmen: DB Station & Service AG, DB Fernverkehr AG, DB Regio AG, DB Schenker Rail Deutschland AG, DB Netz AG; ohne abweichende Regelungen für Lokomotivführer.
- 11) Abweichende Regelungen für vor dem 01.09.03 begründete Arbeitsverhältnisse.
- 12) In Abhängigkeit von leistungs- und ergebnisbezogenen Größen.
- 13) In Betrieben mit über 30 AN.
- 14) Abweichende Regelungen für vor dem 01.03.07 begründete Arbeitsverhältnisse.
- 15) Bei Ausscheiden innerhalb der ersten 6 Mon. Anspruch gemäß Bundesurlaubsgesetz.
- 16) Tarifliche Stundenlöhne/Urlaubstag nach 6 Mon. BZ.

Tarifliche Niedriglöhne West

- nach Höhe der monatlichen Grundvergütung
in ausgewählten Tarifbereichen und Vergütungsgruppen -

Tätigkeiten	Tarifbereich	Vergütungsgruppe	Grundvergütung ¹ in €	Stundenvergütung in €
VerkäuferIn (ungelernt, 1. Jahr)	Bäckerhandwerk Saarland	k. A.	1.233	7,12
Bote, Page	Hotels u. Gaststätten Saarland	E 1	1.236	7,14
Arbeiter (Grundkenntnisse und -fähigkeiten erforderlich)	Landwirtschaft Nordrhein	L 1	1.258	7,23
VerkäuferIn (ungelernt, 1. Tj.)	Einzelhandel Niedersachsen	G I	1.179	7,23
Kassenkräfte, Tischservicepersonal (Fullservicebetriebe)	Systemgastronomie West	E 2	1.293	7,65
FriseurIn	Friseurhandwerk NRW	1 a	1.313 ²	7,68²
Sicherheitsmitarbeiter im Schutzdienst in geschlossenen Objekten	Bewachungsgewerbe NRW	2.0.11	1.353	7,82
Gelernter Konditor (1. Jahr)	Konditorenhandwerk Hamburg	k. A.	1.315	7,87
FloristIn (3. Jahr) ³	Florist-Fachbetriebe West	A 2	1.370	8,11
Arbeiten mit Anlernzeit bzw. Einarbeitung	Zeitarbeit (BZA, iGZ)	2	1.247	8,22
GebäudeinnenreinigerIn	Gebäudereinigerhandwerk West	L 1	1.419 ⁴	8,40⁴
Einfachste, schematische Arbeiten	Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau West	7.6	1.437	8,50
Zimmermädchen, Bedienungspersonal	Hotel- und Gaststättengewerbe Niedersachsen	E 2	1.450	8,58

1) Beträge ggf. gerundet.

2) 1.326 €/Mon. bzw. 7,75 €/Std. ab 01.05.11.

3) Für vor dem 01.09.09 bestehende Arbeitsverhältnisse.

4) Mindestlohn gemäß Arbeitnehmer-Entsendegesetz, 1.444 €/Mon. bzw. 8,55 €/Std. ab 01.01.11.

Tarifliche Niedriglöhne Ost

- nach Höhe der monatlichen Grundvergütung
in ausgewählten Tarifbereichen und Vergütungsgruppen -

Tätigkeiten	Tarifbereich	Vergütungsgruppe	Grundvergütung¹ in €	Stundenvergütung in €
FriseurIn (im 1. Bj. n. abgeschl. Ausbildung)	Friseurhandwerk Sachsen	I	615	3,82
FloristIn (3. Jahr)	Florist-Fachbetriebe Sachsen-Anhalt	A 2	959	5,39
Hoteldiener, Bellboy	Hotels u. Gaststätten Mecklenburg-Vorpommern	1	1.071	6,20
VerkäuferIn (ungelernt, 1. Jahr)	Bäckerhandwerk Sachsen	I/2	1.082	6,25
Arbeiter (Grundkenntnisse u. -fähigkeiten erforderlich)	Landwirtschaft Sachsen	L 1	1.131	6,50
GebäudeinnenreinigerIn	Gebäudereinigerhandwerk Ost (o. Berlin-Ost)	L 1	1.154 ²	6,83²
Kassenkräfte, Tischservicepersonal (Fullservicebetriebe)	Systemgastronomie Ost	E 2	1.180	6,90
Werkschutzfachkraft (IHK geprüft)	Bewachungsgewerbe Brandenburg	2.4	1.221	7,05
Arbeiten mit Anlernzeit bzw. Einarbeitung	Zeitarbeit (BZA, iGZ)	2	1.084	7,15
Gelernter Konditor (1. Jahr)	Bäcker- und Konditorenhandwerk Brandenburg	6	1.256	7,26
Einfachste, schematische Arbeiten	Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau Ost	7.6	1.352	8,00
Bürohilfe	Großhandel Mecklenburg-Vorpommern	G 1	1.434	8,48
Verkaufshilfe (auch mit einfachster Kassentätigkeit, 1. Tj.)	Einzelhandel Sachsen-Anhalt	K 1	1.447	8,77
AutomobilverkäuferIn (in der Einarbeitung)	Kfz-Gewerbe Mecklenburg-Vorpommern	G 3	1.458	8,94

1) Beträge ggf. gerundet.

2) Mindestlohn gemäß Arbeitnehmer-Entsendegesetz, 1.182 €/Mon. bzw. 7,00 €/Std. ab 01.01.11.

Tabelle 14:

Tarifliche Mindestlöhne nach dem Arbeitnehmer-Entsendegesetz - in Euro/Stunde -

Branche	Beschäftigten-/ Entgeltgruppe	Januar 2011	nächste Stufe
Abfallwirtschaft (160.000 AN)	Mindestlohn	8,24	
Bauhauptgewerbe West (289.100 Arb.)	Werker	10,90	ab 07/2011 11,00
	Fachwerker	12,95	13,00
		Berlin: 12,75	Berlin: 12,85
Ost (92.300 Arb.)	Werker	9,50	9,75
Bergbauspezialarbeiten (2.500 AN)	Mindestlohn I	11,17	
	Mindestlohn II (Hauer/Facharbeiter)	12,41	
Dachdeckerhandwerk West und Ost (57.800 Arb.)	Mindestlohn	10,80	ab 01/2012 11,00*
Elektrohandwerk (Montage) (273.300 AN)			ab 01/2012
West	Mindestentgelt	9,70	9,80
Ost inkl. Berlin	Mindestentgelt	8,40	8,65
Gebäudereinigerhandwerk (700.000, sozialvers. 341.400 Arb.)			
West inkl. Berlin	Innen- und Unterhaltsreinigung	8,55	
	Glas- und Fassadenreinigung	11,33	
Ost	Innen- und Unterhaltsreinigung	7,00	
	Glas- und Fassadenreinigung	8,88	
Geld- und Wertdienste* (8.000 Arb.)			ab 01/2012
Baden-Württemberg	Geld- und Werttransport	12,05	12,45
	Geldbearbeitung	10,00	10,50
Bayern	Geld- und Werttransport	12,40	12,60
	Geldbearbeitung	11,00	11,25
Bremen	Geld- und Werttransport	11,80	12,20
	Geldbearbeitung	10,41	10,70
Hamburg	Geld- und Werttransport	11,80	12,15
	Geldbearbeitung	10,20	10,60
Hessen	Geld- und Werttransport	11,80	12,15
	Geldbearbeitung	11,00	11,25
Niedersachsen	Geld- und Werttransport	12,80	13,00
	Geldbearbeitung	10,00	10,50
Nordrhein-Westfalen	Geld- und Werttransport	13,50	13,75
	Geldbearbeitung	10,93	11,25
Rheinland-Pfalz, Saarland	Geld- und Werttransport	10,70	11,10
	Geldbearbeitung	8,00	8,50
Schleswig-Holstein	Geld- und Werttransport	9,40	10,00
	Geldbearbeitung	8,00	8,50
Ost inkl. Berlin	Geld- und Werttransport	8,20	9,10
	Geldbearbeitung	7,50	7,90

Tabelle 14:

Branche	Beschäftigten-/ Entgeltgruppe	Januar 2011	nächste Stufe
Maler- und Lackiererhandwerk			ab 07/2011
West (82.700 Arb.)	ungelernter AN	9,50	9,75
	Geselle	11,50	11,75
Ost (23.200 Arb.)	ungelernter AN	9,50	9,75
Pflegebranche	(800.000 AN)		ab 01/12
West inkl. Berlin		8,50	8,75
Ost		7,50	7,75
Wach- u. Sicherheitsgewerbe*	Mindestlohn		ab 05/2011
(170.000 Arb.)			
Baden-Württemberg		8,46	8,60
Bayern		8,00	8,14
Bremen		6,99	7,16
Hamburg		6,94	7,12
Niedersachsen		7,14	7,26
Nordrhein-Westfalen		7,82	7,95
			ab 03/2012
Hessen		7,50	7,63
Rheinland-Pfalz, Saarland, Schleswig-Holstein		6,53	7,00
Ost inkl. Berlin		6,53	7,00
Wäschereidienstleistungen im Objektkundengeschäft	(35.000 AN)		ab 04/2011
West	Mindestlohn	7,65	7,80
Ost inkl. Berlin	Mindestlohn	6,50	6,75
Forstliche Dienstleister*			ab 12/2011
(Arb.)	Mindestlohn	10,52	10,78
Berufliche Weiterbildung**			
(23.000 Ang.)			
West inkl. Berlin	Verwaltungsangestellte/r	10,71	
Ost	Verwaltungsangestellte/r	9,53	
West inkl. Berlin	Pädagogische/r Mitarbeiter/in	12,28	
Ost	Pädagogische/r Mitarbeiter/in	10,93	
West/Ost	übrige AN	7,60	

* Allgemeinverbindlichkeit noch nicht erklärt.

** Allgemeinverbindlichkeit noch nicht erklärt; von den Arbeitgebervertretern im Tarifausschuss abgelehnt.

Übersicht über ausgewählte Tarifabschlüsse 2010

Die nachstehende Übersicht enthält neben den Abschlüssen aus der Tarifrunde 2010 auch Stufenerhöhungen und sonstige Zahlungen für 2010, die bereits in den Tarifrunden 2008/2009 vereinbart wurden.

Bankgewerbe (ohne Genossenschaftsbanken), 249 400 AN (ver.di)

- *Entgelt:* 200 € zusätzliche Einmalzahlung im Februar aus Abschluss 2008/2009, Laufzeit bis 30.04.10, 300 € (Ausz. 75 €) insg. Pauschale für Mai bis Dezember, 1,6 % ab 01.01.11, Laufzeit bis 29.02.12.
- *Arbeitszeit, Sonstiges:* Verlängerung der Öffnungsklausel zur Beschäftigungssicherung (Verkürzung der AZ auf bis zu 31 Std./W.) bis 31.12.15, des Altersteilzeit-TV (dauerhaft im Rationalisierungsfall) und der Rahmenregelung zu Langzeitkonten bis 31.12.14, Wiederinkraftsetzung des Vorruhestands-TV bis 31.12.12 (dauerhaft im Rationalisierungsfall) und des Ratio-TV (u. a. mit Verbesserung der Regelungen zur Entgeltabsicherung, Erhöhung der Abfindungsstaffel) sowie gemeinsame Erklärung der TV-Parteien zum betrieblichen Gesundheits-/Arbeitsschutz.

Bauhauptgewerbe, 562 500 Arb./Ang. (IG BAU)

- *Lohn und Gehalt:* 2,3/2,6 % West/Ost Stufenerhöhung ab 01.04.10 aus Abschluss 2009, Laufzeit bis 31.03.11.
- *Mindestlöhne:* *West und Berlin:* LGr. 1 von 10,80 auf 10,90/11,00 €/Std.; *West:* LGr. 2 von 12,90 €/Std. auf 12,95/13,00 €/Std. jew. ab 01.09.10/01.07.11; *Berlin:* LGr. 2 von 12,75 auf 12,85 €/Std. ab 01.07.11; *Ost:* LGr. 1 von 9,25 auf 9,50/9,75 €/Std. ab 01.09.10/01.07.11, Wegfall der LGr. 2 als Mindest-LGr. jew. aus Abschluss 2009, Laufzeit jew. bis 30.11.11.

Chemische Industrie, alle West-Bereiche, Ost, 525 100 AN (IG BCE)

- *Entgelt:* unveränderte Wiederinkraftsetzung der Tarifverträge, regional unterschiedlich ab 01.04., 01.05. und 01.06.10 für jew. 11 Monate; Einmalzahlungen von insg. 550/611/715 € für AN in Normal-/teil-/vollkontinuierlicher Schicht, zahlbar bis 30.06.10, aus wirtschaftlichen Gründen Kürzen oder Verschieben der Zahlung möglich. Zusätzliche Einmalzahlung von bis zu 260 € für AN in Betrieben, die nicht wesentlich von der Finanz-/Wirtschaftskrise 2008/2009 betroffen waren oder sind.
- *Sonstiges:* Neufassung des TV „Zukunft durch Ausbildung“, gültig ab 01.01.11, mit u. a. einer AG-Verpflichtung zum Angebot von jew. 9 000 Ausbildungsplätzen im Durchschnitt der Ausbildungsjahre 2011 bis 2013, Laufzeit bis 31.12.13. Abschluss eines TV „Brücke in Beschäftigung“ und Neufassung des TV über den Unterstützungsverein der chemischen Industrie (UCI), jew. gültig ab 01.05.10. Zur Förderung zusätzlicher Übernahmen Ausgebildeter Gründung eines beim UCI angesiedelten Fonds mit AG-Verpflichtung zur Mittelbereitstellung von ca. 25 Mio. €; für Betriebe in schwieriger wirtschaftlicher Lage Zuschüsse zum Entgelt bei Übernahme eines Ausgebildeten in ein befristetes oder unbefristetes Arbeitsverhältnis von bis zu 1 000 €/Mon. für max. 12 Monate möglich. Vereinbarungen zur Beschäftigungssicherung mit u. a. Gründung regionaler Netzwerke sowie Maßnahmenkatalog zur Vermeidung betriebsbedingter Kündigungen.

Deutsche Bahn AG Konzern (hier die Unternehmen: DB Fernverkehr AG, DB Regio AG, DB Schenker Rail Deutschland AG, DB Netz AG, DB Station & Service; bis 31.05.99 Deutsche Bahn AG), 134 000 AN (EVG)

- *Entgelt:* 2,0 % Stufenerhöhung ab 01.01.10 aus Abschluss 2009, Laufzeit bis 31.07.10; 300 € Einmalzahlung sowie 200 € erfolgsabhängige Zahlung im Dezember als Vorgriff auf den Abschluss der Tarifrunde 2010.

Deutsche Post AG, 128 000 AN (ver.di)

- *Entgelt*: Verlängerung der Laufzeit bis 31.12.11, 320 € Einmalzahlung im März 2011, jew. aus Abschluss 2009.

Deutsche Telekom AG, 9 500 AN (ver.di)

- *Entgelt*: 2,5 % Stufenerhöhung ab 01.01.10 aus Abschluss 2009, Laufzeit bis 31.12.10.

Druckindustrie, 160 300 Arb./Ang. (ver.di)

- *Lohn und Gehalt*: 2,0 % ab 01.04.10 aus Abschluss 2009, Laufzeit bis 31.03.11.

Einzelhandel Nordrhein-Westfalen, 443 700 Arb./Ang. (ver.di)

- *Lohn und Gehalt*: 1,5 % Stufenerhöhung ab 01.09.10, 150 € zusätzliche Einmalzahlung im April, jew. aus Abschluss 2009, Laufzeit bis 30.04.11.

Alle Ost-Bereiche, 295 400 Arb./Ang. (ver.di)

Regional unterschiedlich:

- *Lohn und Gehalt*: 1,5 % Stufenerhöhung ab 01.09./01.11.10, 150 € zusätzliche Einmalzahlung im April/Juni (Sachsen-Anhalt abweichend 110 € im Juni), jew. aus Abschluss 2009, Laufzeit bis 31.05./30.06.11.

Eisen- und Stahlindustrie Niedersachsen, Bremen, Nordrhein-Westfalen, Ost 101 900 Arb./Ang. (IGM)

- *Lohn und Gehalt*: 2,0 % ab 01.01.10 aus Abschluss 2009, Laufzeit bis 31.08.10; 150 € Pauschale für September, 3,6 % ab 01.10.10, Laufzeit bis 31.10.11.
- *Lohn und Gehalt, Sonstiges*: Erstabschluss eines TV zur Bezahlung von Leiharbeitnehmern nach dem Grundsatz „Gleiche Arbeit - Gleiches Geld“ ab 01.01.11, Laufzeit bis 31.12.12.
- *Sonstiges*: Verlängerung des TV zum demographischen Wandel bis 31.12.11.

Energiewirtschaft Nordrhein-Westfalen (GWE-Bereich), 9 000 AN (IG BCE, ver.di)

- *Entgelt*: 2,6 % ab 01.07.10, Laufzeit bis 30.06.11, Erhöhung der Ausgleichsbeträge (Besitzstand) während der TV-Laufzeit um 1,2 %.
- *Sonstiges*: Aufforderung des AG-Verbandes an die Mitgliedsunternehmen zur Beibehaltung des Ausbildungsplatzniveaus und Empfehlung, Ausgebildete für mind. 12 Mon. zu übernehmen.

Ost (AVEU), 21 000 AN (IG BCE, ver.di)

- *Entgelt*: 1 500 € (Ausz. 300 €) Pauschale insg. für Juli bis Dezember, 3,0 % ab 01.01.11, Laufzeit bis 31.12.11.
- *Arbeitszeit, Sonstiges*: nach redaktioneller Überarbeitung Wiederinkraftsetzung des MTV, des Ratio-TV und des Altersteilzeit-TV zum 01.10.10, Einführung eines neuen Vergütungssystems ab 01.01.11 u. a. mit der Möglichkeit die Beschäftigten am Unternehmenserfolg zu beteiligen.

Gebäudereinigerhandwerk, 376 800 Arb./Ang. (IG BAU)

- *Lohn*: *West, Berlin-Ost*: 3,1 % ab 01.01.10, 1,8 % Stufenerhöhung ab 01.01.11, *Ost*: einheitliche Tabelle (3,8 - 6,2 % regional unterschiedlich) ab 01.01.10, 2,5 % Stufenerhöhung ab 01.01.11, (Mindestlohn/Std.: *Innen- und Unterhaltsreinigung West, Berlin-Ost*)

Tarifabschlüsse 2010

Ost: 8,40/6,83 € ab 01.01.10, 8,55/7,00 € ab 01.01.11, *Glas- und Fassadenreinigung West, Berlin-Ost/Ost*: 11,13/8,66 € ab 01.01.10, 11,33/8,88 € ab 01.01.11) jew. aus Abschluss 2009, Laufzeit bis 31.12.11.

Groß- und Außenhandel Nordrhein-Westfalen, 321 800 Arb./Ang. (ver.di)

- *Lohn und Gehalt*: 1,5 % Stufenerhöhung ab 01.06.10, zusätzliche Einmalzahlung für die unteren bzw. mittleren Vergütungsgruppen von 125 € (G1/G2/L1/L2) bzw. 60 € (G3/L3) zum 01.09.10 aus Abschluss 2009, Laufzeit bis 30.04.11; Möglichkeit zur Verschiebung der Erhöhung für Betriebe, die Kurzarbeit angemeldet haben, Verpflichtung zur Zahlung zum Ende der TV-Laufzeit.

Sachsen-Anhalt, 17 500 Arb./Ang. (ver.di)

- *Lohn und Gehalt*: analog Nordrhein-Westfalen.

Holz und Kunststoff verarbeitende Industrie Westfalen-Lippe, 44 100 Arb./Ang. (IGM)

- *Lohn und Gehalt*: 1,7 % Stufenerhöhung ab 01.11.10 aus Abschluss 2009, Laufzeit bis 30.04.11.

Sachsen, 11 200 AN (IGM)

- *Entgelt*: analog Westfalen-Lippe.

Hotel- und Gaststättengewerbe Bayern, 121 100 AN (NGG)

- *Entgelt*: nach 3 Nullmonaten (Oktober bis Dezember) 2,5 % ab 01.01.11, 2,4 % Stufenerhöhung ab 01.01.12, Laufzeit bis 28.02.13.

Sachsen, 30 600 AN (NGG)

- *Entgelt*: 2,1 % Stufenerhöhung ab 01.01.10 aus Abschluss 2008, Laufzeit bis 31.12.10.

Kfz-Gewerbe Bayern, 64 600 AN (IGM/ver.di)

- *Entgelt*: nach einem Nullmonat (Mai), 0,6 % ab 01.06.10, 1,0 % Stufenerhöhung ab 01.12.10, 2,5 % weitere Stufenerhöhung ab 01.07.11, Laufzeit bis 30.04.12.

Thüringen, 10 200 AN (IGM)

- *Entgelt*: 75 € Pauschale insg. für Januar bis Mai, 1,4 % ab 01.06.10, 0,6 % Stufenerhöhung ab 01.01.11, 1,5 % weitere Stufenerhöhung ab 01.06.11, Laufzeit bis 30.04.12.
- *Urlaub*: von 28 auf 29 AT ab 2012.

Landwirtschaft, 154 000 Arb./Ang. (IG BAU)

Bundesempfehlung Landwirtschaft:

- *Lohn und Gehalt*: 180 € Pauschale insg. für April bis Oktober, 2,1 % ab 01.11.10, 2,3 % Stufenerhöhung ab 01.11.11, Laufzeit bis 31.10.12.

Metallindustrie, 3 236 800 AN (IGM)

- *Entgelt, Sonstiges*: 320 € Pauschale insg. für Mai 2010 bis März 2011, 2,7 % ab 01.04.11, Verschiebung der Erhöhung um max. +/- 2 Mon. in Abhängigkeit von der wirtschaftlichen Lage des Betriebes durch freiwillige BV möglich, Laufzeit bis 31.03.12.
- *Sonstiges*: Vereinbarungen zur Beschäftigungssicherung bei Ausschluss betriebsbedingter Kündigungen u. a. mit der Möglichkeit zur Senkung der Remanenzkosten bei Kurzarbeit sowie einer tariflichen Kurzarbeit mit Teilentgeltausgleich, Laufzeit bis 30.06.12; Fortführung und Ergänzung der Bestimmungen zur Übernahme Ausgebildeter

bis 30.06.12, Aufnahme von Verhandlungen/Gesprächen in 2010 u. a. zur Übernahme und Weiterbildung Ausgebildeter, AZ-Konten und AN-Überlassung (regional unterschiedlich); Tarifvertrag „Mindestnetto“ u. a. mit Tabellen zur Berechnung des Mindestnettoentgelts für Beschäftigte in Altersteilzeit; *Nordrhein-Westfalen*: Tarifvertrag „Zukunft in Bildung“ mit der Möglichkeit einer mehrjährigen Übernahme Ausgebildeter in Verbindung mit einer Maßnahme der beruflichen Bildung.

(AN-Beitrag von 0,4 % zur Finanzierung der Altersteilzeit ist für die TV-Laufzeit durch den Abschluss erbracht.)

Öffentlicher Dienst Bund und Gemeinden, 1 199 900 AN (ver.di)

Ergebnis nach Schlichtung

- *Entgelt*: 1,2 % ab 01.01.10, 0,6/0,5 % Stufenerhöhung ab 01.01./01.08.11, 240 € (Ausz. 50 €) zusätzliche Einmalzahlung im Januar 2011, Laufzeit bis 29.02.12; Nachteilsausgleich für entgangene Bewährungsaufstiege als Pauschale von 250 € für 2010 für ab dem 01.10.05 eingestellte AN in EntgGr. 2-8 oder übergeleitete AN (nicht im Sozial- und Erziehungsdienst); Erhöhung der Garantiebeträge von 30/60 auf 50/80 € in EntgGr. 1-8/9-15 bei Höhergruppierung; *Gemeinden*: Erhöhung des Leistungsentgelts um 0,25 %/J. bis 2013 auf dann insg. 2,0 %.
- *Arbeitszeit, Sonstiges*: Für 2,5 % der AN (die bis 31.12.16 die tariflichen Voraussetzungen erfüllen) Rechtsanspruch auf Altersteilzeit ab 60. Lj., Aufstockungsbetrag von 20 %; Möglichkeit für ältere AN zum gleitenden Übergang in den Ruhestand bei gleichzeitig längerer Teilhabe am Berufsleben.
- *Sonstiges*: Befristete Übernahme für 12 Mon. von Ausgebildeten, deren Abschlussnote mind. „befriedigend“ ist, bei dienstlichem/betrieblichem Bedarf, Verabredung der TV-Parteien zu regelmäßigen Termingesprächen (mind. einmal jährlich) und Abschluss einer Prozessvereinbarung zur Erarbeitung einer neuen Entgeltordnung; Maßregelungsklausel.

Abweichende Regelungen für die Bereiche kommunale Krankenhäuser, Versorgung (TV-V) und Nahverkehrsbetriebe (TV-N) Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Sachsen.

Länder (ohne Hessen und Berlin), 585 400 AN (ver.di)

- *Entgelt*: 1,2 % Stufenerhöhung ab 01.03.10 aus Abschluss 2009, Laufzeit bis 31.12.10.

Land Hessen, 39 200 AN (ver.di)

- *Entgelt*: 1,2 % Stufenerhöhung ab 01.03.10 aus Abschluss 2009, Laufzeit bis 31.12.10.

Land Berlin, 57 200 Arb./Ang. (ver.di, GdP, GEW, IG BAU)

- *Lohn und Gehalt*: nach 19 Nullmonaten (Januar 2010 bis Juli 2011) 3,1 % (= 97 % des Niveaus der übrigen Länder) ab 01.08.11; Übernahme der für die übrigen Länder noch zu vereinbarenden Tarifsteigerung für 2011 ab 01.10.11 im Umfang von 97 %, Vereinbarung weiterer Anpassungsschritte an 100 % der übrigen Länder bis Ende 2017 (besondere Regelungen zur Anpassung des Bemessungssatzes in 2013 bis 2015, wenn die Erhöhung für die übrigen Länder unter 1,5 % liegt).
- *Arbeitszeit, Jahressonderzahlung, Sonstiges*: von 38,5/40 Std./W. West/Ost auf einheitlich 39 Std./W. ab 01.08.11, Übernahme der Durchschnitts-AZ der übrigen Länder bei Erreichen des 100 %-Niveaus. Wegfall der West/Ost-Unterschiede (u. a. Jahressonderzahlung, Regelungen zur Unkündbarkeit) ab 01.08.11. Rückkehr des Landes Berlin in die Tarifgemeinschaft deutscher Länder und Sicherstellung der dynamischen Anbindung der Arbeitsbedingungen an den Flächen-TV für 2010 bis 2017.
- *Sonstiges*: Besitzstandsregelungen für Arb./Ang. mit bisher kommunalem Tarifrecht; Geltung des Tarifrechts der Länder für Neueingestellte; Zusage zur überwiegend befristeten Übernahme von insg. 600 Ausgebildeten in 2010/2011.

Tarifabschlüsse 2010

Papier, Pappe und Kunststoff verarbeitende Industrie, 65 300 Arb./Ang. (ver.di)

- *Lohn und Gehalt*: nach 6 Nullmonaten (Mai bis Oktober) 1,3 % ab 01.11.10, 1,5 % Stufenerhöhung ab 01.05.11, weitere 1,3 % Stufenerhöhung ab 01.03.12, Laufzeit bis 31.08.2012.
- *Sonstiges*: Verlängerung des MTV bis 31.08.12.

Privates Transport- und Verkehrsgewerbe Nordrhein-Westfalen, 139 800 Arb./Ang. (ver.di)

- *Lohn und Gehalt*: 2,5 % Stufenerhöhung (*Kraftfahrer*: 1,5 %) ab 01.05.10 aus Abschluss 2009, Laufzeit bis 30.11.10.

Süßwarenindustrie Baden-Württemberg, 4 000 AN (NGG)

- *Entgelt*: 1,9 % Stufenerhöhung ab 01.07.10 aus Abschluss 2009, Laufzeit bis 30.06.11.

Ost, 7 700 AN (NGG)

- *Entgelt*: nach 2 Nullmonaten (Januar und Februar) 3,0 % ab 01.03.10, 1,9 % Stufenerhöhung ab 01.01.11, Laufzeit bis 31.12.11.

Textil- und Bekleidungsindustrie West, 83 700 Arb./Ang. (IGM)

- *Lohn und Gehalt*: 1,5 % sowie 40 € Sockelbetrag ab 01.01.10 aus Abschluss 2009, Laufzeit bis 28.02.11.

Textilindustrie Ost, 9 500 AN (IGM)

- *Entgelt*: 1,5 % sowie 40 € Sockelbetrag ab 01.02.10 aus Abschluss 2009, Laufzeit bis 31.03.11.

Versicherungsgewerbe 161 800 AN (ver.di)

- *Entgelt*: 250 € Pauschale insg. für Oktober 2009 bis März 2010, 2,5 % ab 01.04.10 (5,0 % für die unteren Gr. A und B) aus Abschluss 2009, Laufzeit bis 31.03.11.

Aktuelle Publikationen

Da sollte mehr drin sein

Tarifliche Vergütungen im Niedriglohnbereich
- Eine Untersuchung in 40 Wirtschaftszweigen -
Elemente qualitativer Tarifpolitik Nr. 70
Düsseldorf, August 2010
682 Seiten, download

Tarifliche Pauschal- und Einmalzahlungen

- Praxis, Risiken und Nebenwirkungen -
Elemente qualitativer Tarifpolitik Nr. 69
Düsseldorf, Juli 2010
10 Seiten, 5 €

Tarifpolitischer Halbjahresbericht 2010

Eine Zwischenbilanz der Lohn- und Gehaltsrunde 2010
Düsseldorf, Juli 2010
29 Seiten, 6 €

Tarifliche Vergütungsgruppen im Niedriglohnbereich

Eine Untersuchung in 41 Wirtschaftszweigen
Elemente qualitativer Tarifpolitik Nr. 68
Düsseldorf, April 2010
30 Seiten, 8 €

Reinhard Bispinck/Thorsten Schulten (Hrsg.)

Zukunft der Tarifautonomie

60 Jahre Tarifvertragsgesetz: Bilanz und Ausblick
VSA-Verlag, ISBN: 978-3-89965-375-5
216 Seiten 16,80 € (Bestellung **nur** über Buchhandel)

Tarifliche Regelungen zur befristeten Arbeitszeitverkürzung

Eine Untersuchung von Tarifverträgen in
26 Wirtschaftszweigen und Tarifbereichen
Elemente qualitativer Tarifpolitik Nr. 67
Düsseldorf, Juni 2009
56 Seiten, 8 €

zu bestellen bei:

WSI-Tarifarchiv in der Hans-Böckler-Stiftung
Hans-Böckler-Str. 39, 40476 Düsseldorf
Tel.: 0211/7778-248, Fax: 0211/7778-250
E-Mail: Baerbel-Kirchner@wsi.de

Hans Böckler Stiftung
Fakten für eine faire Arbeitswelt.

Einstieg für... Schnellsuche Profisuche | Sitemap

Kontakt
Newsletter | RSS
Druckansicht
Bestellliste ansehen

Hauptbereiche

- **WSI-Tarifarchiv**
- Über uns
- Wer verdient was?
- Pressemeldungen
- Veröffentlichungen
- Tarifrunde 2011
- Abgeschlossene Tarifrunden
- Tarifdaten
- Tarifsystem
- Europäische Tarifpolitik
- Glossar
- English
- Links

WSI-Tarifarchiv

Neues im Tarifarchiv

Tagesaktuelle Tarifchronik

- 07.01.2011 [Bahn bietet Entgeltsteigerung von 3 %](#)
- 05.01.2011 [Tarifliche Ausbildungsvergütungen 2010 geringer gestiegen](#)
- 04.01.2011 [Bsirske bekräftigt Tarifforderung](#)

→ [Weitere Einträge aus der Chronik](#)

Tarifbilanz 2010: Beschäftigungssicherung und mäßige Lohnsteigerungen

Die Tarifabschlüsse des Jahres 2010 zeigen also deutliche Spuren der Krise... [mehr...](#)


Tarifpolitischer Monatsbericht 12/2010

Mit Informationen zu den aktuellen Tarifforderungen und -abschlüssen [mehr...](#)

→ [Tarifpolitischer Monatsbericht Dezember 2010 im Wortlaut \(pdf\)](#)

Tarifrunde 2011: Wer verhandelt wann?

WSI-Tarifarchiv twittert




→ [Zum WSI-Tarifarchiv auf Twitter](#)

facebook

→ [Zum WSI-Tarifarchiv auf Facebook](#)

www.lohnspiegel.de



→ [Projekt Lohnspiegel: Mitmachen - Weitersagen!](#)

Höme | Kontakt Suche

LohnSpiegel.de

Die Umfrage Lohn- und Gehalts-Check Gewinnen Sie einen Preis Brutto-Netto-Rechner Tariflöhne und -gehälter Auswertungen Pressestimmen Tipps und Links Veröffentlichungen Impressum

startseite Frauen Lohnspiegel

Was verdienen Ihre Kolleginnen und Kollegen?

Wie viel verdient ein Maschinenschlosser, und wie hoch ist das Gehalt einer Bankkauffrau? Was bekommt ein Chemieingenieur, ein Bauleiter, eine Physiotherapeutin, ein Webdesigner, ein Werbekaufmann oder eine Küchenhilfe? Antworten darauf gibt es in unserem kostenfreien **Lohn- und Gehalts-Check**, der nun schon 280 Tätigkeiten aus rund 30 Berufsbereichen umfasst. Das Angebot wird wissenschaftlich betreut vom WSI-Tarifarchiv in der Hans-Böckler-Stiftung. Und mit Ihrer Hilfe wird es noch weiter wachsen. Deshalb: **Füllen Sie am besten gleich heute diesen Online-Fragebogen aus**

Jetzt auf Twitter

Hier gibt's neue Meldungen

Verdienen Sie, was Sie verdienen?

Unser Lohn- und Gehalts-Check gibt Auskunft.

Datenbank umfasst jetzt 280 Berufe

Die Löhne und Gehälter in 30 weiteren Berufen sind nun abrufbar im LohnSpiegel. Darunter sind: Controller/in, Vetreibsassistent/in, Kundenberater/in,

Füllen Sie gleich heute diesen Online-Fragebogen aus

Gewinnen Sie einen Mindestlohn-Betrag

von 1.500, 750 oder 375 Euro

Medienpartner